

# Amtsblatt der Europäischen Union

# L 197



Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

64. Jahrgang

4. Juni 2021

Inhalt

II *Rechtsakte ohne Gesetzescharakter*

### VERORDNUNGEN

- ★ **Delegierte Verordnung (EU) 2021/895 der Kommission vom 24. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Produktintervention <sup>(1)</sup> ..... 1**
- ★ **Delegierte Verordnung (EU) 2021/896 der Kommission vom 24. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) durch zusätzliche Angaben zur Sicherstellung konvergenter aufsichtlicher Meldungen <sup>(1)</sup> ..... 5**
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2021/897 der Kommission vom 4. März 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format aufsichtlicher Meldungen an die zuständigen Behörden sowie die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und zwischen den zuständigen Behörden und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung <sup>(1)</sup> ..... 7**
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2021/898 der Kommission vom 28. Mai 2021 zur Eintragung eines Namens in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben („Salată cu icre de știucă de Tulcea“ (g. g. A.)) ..... 67**
- ★ **Verordnung (EU) 2021/899 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich Übergangsmaßnahmen für die Ausfuhr von Fleisch- und Knochenmehl als Brennstoff <sup>(1)</sup> ..... 68**
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2021/900 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Galacto-Oligosaccharid“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission <sup>(1)</sup> ... 71**

<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.

# DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2021/901 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Berichtigung der schwedischen Sprachfassung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen** ..... 75
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2021/902 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest <sup>(1)</sup>** ..... 76

RICHTLINIEN

- ★ **Richtlinie (EU) 2021/903 der Kommission vom 3. Juni 2021 zur Änderung der Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich spezifischer Grenzwerte für Anilin in bestimmtem Spielzeug <sup>(1)</sup>** ..... 110

BESCHLÜSSE

- ★ **Beschluss (GASP) 2021/904 des Rates vom 3. Juni 2021 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX KOSOVO)** ..... 114

---

<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.

## II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

## VERORDNUNGEN

## DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2021/895 DER KOMMISSION

vom 24. Februar 2021

zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf Produktintervention

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 65 Absatz 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die EIOPA sollte bei der Entscheidung, ob erhebliche Bedenken hinsichtlich des Anlegerschutzes vorliegen oder eine Gefahr für das ordnungsgemäße Funktionieren und die Integrität von Finanzmärkten oder für die Stabilität des Finanzsystems in der Union als Ganzes oder in Teilen besteht, auf klare Kriterien und Faktoren zurückgreifen können. Diese Kriterien und Faktoren, einschließlich der in Artikel 65 Absatz 9 Unterabsatz 2 Buchstaben a, b, c und d der Verordnung (EU) 2019/1238 genannten, werden in der vorliegenden Verordnung näher ausgeführt.
- (2) Bei unvorhergesehenen ungünstigen Ereignissen oder Entwicklungen gemäß Artikel 65 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2019/1238 sollte ein unionsweit kohärentes Vorgehen gewährleistet und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) zugleich zur Einleitung angemessener Maßnahmen fähig sein. Die Kommission hat die EIOPA um technische Empfehlungen zum Paneuropäischen Privaten Pensionsprodukt (PEPP) ersucht.
- (3) Für das Vorliegen einer „Gefahr“, die eine der Voraussetzungen für eine Intervention der EIOPA im Hinblick auf das ordnungsgemäße Funktionieren und die Integrität der Finanz- oder Warenmärkte oder die Stabilität des Finanzsystems darstellt, sollte die Bewertungsschwelle höher liegen als für das Vorliegen „erheblicher Bedenken“, die Voraussetzung für eine Intervention der EIOPA zur Sicherstellung des Anlegerschutzes sind. Die EIOPA sollte ihre Interventionsbefugnisse wahrnehmen können, wenn mindestens einer der in dieser Verordnung genannten Faktoren oder eines der in dieser Verordnung genannten Kriterien zu der Feststellung führt, dass solche Bedenken oder eine solche Gefahr bestehen.
- (4) Darüber hinaus sollte auch der speziellen Lage und den speziellen Umständen des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers im Hinblick auf deren potenziellen Beitrag zu den in Artikel 65 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2019/1238 genannten Bedenken oder Gefahren Rechnung getragen werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Bei Überprüfung des Grads an Komplexität eines PEPP trägt die EIOPA folgenden Kriterien und Faktoren Rechnung:

- a) dem langfristigen Charakter des PEPP;
- b) der Art der zugrunde liegenden Vermögenswerte und dem Grad ihrer Transparenz;
- c) dem Grad an Transparenz der mit dem PEPP verbundenen Kosten und Gebühren;
- d) dem Einsatz von Techniken, mit denen die Aufmerksamkeit der PEPP-Sparer auf nicht wesentliche Merkmale der PEPP-Präsentation gelenkt wird;
- e) der Art und der Transparenz von Risiken;
- f) der Verwendung von Produktnamen oder Terminologie oder anderer Informationen, die eine höhere Sicherheit oder Rendite implizieren als tatsächlich möglich oder wahrscheinlich, oder irreführender Produktmerkmale;

(1) ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 1.

- g) unter Berücksichtigung von Art und Beschaffenheit des PEPP der Frage, ob die Informationen zum PEPP nicht ausreichend oder nicht zuverlässig genug waren, um den anvisierten Marktteilnehmern ein fundiertes Urteil zu ermöglichen;
- h) der Komplexität der Performance-Berechnung, wobei insbesondere berücksichtigt wird, ob die Rendite von der Performance eines oder mehrerer zugrunde liegender Vermögenswerte abhängt, die wiederum von anderen Faktoren beeinflusst werden;
- i) der Art und Größenordnung der Risiken;
- j) ob das PEPP mit anderen Produkten oder Dienstleistungen gebündelt ist;
- k) der Komplexität etwaiger Geschäftsbedingungen des PEPP;
- l) der Frage, ob zwischen der erwarteten Rendite des PEPP und dem Verlustrisiko eine Diskrepanz besteht und wie groß diese ist, wobei Folgendes berücksichtigt wird:
  - 1) die Kostenstruktur und sonstige Kosten;
  - 2) die Diskrepanz zu dem vom Anbieter zurückbehaltenen Anbieterrisiko;
  - 3) das Risiko- und Renditeprofil;
- m) der Bepreisung des PEPP und den mit diesem verbundenen Kosten, wobei Folgendes berücksichtigt wird:
  - 1) der Einsatz versteckter oder sekundärer Gebühren;
  - 2) Gebühren, die das Niveau der erbrachten Dienstleistung nicht widerspiegeln;
  - 3) die Kosten von Garantien oder — wenn es sich um ein Basis-PEPP handelt — die Kosten, die nicht die tatsächlichen Kosten oder den beizulegenden Zeitwert der Kapitalgarantie widerspiegeln;
- n) Leichtigkeit und Kosten, mit denen der PEPP-Sparer vom Wechsel- und Mitnahmeservice Gebrauch machen kann, wobei Folgendes berücksichtigt wird:
  - 1) die Phase, in der der Wechsel- und Mitnahmeservice in Anspruch genommen wird, welche Gebühren und Entgelte dabei anfallen, oder ob dabei Vorteile und Anreize verloren gehen;
  - 2) die Tatsache, dass Wechsel und Mitnahme nicht gestattet oder de facto unmöglich sind.

#### Artikel 2

Wenn die EIOPA den Bezug des PEPP zu der Art des PEPP-Kunden, an den es vermarktet oder verkauft wird, überprüft, legt sie dabei folgende Kriterien und Faktoren zugrunde:

- a) die charakteristischen Merkmale für die Qualifikation und Befähigung der PEPP-Sparer wie Bildungsstand, Wissen über andere Altersvorsorgeprodukte, langfristige Anlageprodukte und Verkaufspraktiken und damit gemachte Erfahrungen, sowie die Anfälligkeit der PEPP-Sparer;
- b) die charakteristischen Merkmale für die wirtschaftliche Lage der PEPP-Sparer wie Einkommen, Vermögen und Grad der Abhängigkeit von dem PEPP für eine angemessene Rentenhöhe;
- c) die wichtigsten finanziellen Ziele der PEPP-Sparer wie Altersvorsorge und Bedarf an Absicherung von Risiken, einschließlich biometrischer Risiken;
- d) ob das PEPP an PEPP-Sparer außerhalb des vorgesehenen Zielmarkts verkauft wird oder ob der Zielmarkt nicht adäquat ermittelt wurde;
- e) ob Anspruch auf Schutz durch ein nationales Garantiesystem besteht, sofern solche Systeme vorhanden sind.

#### Artikel 3

Bei Überprüfung des Innovationsgrads eines PEPP, einer Tätigkeit oder einer Praxis legt die EIOPA folgende Kriterien und Faktoren zugrunde:

- a) den Innovationsgrad bei Struktur und Merkmalen des PEPP, insbesondere bei den Risikominderungstechniken, den Auszahlungsarten oder der Ausgestaltung sonstiger PEPP-Leistungen;
- b) das Ausmaß an Innovationsdiffusion, darunter auch, ob das PEPP für bestimmte Kategorien von PEPP-Sparern innovativ ist;
- c) Innovation, die einen Leverage-Effekt beinhaltet;
- d) die bisherigen Erfahrungen des Markts mit ähnlichen PEPP oder PEPP-Vertriebspraktiken.

#### Artikel 4

Bei Überprüfung des Leverage-Effekts eines PEPP oder einer Praxis legt die EIOPA folgende Kriterien und Faktoren zugrunde:

- a) die besonderen Merkmale der zugrunde liegenden Vermögenswerte, wobei Folgendes berücksichtigt wird: der PEPP-inhärente Leverage Effekt;
- b) der finanzierungsbedingte Leverage-Effekt;
- c) die Merkmale von Wertpapierfinanzierungsgeschäften.

#### Artikel 5

Bei Überprüfung des Umfangs oder des Gesamtbetrags des im Rahmen des PEPP angesparten Vermögens legt die EIOPA folgende Kriterien und Faktoren zugrunde:

- a) die Größenordnung der potenziellen negativen Auswirkungen für den einzelnen PEPP-Sparer und bei einer großen Zahl tatsächlicher und potenzieller PEPP-Sparer die potenziellen negativen Auswirkungen für eine Gruppe von PEPP-Sparern, wobei insbesondere Folgendes berücksichtigt wird:
- b) der Umfang und der Gesamtbetrag des im Rahmen des PEPP angesparten Vermögens;
- c) der Nominalwert des PEPP;
- d) die Wahrscheinlichkeit, Größenordnung und Art etwaiger negativer Auswirkungen, einschließlich der Höhe des möglichen Verlusts;
- e) die zu erwartende Dauer der negativen Auswirkungen;
- f) das Volumen der Beiträge;
- g) die Zahl der involvierten Vermittler und die Anforderungen an deren fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit;
- h) das Wachstum des Markts oder der Verkaufszahlen;
- i) der durchschnittliche Betrag, den jeder PEPP-Sparer in das PEPP investiert hat;
- j) die Höhe des gesetzlichen Schutzes durch nationale Versicherungsgarantiesysteme, sofern vorhanden;
- k) der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen für die PEPPs;
- l) ob die zugrunde liegenden Vermögenswerte des PEPP ein hohes Risiko für die Performance der Geschäfte darstellen, die die Teilnehmer oder PEPP-Sparer am relevanten Markt eingehen;
- m) ob ein PEPP aufgrund seiner Merkmale besonders anfällig dafür ist, für Zwecke der Finanzkriminalität verwendet zu werden, und insbesondere, ob diese Merkmale die Verwendung des PEPP für folgende Zwecke begünstigen könnten:
  - 1) Betrug oder Unredlichkeit aller Art;
  - 2) Fehlverhalten auf einem Finanzmarkt oder missbräuchliche Verwendung von Informationen in Bezug auf einen Finanzmarkt;
  - 3) Verwertung von Erträgen aus Straftaten;
  - 4) Finanzierung von Terrorismus.

#### Artikel 6

Darüber hinaus berücksichtigt die EIOPA die folgenden Faktoren, die dem ordnungsgemäßen Funktionieren und der Integrität der Finanzmärkte abträglich sein könnten:

- a) ob die Finanztätigkeiten oder die Finanzpraxis des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers in Bezug auf das PEPP ein besonders hohes Risiko für die Widerstandsfähigkeit oder die reibungslose Funktionsweise von Märkten darstellen;
- b) ob das PEPP oder die Finanztätigkeiten oder Finanzpraxis des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers in Bezug auf das PEPP zu einer erheblichen und künstlichen Diskrepanz zwischen den Preisen eines Derivats und den Preisen am zugrunde liegenden Markt führen könnten;
- c) ob das PEPP oder die Finanztätigkeiten oder Finanzpraxis des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers in Bezug auf das PEPP ein hohes Risiko für die Infrastruktur des Marktes oder der Zahlungssysteme, einschließlich der Handels-, Clearing- und Abwicklungssysteme, darstellen;

- d) ob das PEPP oder die Finanztätigkeiten oder Finanzpraxis des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers in Bezug auf das PEPP das Vertrauen der PEPP-Sparer in das Finanzsystem gefährden könnten;
- e) ob das PEPP oder die Finanztätigkeiten oder Finanzpraxis des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers in Bezug auf das PEPP ein hohes Verwerfungsrisiko für Finanzinstitute mit sich bringen, die für das Finanzsystem der Union als bedeutsam angesehen werden.

#### Artikel 7

Die EIOPA berücksichtigt ferner die folgenden Faktoren, die die spezielle Lage und die speziellen Umstände des PEPP-Anbieters oder -Vertreibers betreffen, und trägt dabei Folgendem Rechnung:

- a) seiner Finanzlage und Solvenz;
- b) seinen Finanztätigkeiten oder seiner Finanzpraxis;
- c) seinem Geschäftsmodell, einschließlich seiner Nachhaltigkeit und Transparenz;
- d) der Eignung von Rückversicherungs- und Garantieregelungen in Bezug auf das PEPP;
- e) der Inanspruchnahme Dritter bei wichtigen Merkmalen des PEPP, wie der Absicherung biometrischer Risiken, Garantien und Mitnahmefähigkeit des PEPP;
- f) den Verkaufspraktiken in Verbindung mit dem PEPP, wobei Folgendes berücksichtigt wird:
  - 1) die verwendeten Kommunikations- und Vertriebskanäle;
  - 2) das Informations-, Marketing- oder sonstige Werbematerial;
  - 3) der Grad an Innovation beim Vertriebsmodell wie die Länge der Vermittlungskette oder die Nutzung innovativer Techniken beim Vertriebsmodell.

#### Artikel 8

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. Februar 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

**DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2021/896 DER KOMMISSION****vom 24. Februar 2021****zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) durch zusätzliche Angaben zur Sicherstellung konvergenter aufsichtlicher Meldungen****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 40 Absatz 9 Unterabsatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Anbieter Paneuropäischer Privater Pensionsprodukte (PEPP) unterliegen auf EU- und auf nationaler Ebene mehreren sektoralen, den Finanzdienstleistungsbereich betreffenden Vorschriften sowie den entsprechenden Meldepflichten gegenüber den zuständigen Behörden, darunter auch die europäischen Aufsichtsbehörden. Damit die zusätzlichen Meldepflichten von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat nicht wesentlich voneinander abweichen, muss bei den Informationen, die zusätzlich zu den im Rahmen der einschlägigen sektoralen Vorschriften gelieferten Angaben für Aufsichtszwecke erforderlich sind, ein standardisierter Ansatz verfolgt werden. Die Kommission hat die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung zur Vorlage entsprechender technischer Empfehlungen aufgefordert.
- (2) Für bessere Vergleichbarkeit und größere Effizienz und um zu vermeiden, dass sektorale Angabepflichten doppelte Meldungen nach sich ziehen, sollte ein standardisierter Satz von Informationen festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 40 Absätze 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2019/1238 genannten zusätzlichen Angaben umfassen:

- a) Eine Beschreibung des Risikomanagementsystems, mit dem der PEPP-Anbieter die mit seinen Produkten verbundenen Risiken steuert, einschließlich der Entscheidungsstrukturen dieses Systems.
- b) Eine Beschreibung der Geschäfte, die der PEPP-Anbieter in seinem Sektor tätigt, einschließlich der Art der getätigten Anlagen und deren Verwaltung, ob es sich um aktive oder passive Anlagen handelt, ob Garantien gestellt werden oder nicht, ob Risikominderungstechniken eingesetzt werden, Geschäftsumfang (Beiträge und Anlagewerte) sowie ein Verzeichnis, in dem neben dem Herkunftsmitgliedstaat alle anderen etwaigen Aufnahmemitgliedstaaten des PEPP-Anbieters aufgelistet sind.
- c) Informationen darüber, über welche schriftlichen Risikomanagementgrundsätze PEPP-Anbieter in Bezug auf die maßgeblichen Risiken verfügen müssen.
- d) Falls relevant, Informationen über die für Solvabilitätszwecke angewandten Bewertungsgrundsätze.
- e) Einen Überblick über die mit PEPP-Produkten verbundenen oder zusammenhängenden Risiken und wie der PEPP-Anbieter sie steuern will, wie u. a. finanzielle Risiken und Liquiditätsrisiken, Marktrisiken, Kreditrisiken, Reputationsrisiken sowie Risiken, die mit Umweltfaktoren, sozialen Faktoren und entscheidungsstrukturbezogenen Faktoren zusammenhängen.
- f) Informationen über die Kapitalstruktur des PEPP-Anbieters, einschließlich der Eigenkapitalquoten und der Höhe der Leverage-Effekte.
- g) Informationen über Verträge, die ein PEPP-Anbieter hält oder mit Dritten geschlossen hat, einschließlich der Verpflichtungen gegenüber den PEPP-Sparern in der Auszahlungsphase oder der Pflicht zur Bereitstellung von PEPP-Unterkonten.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 1.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. Februar 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2021/897 DER KOMMISSION****vom 4. März 2021****zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf das Format aufsichtlicher Meldungen an die zuständigen Behörden sowie die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und zwischen den zuständigen Behörden und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 40 Absatz 9 Unterabsatz 4 und Artikel 66 Absatz 5 Unterabsatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EU) 2019/1238 werden einheitliche Vorschriften für die Registrierung, die Herstellung, den Vertrieb und die Beaufsichtigung privater Altersvorsorgeprodukte festgelegt, die in der Union unter der Bezeichnung „Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt“ (PEPP) vertrieben werden.
- (2) Für einen risikobasierten aufsichtlichen Überprüfungsprozess und die Aufsicht auf Produktebene ist ein angemessener Detaillierungsgrad der Angaben von zentraler Bedeutung. Die Meldebögen zur Übermittlung von Angaben gemäß der Delegierten Verordnung 2021/896 der Kommission <sup>(2)</sup> sollten eine visuelle Darstellung dieser Angaben vorsehen und deren Detaillierungsgrad widerspiegeln.
- (3) Zur Förderung der aufsichtlichen Konvergenz sollten die Angaben, die den zuständigen Behörden gemäß Artikel 40 der Verordnung (EU) 2019/1238 zur Verfügung zu stellen sind, mithilfe von Meldebögen übermittelt werden.
- (4) Der Rahmen für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden des Herkunfts- und des Aufnahmemitgliedstaats und der EIOPA sollte die effiziente Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben und Pflichten erleichtern und eine kohärente und effiziente Aufsicht sicherstellen. Insbesondere gilt es, die Methoden, Mittel und sonstigen Einzelheiten des Informationsaustauschs festzulegen, einschließlich des Umfangs und der Behandlung der auszutauschenden Informationen.
- (5) Zur Sicherstellung einer wirksamen und effizienten Aufsicht sollte beim Austausch von Informationen und bei der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Art, Größe und Komplexität des Produkts, der Verfügbarkeit und Art der Angaben sowie den jüngsten relevanten Daten Rechnung getragen werden. Zur Sicherstellung einer effizienten und rechtzeitigen Zusammenarbeit und eines effizienten und rechtzeitigen Informationsaustauschs müssen standardisierte Verfahren und Meldebögen geschaffen werden.
- (6) Diese standardisierten Verfahren und Meldebögen sollten die zuständigen Behörden und die EIOPA auch bei der freiwilligen Übermittlung von Informationen verwenden, wenn sie der Ansicht sind, dass die in ihrem Besitz befindlichen Informationen für eine andere zuständige Behörde oder für die EIOPA, die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde von Nutzen sein könnten.
- (7) Damit die zuständigen Behörden PEPP-Anbieter und -Vertreiber wirksam beaufsichtigen können, sollten sie regelmäßig Informationen über die vermarkteten PEPP austauschen, wie die entsprechenden Basisinformationsblätter, Angaben zu grenzüberschreitenden Tätigkeiten sowie Angaben zu Sanktionen und relevanten Verhaltensbesonderheiten.

<sup>(1)</sup> ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 1.

<sup>(2)</sup> Delegierte Verordnung (EU) 2021/896 der Kommission vom 24. Februar 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1238 des Europäischen Parlaments und des Rates durch zusätzliche Angaben zur Sicherstellung konvergenter aufsichtlicher Meldungen (siehe Seite 5 dieses Amtsblatts).

- (8) Um bei Verwaltungssanktionen und anderen Maßnahmen eine reibungslose und rechtzeitige Einhaltung der Notifizierungsanforderungen zu gewährleisten, sollten die zuständigen Behörden einander sowie die EIOPA über jede Zuwiderhandlung oder mutmaßliche Zuwiderhandlung in Kenntnis setzen.
- (9) Die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung über aufsichtliche Meldungen und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und zwischen den zuständigen Behörden und der EIOPA sind eng miteinander verknüpft. Sie betreffen die Anforderungen an die Übermittlung und Weitergabe einschlägiger Informationen für die Beaufsichtigung von PEPP. Um die Kohärenz zwischen diesen Bestimmungen, die gleichzeitig in Kraft treten sollten, zu gewährleisten, sollten sämtliche in Artikel 40 Absatz 9 und Artikel 66 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/1238 verlangten technischen Durchführungsstandards in einer einzigen Durchführungsverordnung zusammengefasst werden.
- (10) Diese Verordnung beruht auf dem Entwurf technischer Durchführungsstandards, der der Kommission von der EIOPA vorgelegt wurde.
- (11) Die EIOPA hat zu diesem Entwurf öffentliche Konsultationen durchgeführt, für die Kapitel über aufsichtliche Meldungen an die zuständigen Behörden die damit verbundenen potenziellen Kosten- und Nutzeneffekte analysiert und die Stellungnahme der nach Artikel 37 der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(?)</sup> eingesetzten Interessengruppen Versicherung und Rückversicherung und betriebliche Altersversorgung eingeholt. Bei den Kapiteln über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch hat die EIOPA von einer Analyse der potenziellen Kosten- und Nutzeneffekte abgesehen, da eine solche im Verhältnis zum Geltungsbereich und zu den Auswirkungen der Entwürfe technischer Durchführungsstandards und angesichts der Tatsache, dass die Adressaten dieser Durchführungsstandards nur die zuständigen Behörden und die EIOPA, nicht aber die Finanzmarktteilnehmer sind, unverhältnismäßig gewesen wäre —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

## KAPITEL I

### QUANTITATIVE AUFSICHTLICHE MELDUNGEN

#### Artikel 1

##### Format aufsichtlicher Meldungen

PEPP-Anbieter übermitteln die in Artikel 40 Absätze 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2019/1238 genannten Angaben gemäß den folgenden Spezifikationen:

- a) Datenpunkte vom Datentyp „monetär“ sind in Einheiten ohne Dezimalstellen auszudrücken, mit Ausnahme der Meldebögen PP.06.02 und PP.08.03 (siehe Anhänge I und II), in denen die Werte in Einheiten mit zwei Dezimalstellen auszudrücken sind;
- b) Datenpunkte vom Datentyp „Prozentsatz“ sind pro Einheit mit vier Dezimalstellen auszudrücken;
- c) Datenpunkte vom Datentyp „integer“ sind in Einheiten ohne Dezimalstellen auszudrücken;
- d) Datenpunkte sind als positive Werte anzugeben, außer in folgenden Fällen:
  - i) Die Datenpunkte sind in Bezug auf den natürlichen Betrag des Postens von einer gegensätzlichen Art;
  - ii) Die Art des Datenpunkts ermöglicht den Ausweis positiver und negativer Werte;
  - iii) Nach Maßgabe der Erläuterungen in den Anhängen V bis XIV ist ein anderes Meldeformat erforderlich.

<sup>(?)</sup> Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/79/EG der Kommission (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 48).

## Artikel 2

### **Berichtswährung**

- (1) Für die Zwecke der vorliegenden Verordnung bezeichnet der Ausdruck „Berichtswährung“ die zur Erstellung des Abschlusses des PEPP-Anbieters verwendete Währung, sofern von der zuständigen Behörde nichts anderes bestimmt wird.
- (2) Datenpunkte und Zahlen vom Typ „monetär“ sind in der Berichtswährung anzugeben, was bedeutet, dass jede andere Währung in die Berichtswährung umgerechnet werden muss, sofern in der vorliegenden Verordnung nichts anderes angegeben ist.
- (3) Bei Angabe eines Vermögenswerts oder einer Verbindlichkeit, die auf eine andere Währung als die Berichtswährung lautet, ist der Vermögenswert oder die Verbindlichkeit zum Schlusskurs des letzten Tages umzurechnen, für den der betreffende Kurs im Berichtszeitraum, auf den sich der Vermögenswert oder die Verbindlichkeit bezieht, verfügbar ist.
- (4) Die Werte von Einnahmen oder Aufwendungen sind anhand derselben Umrechnungsbasis in die Berichtswährung umzurechnen, die auch für Rechnungslegungszwecke verwendet wird.
- (5) Die Umrechnung in die Berichtswährung ist anhand des Wechselkurses aus derselben Quelle vorzunehmen, die auch im Abschluss des PEPP-Anbieters verwendet wird, sofern die zuständige Behörde nichts anderes festlegt.

## Artikel 3

### **Jährliche quantitative Meldebögen**

PEPP-Anbieter übermitteln jährlich die in Artikel 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/896 genannten Angaben und verwenden hierfür die folgenden Meldebögen:

- a) Meldebogen PP.01.01 in Anhang I zur Angabe des Inhalts der Übermittlung, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.01.01;
- b) Meldebogen PP.01.02 in Anhang I zur Übermittlung von Basisinformationen über das PEPP und zur Meldung, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.01.02;
- c) Meldebogen PP.52.01 in Anhang I zur Übermittlung von Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.52.01;
- d) Meldebogen PP.06.02 in Anhang I zur Vorlage einer nach Einzelposten erstellten Liste der Vermögenswerte, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.06.02 sowie unter Verwendung des in Anhang III und Anhang IV aufgeführten und definierten Complementary Identification Code (CIC-Code);
- e) Meldebogen PP.06.03 in Anhang I zur Vorlage von nach dem Look-Through-Ansatz ermittelten Informationen für alle vom PEPP-Anbieter gehaltenen gemeinsamen Anlagen, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.06.03;
- f) Meldebogen PP.08.03 in Anhang I zur Vorlage aggregierter Informationen über offene Positionen von Derivaten, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.08.03 sowie unter Verwendung des in Anhang III und Anhang IV aufgeführten und definierten CIC-Codes.

## Artikel 4

### **Angemessenheit der übermittelten Angaben**

Für die Zwecke von Artikel 40 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2019/1238 verwenden die PEPP-Anbieter die einschlägigen Meldebögen in Anhang I der vorliegenden Verordnung, um die kontinuierliche Angemessenheit der übermittelten Angaben sicherzustellen.

## KAPITEL II

**ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN ZUR ZUSAMMENARBEIT UND ZUM INFORMATIONSAUSTAUSCH***Artikel 5***Allgemeine Grundsätze**

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) erleichtert den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden des Herkunfts- und des Aufnahmemitgliedstaats und wird über jeden bilateralen Informationsaustausch auf dem Laufenden gehalten, sofern die Informationen für ihre eigenen Aufgaben relevant sind.

*Artikel 6***Zentrale Anlaufstellen**

Die zuständigen Behörden übermitteln der EIOPA die Angaben zu den zentralen Anlaufstellen und unterrichten sie über jede Änderung dieser Angaben. Die EIOPA führt eine aktuelle Liste der zentralen Anlaufstellen und stellt diese Liste den zuständigen Behörden zur Verfügung.

*Artikel 7***Mittel zum Austausch von Informationen**

Im Rahmen der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs gemäß Kapitel I übermitteln die zuständigen Behörden und die EIOPA Informationen und Unterlagen auf sichere Weise auf elektronischem Wege. Nach Erhalt dieser Informationen und Unterlagen übermitteln die zuständigen Behörden eine elektronische Bestätigung.

*Artikel 8***Währung**

Beim Austausch von Informationen zwischen den zuständigen Behörden und der EIOPA erfolgt die Angabe von Beträgen in Euro. Die zuständigen Behörden können jedoch vereinbaren, dass beim bilateralen Informationsaustausch eine andere Währung verwendet wird.

## KAPITEL III

**ZUSAMMENARBEIT UND INFORMATIONSAUSTAUSCH IM VERFAHREN ZUR REGISTRIERUNG UND ZUR LÖSCHUNG AUS DEM REGISTER***Artikel 9***Registrierung eines PEPP**

- (1) Die zuständigen Behörden übermitteln der EIOPA die in Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben a, b, d, f und g der Verordnung (EU) 2019/1238 genannten Angaben und verwenden hierfür den Meldebogen in Anhang V der vorliegenden Verordnung.
- (2) Die zuständigen Behörden teilen der EIOPA jede Änderung der im Antrag enthaltenen Angaben und Unterlagen mit und stellen zu diesem Zweck nur die von den Änderungen betroffenen Teile des in Anhang V enthaltenen Meldebogens zusammen.
- (3) Die EIOPA unterrichtet die zuständigen Behörden unverzüglich unter Verwendung des Meldebogens in Anhang VI bzw. Anhang VIII, wenn die Änderungen die Tätigkeiten des PEPP-Anbieters in den jeweiligen Mitgliedstaaten betreffen.

(4) Nach der Registrierung des Produkts im öffentlichen Zentralregister setzt die EIOPA die jeweils zuständigen Behörden unter Verwendung des Meldebogens in Anhang VI entsprechend in Kenntnis.

#### Artikel 10

##### **Eröffnung eines neuen Unterkontos**

(1) Bei Eröffnung eines neuen Unterkontos setzt die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats die zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedstaats und die EIOPA hierüber in Kenntnis und verwendet zu diesem Zweck den Meldebogen in Anhang IX.

(2) Die zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedstaats bestätigt den Erhalt der Informationen und Unterlagen und verwendet hierfür den Meldebogen in Anhang X. Die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats teilt der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats und der EIOPA jede Änderung des Unterkontos mit und stellt zu diesem Zweck nur die von den Änderungen betroffenen Teile des Meldebogens in Anhang IX zusammen.

#### Artikel 11

##### **Informationen zu nationalen Bestimmungen**

Unter Verwendung des Meldebogens in Anhang XIV stellen die zuständigen Behörden der EIOPA einen Link zu Folgendem zur Verfügung:

- a) den nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die die Bedingungen im Zusammenhang mit der Ansparphase im Sinne von Artikel 47 der Verordnung (EU) 2019/1238 regeln;
- b) den Bedingungen im Zusammenhang mit der Leistungsphase im Sinne von Artikel 57 der Verordnung (EU) 2019/1238;
- c) Informationen über zusätzliche Verfahren zur Beantragung von gegebenenfalls auf nationaler Ebene geschaffenen Vorteilen und Anreizen.

#### Artikel 12

##### **Löschung eines PEPP aus dem Register**

(1) Beschließt eine zuständige Behörde, ein PEPP aus dem Register zu löschen, teilt sie dies der EIOPA unter Verwendung des Meldebogens in Anhang VII mit.

(2) Die EIOPA löscht das PEPP aus ihrem öffentlichen Zentralregister und setzt die jeweils zuständigen Behörden unter Verwendung des Meldebogens in Anhang VIII entsprechend in Kenntnis.

#### KAPITEL IV

##### **LAUFENDE ZUSAMMENARBEIT UND REGELMÄSSIGER INFORMATIONSAUSTAUSCH**

#### Artikel 13

##### **Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und zwischen den zuständigen Behörden und der EIOPA**

(1) Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und zwischen den zuständigen Behörden und der EIOPA erstreckt sich zumindest auf folgende Bereiche:

- a) Aufsicht;
- b) Inspektionen und Untersuchungen;
- c) Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung (EU) 2019/1238;
- d) Informationen über Beschwerden;
- e) geplante aufsichtliche Maßnahmen gegen den PEPP-Anbieter oder -Vertreiber, sofern für das PEPP-Produkt relevant;

- f) geplante aufsichtliche Maßnahmen zur Begrenzung des Schadens für PEPP-Sparer, einschließlich der beabsichtigten Wahrnehmung der in Artikel 63 der Verordnung (EU) 2019/1238 genannten Produktinterventionsbefugnisse.
- (2) Die EIOPA übermittelt der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats alljährlich die in Artikel 14 vorgesehenen aufsichtlichen Informationen zu dem in diesem Mitgliedstaat vermarkteten PEPP.
- (3) Auf ein gemäß Artikel 16 gestelltes Ersuchen hin tauschen die zuständigen Behörden und die EIOPA in dem ihnen möglichen Umfang alle mit dem PEPP zusammenhängenden Informationen aus, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben relevant und nicht in Artikel 15 vorgesehen sind.
- (4) Hat die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats im Zuge ihrer aufsichtlichen Überprüfungsverfahren Erkenntnisse zu Risiken gewonnen, die sich aus dem grenzüberschreitenden Vertrieb oder aus Unterkonten des PEPP ergeben oder diese betreffen, teilt sie dies der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats umgehend mit. Eine solche Mitteilung hat in Fällen zu erfolgen, in denen die zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedstaats bereits Bedenken geäußert hat.
- (5) Die zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedstaats setzt die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats unverzüglich in Kenntnis, wenn sie Grund zu der Annahme hat, dass die Tätigkeiten eines PEPP-Anbieters dessen finanzielle Solidität oder den Schutz der Verbraucher in anderen Mitgliedstaaten beeinträchtigen könnten.
- (6) Die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats arbeitet mit der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats zusammen, um zu beurteilen, ob der PEPP-Anbieter über ein klares Verständnis des Zielmarkts sowie der Risiken verfügt, denen die Produkte im Aufnahmemitgliedstaat ausgesetzt sind oder ausgesetzt sein könnten, und welche spezifischen Risikomanagementinstrumente und internen Kontrollen in diesem Zusammenhang vorhanden sind, wobei dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem risikobasierten Ansatz Rechnung zu tragen ist.
- (7) Die Zusammenarbeit konzentriert sich insbesondere auf folgende Risikobereiche:
- Profil der PEPP-Sparer;
  - lokale PEPP-Partnerschaften und -Vertriebspartner;
  - Bearbeitung von Beschwerden;
  - Einhaltung von Vorgaben;
  - Verbraucherschutz und alle anderen Aspekte in Bezug auf das Verhalten des PEPP-Anbieters und -Vertreibers, einschließlich der Aufsichts- und Lenkungsanforderungen.

#### Artikel 14

### Regelmäßiger Informationsaustausch

- (1) Die EIOPA extrahiert und leitet die folgenden Informationen über jedes in einem Aufnahmemitgliedstaat angebotene PEPP ab:
- Anzahl der PEPP-Sparer im betroffenen Mitgliedstaat;
  - Mitgliedstaaten, für die der PEPP-Anbieter Unterkonten anbietet;
  - Anzahl der Anträge auf Anbieterwechsel und der tatsächlichen Übertragungen, wenn ein bestimmtes Unterkonto in dem betreffenden Mitgliedstaat nicht angeboten wird;
  - Informationen zu jedem PEPP, das in dem betreffenden Mitgliedstaat angeboten wird, vorbehaltlich der Verfügbarkeit, wie angegeben in:
    - Meldebogen PP.01.02 in Anhang I zur Übermittlung von Basisinformationen über das PEPP und zur Meldung, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.01.02;
    - Meldebogen PP.52.01 in Anhang I zur Übermittlung von Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.52.01;
    - Meldebogen PP.06.02 in Anhang I zur Vorlage einer nach Einzelposten erstellten Liste der Vermögenswerte, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.06.02 sowie unter Verwendung des in Anhang III und Anhang IV aufgeführten und definierten CIC-Codes;

- iv) Meldebogen PP.06.03 in Anhang I zur Vorlage von nach dem Look-Through-Ansatz ermittelten Informationen für alle vom PEPP-Anbieter gehaltenen gemeinsamen Anlagen, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.06.03;
- v) Meldebogen PP.08.03 in Anhang I zur Vorlage aggregierter Informationen über offene Positionen von Derivaten, entsprechend den Erläuterungen in Anhang II Abschnitt PP.08.03 sowie unter Verwendung des in Anhang III und Anhang IV aufgeführten und definierten CIC-Codes.

Die in Unterabsatz 1 genannten Angaben stellt die EIOPA jeder zuständigen Behörde eines Aufnahmemitgliedstaats für jedes PEPP auf jährlicher Basis zur Verfügung.

(2) Absatz 1 schließt nicht aus, dass die zuständigen Behörden in regelmäßigeren Abständen oder auf Anfrage detailliertere Daten austauschen.

## KAPITEL V

### AD-HOC-ZUSAMMENARBEIT UND -INFORMATIONSAUSTAUSCH

#### Artikel 15

##### **Einreichen eines Ersuchens um Zusammenarbeit oder Informationsaustausch**

- (1) Eine zuständige Behörde übermittelt der ersuchten zuständigen Behörde das Ersuchen anhand des Meldebogens in Anhang XI. Die ersuchende zuständige Behörde kann dem Antrag alle von ihr als sachdienlich erachteten Belege beifügen. Ist das Informationsersuchen für die Aufgaben der EIOPA relevant, leitet die ersuchende zuständige Behörde das Ersuchen auch an die EIOPA weiter.
- (2) Die ersuchende zuständige Behörde muss die Dringlichkeit des Ersuchens angeben. Ist ein Ersuchen um Zusammenarbeit mit einem Informationsersuchen verbunden,
  - a) gibt die ersuchende zuständige Behörde nach Möglichkeit Einzelheiten zu den angeforderten Informationen an, einschließlich der Gründe, warum diese Informationen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß der Verordnung (EU) 2019/1238 als relevant erachtet werden;
  - b) ermittelt die ersuchende zuständige Behörde gegebenenfalls alle Fragen im Zusammenhang mit der Vertraulichkeit der angeforderten Informationen, einschließlich aller besonderen Vorsichtsmaßnahmen für die Sammlung dieser Informationen.
- (3) Hat die ersuchende zuständige Behörde berechtigte Gründe für die Einstufung ihres Ersuchens als dringend, so kann sie das Ersuchen auf einem anderen als dem in Absatz 1 vorgesehenen Weg stellen, wenn das Ersuchen anschließend gemäß jenem Absatz auf elektronischem Wege übermittelt wird, sofern die beteiligten zuständigen Behörden nichts anderes vereinbaren.

#### Artikel 16

##### **Beantwortung eines Ersuchens um Zusammenarbeit und Informationsaustausch**

- (1) Die ersuchte zuständige Behörde übermittelt der ersuchenden zuständigen Behörde ihre Antwort unter Verwendung des Meldebogens in Anhang XII. Ist die Antwort für die Aufgaben der EIOPA relevant, leitet die ersuchte zuständige Behörde die Antwort auch an die EIOPA weiter. In ihrer Antwort
  - a) bittet die ersuchte zuständige Behörde alsbald um weitere Klarstellungen in jeglicher Form, wenn sie Zweifel in Bezug auf das Ersuchen hegt;
  - b) unternimmt die ersuchte zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse angemessene Schritte zur Zusammenarbeit oder stellt die ersuchten Informationen zur Verfügung;
  - c) setzt die ersuchte zuständige Behörde das Ersuchen so um, dass alle erforderlichen Regulierungsmaßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können, wobei die Komplexität des Ersuchens und die Notwendigkeit, eine andere zuständige Behörde einzuschalten, zu berücksichtigen sind;
  - d) liefert die ersuchte zuständige Behörde von sich aus alle sonstigen wesentlichen Informationen.

- (2) Ist die ersuchte zuständige Behörde aufgrund der Komplexität des Ersuchens oder des Umfangs der angeforderten Informationen nicht in der Lage, die in dem Ersuchen gesetzte Frist einzuhalten,
- unterrichtet sie die ersuchende zuständige Behörde unverzüglich über die Gründe für die Verzögerung und nennt einen voraussichtlichen Termin für die Antwort;
  - stellt sie bereits verfügbare Informationen unter Verwendung des Meldebogens in Anhang XII bereit;
  - liefert sie alle fehlenden Informationen, sobald diese verfügbar sind, in einer Weise, dass alle notwendigen Maßnahmen zügig ergriffen werden können.

#### Artikel 17

##### **Zusammenarbeit und Informationsaustausch im Falle von Zuwiderhandlungen**

- (1) Sobald die zuständige Behörde oder gegebenenfalls die EIOPA Kenntnis von einer Zuwiderhandlung oder einer mutmaßlichen Zuwiderhandlung eines PEPP-Anbieters oder -Vertreibers oder einer solchen Zuwiderhandlung im Rahmen der Dienstleistungs- oder Niederlassungsfreiheit erlangt, benachrichtigt sie unverzüglich die betreffende zuständige Behörde und verwendet hierfür den Meldebogen in Anhang XIII. Die notifizierende zuständige Behörde kann der Notifizierung alle von ihr als erforderlich erachteten Belege beifügen. Ist die Zuwiderhandlung für die Aufgaben der EIOPA relevant, setzt die notifizierende zuständige Behörde auch die EIOPA unverzüglich in Kenntnis und verwendet hierfür den Meldebogen in Anhang XIII.
- (2) Die notifizierende zuständige Behörde oder gegebenenfalls die EIOPA übermittelt der notifizierten zuständigen Behörde alle zur Beurteilung der Angelegenheit erforderlichen Informationen, insbesondere die folgenden Angaben:
- Art, Natur, Wesentlichkeit und Dauer der Zuwiderhandlung oder der mutmaßlichen Zuwiderhandlung;
  - gegebenenfalls von der notifizierenden zuständigen Behörde vorgeschlagene Maßnahmen und geplante mögliche Veröffentlichung;
  - die Beweise, auf die die notifizierende zuständigen Behörde oder gegebenenfalls die EIOPA ihre Entscheidung gestützt haben.

Die notifizierte zuständige Behörde und gegebenenfalls die EIOPA können von der notifizierenden zuständigen Behörde alle weiteren Informationen anfordern, die sie für ihre Bewertung und ihre Maßnahmen für erforderlich halten.

- (3) Erachtet die notifizierende zuständige Behörde die Übermittlung der Informationen als dringlich, kann sie die notifizierte zuständige Behörde und gegebenenfalls die EIOPA zunächst mündlich unterrichten, sofern die Informationen anschließend gemäß Absatz 1 auf elektronischem Wege übermittelt werden, es sei denn, die beteiligten zuständigen Behörden vereinbaren etwas anderes.

#### Artikel 18

##### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 4. März 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

## ANHANG I

## MELDEBÖGEN

PP.01.01.33

## INHALT DER MELDUNG

		C0010
<b>Meldebogencode — Meldebogenname</b>		<del>X</del>
PP.01.02.33 — Basisinformationen — Allgemein	R0010	
PP.52.01.33 — Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer	R0020	
PP.06.02.33 — Liste der Vermögenswerte	R0030	
PP.06.03.33 — Organismen für gemeinsame Anlagen — Look-Through-Ansatz	R0040	
PP.08.03.33 — Aggregierte Informationen zu offenen Derivaten	R0050	

PP.01.02.33

## BASISINFORMATIONEN — ALLGEMEIN

		C0010
PEPP-Bezeichnung	R0010	
PEPP-Registrierungsnummer	R0020	
Sprache, in der die Meldung erfolgt	R0030	
Melddatum	R0040	
Ende des Geschäftsjahres	R0050	
Meldestichtag	R0060	
Reguläre/Ad-hoc-Übermittlung	R0070	
Meldewährung	R0090	
Wird das Produkt noch vermarktet?	R0260	
Art des Unternehmens	R0270	
Verwendung eines gemeinsamen Pools von Vermögenswerten für alle Anlageoptionen	R0280	

PP.52.01.33

## ANGABEN ZUM PEPP UND ZUM PEPP-SPARER (1)

		Kosten				Gegebenenfalls Kosten für Kapitalgarantien C0100
		Verwaltungs- kosten C0020	Vertriebskosten		Anlagekosten C0060	
			C0040	Beratungskos- ten C0050		
Basis-PEPP	R0010					
Alternative Anlageoptio- nen	R0040					



Finanz- und Sparerströme						Vermögenswerte	Verpflichtungen
Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos Gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238	Anzahl der gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238	Anzahl der Anträge Von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238	Tatsächliche Übertragungen Gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238	Anzahl der Anträge Von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel Gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238	Tatsächliche Übertragungen Gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238		
C0260	C0270	C0280	C0290	C0300	C0310	C0320	C0330

Anzahl der Beschwerden
C0340

PP.06.02.33

LISTE DER VERMÖGENSWERTE

ANGABEN ZU DEN GEHALTENEN POSITIONEN

ID-Code des Vermögenswerts und Art des ID-Codes	Basis-PEPP/alternative Anlageoptionen	Verwahrungsland	Verwahrer	Menge	...
C0011	C0010	C0040	C0050	C0060	

Nennwert	Bewertungsmethode	Anschaffungswert	Aufgelaufene Zinsen	Marktwert der Vermögenswerte
C0070	C0075	C0080	C0090	C0100

## ANGABEN ZU VERMÖGENSWERTEN

ID-Code des Vermögenswerts und Art des ID-Codes	Bezeichnung der Position	Name des Emittenten	Emittentencode und Art des Emittentencodes	Sektor des Emittenten	...
C0011	C0130	C0140	C0150	C0170	

Emittentengruppe	Code der Emittentengruppe und Art des Emittentengruppen-codes	Land des Emittenten	Währung	CIC	...
C0180	C0190	C0210	C0220	C0230	

Alternative Anlagen	Externes Rating	Benannte ECAI	Preis je Einheit	Prozentualer Anteil des Nennwerts des Preises	Laufzeit/Duration	Fälligkeitstermin
C0240	C0250	C0260	C0370	C0380	C0270	C0280

## PP.06.03.33

## ORGANISMEN FÜR GEMEINSAME ANLAGEN — LOOK-THROUGH-ANSATZ

ID-Code des Organismus für Gemeinsame Anlagen und Art des ID-Codes	Kategorie des zugrunde liegenden Vermögenswerts	Ausgabeland	Währung	Gesamtbetrag
C0010	C0030	C0040	C0050	C0060

PP.08.03.33

## ANGABEN ZU DEN GEHALTENEN POSITIONEN — NENNBETRAG

		Nennbetrag		
		Basis-PEPP	Alternative Anlagen	PEPP-Anlagen
		C0010	C0030	C0050
Zinsswaps (D1)	R0010			
Devisenforwards (F2)	R0020			
Sonstige Derivate	R0030			

## ANGABEN ZU DEN GEHALTENEN POSITIONEN — WERT

		Wert		
		Basis-PEPP	Alternative Anlageoptionen	PEPP-Anlagen
		C0020	C0040	C0060
Zinsswaps (D1)	R0010			
Devisenforwards (F2)	R0020			
Sonstige Derivate	R0030			

## ANHANG II

## ERLÄUTERUNGEN ZU DEN MELDEBÖGEN

Dieser Anhang enthält weitere Erläuterungen zu den Meldebögen in Anhang I.

Meldebögen, die gemäß den Erläuterungen in den verschiedenen Abschnitten dieses Anhangs auszufüllen sind, werden im gesamten Text dieses Anhangs als „dieser Meldebogen“ bezeichnet.

**PP.01.01.33 — Inhalt der Meldung****Allgemeine Bemerkungen:**

Dieser Abschnitt betrifft die jährliche Übermittlung von Informationen zum Paneuropäischen Privaten Pensionsprodukt (PEPP).

Muss eine gesonderte Begründung geliefert werden, ist diese nicht in den Meldebogen aufzunehmen, sondern muss Gegenstand des Dialogs zwischen dem PEPP-Anbieter und den zuständigen Behörden sein.

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
C0010/R0010	PP.01.02.33 — Basisinformationen — Allgemein	Dieser Meldebogen muss vorgelegt werden. Die einzig mögliche Option ist: 1 — Vorgelegt
C0010/R0020	PP.52.01.33 — Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer	Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 — Vorgelegt 0 — Nicht vorgelegt aus anderen Gründen (in diesem Fall ist eine gesonderte Begründung zu liefern)
C0010/R0030	PP.06.02.33 — Liste der Vermögenswerte	Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 — Vorgelegt 0 — Nicht vorgelegt aus anderen Gründen (in diesem Fall ist eine gesonderte Begründung zu liefern)
C0010/R0040	PP.06.03.33 — Organismen für gemeinsame Anlagen — Look-Through-Ansatz	Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 — Vorgelegt 2 — Nicht vorgelegt, da keine Organismen für gemeinsame Anlagen 0 — Nicht vorgelegt (in diesem Fall ist eine gesonderte Begründung zu liefern)
C0010/R0050	PP.08.03.33 — Aggregierte Informationen zu offenen Derivaten	Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 — Vorgelegt 2 — Nicht vorgelegt, da keine Transaktionen in Derivaten 0 — Nicht vorgelegt aus anderen Gründen (in diesem Fall ist eine gesonderte Begründung zu liefern)

**PP.01.02 — Basisinformationen — Allgemein****Allgemeine Bemerkungen:**

Dieser Abschnitt betrifft die jährliche Übermittlung von Basisinformationen zum PEPP.

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
C0010/R0010	PEPP-Bezeichnung	Handelsname des PEPP (unternehmensspezifisch).
C0010/R0020	PEPP-Registrierungsnummer	Registrierungsnummer für das PEPP, die von der EIOPA vergeben wird.
C0010/R0030	Sprache, in der die Meldung erfolgt	Geben Sie den aus zwei Buchstaben bestehenden ISO-639-1-Code der Sprache an, in der Sie Ihre Angaben übermitteln.
C0010/R0040	Melddatum	Geben Sie den ISO-8601-Code (JJJJ-MM-TT) des Datums an, an dem die Angaben an die Aufsichtsbehörde übermittelt wurden.
C0010/R0050	Ende des Geschäftsjahres	Geben Sie den ISO-8601-Code (JJJJ-MM-TT) des Ende des Geschäftsjahres des Unternehmens an, z. B. 2017-12-31.
C0010/R0060	Meldestichtag	Geben Sie den ISO-8601-Code (JJJJ-MM-TT) des letzten Tags des Meldezeitraums an.
C0010/R0070	Reguläre/Ad-hoc-Übermittlung	Geben Sie an, ob Sie Ihre Angaben regulär oder ad hoc übermitteln. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 – Reguläre Übermittlung 2 – Ad-hoc-Übermittlung
C0010/R0090	Meldewährung	Geben Sie den alphabetischen ISO-4217-Code der Währung an, die in den jeweiligen Meldungen für Geldbeträge verwendet wird.
C0010/R0260	Wird das PEPP noch vermarktet?	Geben Sie an, ob das Produkt noch auf dem Markt angeboten oder lediglich weitergeführt wird. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: — Noch vermarktet — Weitergeführt
C0010/R0270	Art des Unternehmens	Geben Sie an, welcher Art von Unternehmen/Einrichtung der PEPP-Anbieter, der Daten für sein PEPP übermitteln, zuzurechnen ist. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: — Kreditinstitut (gemäß Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> ) — Versicherungsunternehmen (gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup> ) — Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung (gemäß der Richtlinie 2016/2341/EU des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(3)</sup> )

		<ul style="list-style-type: none"> <li>— Wertpapierfirma (gemäß der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup>)</li> <li>— Investmentgesellschaft oder Verwaltungsgesellschaft (gemäß der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup>)</li> <li>— EU-AIFM (gemäß der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(3)</sup>)</li> </ul>
C0010/R0280	Verwendung eines gemeinsamen Pools von Vermögenswerten für alle Anlageoptionen	<p>Geben Sie an, ob der gemeinsame Pool von Vermögenswerten für alle Anlageoptionen verwendet wird.</p> <p>Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen:</p> <p>1 — Ja 2 — Nein</p>

<sup>(1)</sup> Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338).

<sup>(2)</sup> Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1).

<sup>(3)</sup> Richtlinie (EU) 2016/2341 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2016 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (ABl. L 354 vom 23.12.2016, S. 37).

<sup>(4)</sup> Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349).

<sup>(5)</sup> Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 32).

<sup>(6)</sup> Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1).

## PP.52.01 — Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer —

### Allgemeine Bemerkungen:

Dieser Abschnitt betrifft die jährliche Übermittlung von detaillierten Angaben zu einem bestimmten PEPP. Darüber hinaus sind nähere Angaben zu einer bestimmten PEPP-Anlageoption, d. h. Basis-PEPP oder alternative Anlageoptionen, nach Ländern, in denen das betreffende Produkt vermarktet wird, und nach eröffneten Unterkonten zu machen. Für den Fall, dass die alternativen Anlageoptionen einzeln oder insgesamt im Verhältnis zu den Ersparnissen im Basis-PEPP signifikant werden, sind die Angaben auf einer detaillierteren Ebene oder auf der Ebene der jeweiligen Anlageoptionen zu liefern.

Alle Werte sind so anzugeben, als würden sie gemäß dem aufsichtsrechtlichen Rahmen, unter den das Unternehmen fällt, übermittelt.

Die Informationen zu allen alternativen Anlagemöglichkeiten sind zu aggregieren.

### Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer (1)

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
C0020/R0010	Verwaltungskosten des Basis-PEPP	Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Verwaltung des PEPP, die dem PEPP-Sparer während des Meldezeitraums in Rechnung gestellt wurden.

		Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten des Basis-PEPP.
C0040/R0010	Vertriebskosten des Basis-PEPP	Gesamtkosten im Zusammenhang mit dem Vertrieb des PEPP. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten des Basis-PEPP.
C0050/R0010	Beratungskosten beim Basis-PEPP	Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Beratung zum PEPP, die während des Meldezeitraums in Rechnung gestellt wurden. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten des Basis-PEPP.
C0060/R0010	Anlagekosten beim Basis-PEPP	Gesamtanlagekosten im Zusammenhang mit dem PEPP, die während des Meldezeitraums in Rechnung gestellt wurden. Diese Kosten umfassen die Kosten im Zusammenhang mit der Verwahrung von Vermögenswerten, Tätigkeiten, die sich aus der Durchführung von Transaktionen ergeben, und andere Kosten, die mit der Anlagetätigkeit zusammenhängen, aber nicht den beiden oben genannten Kategorien zugeordnet werden können. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten des Basis-PEPP.
C0100/R0010	Kosten etwaiger Kapitalgarantien für das Basis-PEPP	Kosten der Kapitalgarantien beim PEPP, die während des Meldezeitraums insgesamt in Rechnung gestellt wurden. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten des Basis-PEPP.
C0020/R0040	Verwaltungskosten bei alternativen Anlageoptionen	Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Verwaltung des PEPP, die dem PEPP-Sparer während des Meldezeitraums in Rechnung gestellt wurden. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten bei alternativen Anlageoptionen.
C0040/R0040	Vertriebskosten bei alternativen Anlageoptionen	Gesamtkosten im Zusammenhang mit dem Vertrieb des PEPP. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten bei alternativen Anlageoptionen.
C0050/R0040	Beratungskosten bei alternativen Anlageoptionen	Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Beratung zum PEPP, die während des Meldezeitraums in Rechnung gestellt wurden. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten bei alternativen Anlageoptionen.
C0060/R0040	Anlagekosten bei alternativen Anlageoptionen	Gesamtanlagekosten im Zusammenhang mit dem PEPP, die während des Meldezeitraums in Rechnung gestellt wurden. Diese Kosten umfassen die Kosten im Zusammenhang mit der Verwahrung von Vermögenswerten, Tätigkeiten, die sich aus der Durchführung von Transaktionen ergeben, und andere Kosten, die mit der Anlagetätigkeit zusammenhängen, aber nicht den beiden oben genannten Kategorien zugeordnet werden können. Der Betrag bezieht sich auf einmalige und wiederkehrende Kosten bei alternativen Anlageoptionen.

**Angaben zum PEPP und zum PEPP-Sparer (2)**

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
Z0010	Land	Code des Herkunfts- bzw. Aufnahmemitgliedstaats des PEPP gemäß ISO 3166-1 Alpha-2. Dieses Element ist für jedes Land zu übermitteln, in dem ein Unterkonto verfügbar ist bzw. in dem das PEPP angeboten wird.
C0150/R0020	Anzahl der PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen	Anzahl der PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen
C0160/R0020	Gesamtbruttobeiträge für das im Land vermarktete Basis-PEPP	Gesamthöhe der Beiträge, die im Meldezeitraum von PEPP-Sparern geleistet wurden, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen.
C0170/R0020	Gesamtbruttoanlagerrenditen bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Gesamthöhe der den PEPP-Sparern zugewiesenen Bruttoanlagerrenditen. Der Wert entspricht den Bruttoanlagekosten bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP.
C0190/R0020	Gesamtleistungen bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Gesamtleistungen, die im Meldezeitraum für das im Land vermarktete Basis-PEPP an PEPP-Sparer gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst alle ausgezahlten Leistungen, d. h. einschließlich biometrischer Risiken und sonstiger möglicher Optionen, die in dem bestimmten Produkt enthalten sind.
C0200/R0020	Altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, während des Meldezeitraums. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen.
C0210/R0020	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer regelmäßigen Rentenzahlung im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, während des Meldezeitraums. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen, die in Form einer regelmäßigen Rente gezahlt werden.
C0220/R0020	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, während des Meldezeitraums. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen, die in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung gezahlt werden.
C0230/R0020	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, während des Meldezeitraums. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen.
C0240/R0020	Nicht altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, während des Meldezeitraums. Dieser Betrag umfasst lediglich Leistungen im Zusammenhang mit der nicht altersvorsorgebezogenen Absicherung, d. h. biometrische Risiken und sonstige mögliche Optionen.

C0250/R0020	Anzahl der Notifikationen gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1238 von PEPP-Sparern, die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegt haben, Mitgliedstaat für das im Land vermarktete Basis-PEPP	Anzahl der Notifikationen von PEPP-Sparern, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, im Zusammenhang mit der Verlegung des Wohnsitzes des PEPP-Sparers in einen anderen Mitgliedstaat.
C0260/R0020	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 für das im Land vermarktete Basis-PEPP	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos für das im Land vermarktete Basis-PEPP von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über ihre geplante Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0270/R0020	Anzahl der gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 eröffneten Unterkonten für das im Land vermarktete Basis-PEPP	Anzahl der tatsächlich eröffneten Unterkonten für das im Land vermarktete Basis-PEPP im Zusammenhang mit Anträgen von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über ihre geplante Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0280/R0020	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen und ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0290/R0020	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Höhe der tatsächlichen Übertragungen auf einen anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen und ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0300/R0020	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter von PEPP-Sparern, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0310/R0020	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 bei dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Höhe der tatsächlichen Übertragungen an einen anderen PEPP-Anbieter auf Antrag von PEPP-Sparern, die das im Land vermarktete Basis-PEPP nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238

C0320/R0020	Vermögenswerte des im Land vermarkteten Basis-PEPP	Gesamtbetrag der Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP.
C0330/R0020	Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem im Land vermarkteten Basis-PEPP	Gesamthöhe der versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten, soweit relevant, in Bezug auf das im Land vermarktete Basis-PEPP.
C0340/R0020	Anzahl der Beschwerden bezüglich des im Land vermarkteten Basis-PEPP	Gesamtzahl der Beschwerden, die im Meldezeitraum bezüglich des im Land vermarkteten Basis-PEPP eingegangen sind.
C0150/R0030	Anzahl der PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen	Anzahl der PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen
C0160/R0030	Gesamtbetrag der für das weitergeführte Basis-PEPP vereinnahmten Bruttobeiträge	Gesamtbeiträge der PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Meldezeitraum.
C0170/R0030	Gesamtbruttoanlagerenditen beim weitergeführten Basis-PEPP	Gesamthöhe der den PEPP-Sparern zugewiesenen Bruttoanlagerenditen. Der Wert entspricht den Bruttoanlagekosten beim weitergeführten Basis-PEPP.
C0190/R0030	Gesamtleistungen beim weitergeführten Basis-PEPP	Gesamtleistungen an PEPP-Sparer beim weitergeführten Basis-PEPP im Meldezeitraum. Dieser Betrag umfasst alle ausgezahlten Leistungen, d. h. einschließlich biometrischer Risiken und sonstiger möglicher Optionen, die in dem bestimmten Produkt enthalten sind.
C0200/R0030	Altersvorsorgebezogene Leistungen beim weitergeführten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Meldezeitraum. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen.
C0210/R0030	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer regelmäßigen Rentenzahlung im Zusammenhang mit dem weitergeführten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Meldezeitraum. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer regelmäßigen Rentenzahlung.
C0220/R0030	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung im Zusammenhang mit dem weitergeführten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Meldezeitraum. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung.
C0230/R0030	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen im Zusammenhang mit dem weitergeführten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Meldezeitraum. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen.
C0240/R0030	Nicht altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit dem weitergeführten Basis-PEPP	Leistungen an PEPP-Sparer, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Meldezeitraum. Dieser Betrag umfasst lediglich Leistungen im Zusammenhang mit der nicht altersvorsorgebezogenen Absicherung, d. h. biometrische Risiken und sonstige mögliche Optionen.

C0250/R0030	Anzahl der Notifikationen gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1238 von PEPP-Sparern, die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegt haben, beim weitergeführten Basis-PEPP	Anzahl der Notifikationen von PEPP-Sparern, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, im Zusammenhang mit der Verlegung des Wohnsitzes des PEPP-Sparers in einen anderen Mitgliedstaat.
C0260/R0030	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 für das weitergeführte Basis-PEPP	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos für das weitergeführte Basis-PEPP von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über ihre geplante Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0270/R0030	Anzahl der gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 eröffneten Unterkonten für das weitergeführte Basis-PEPP	Anzahl der tatsächlich eröffneten Unterkonten für das weitergeführte Basis-PEPP im Zusammenhang mit Anträgen von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über ihre geplante Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0280/R0030	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 beim weitergeführten Basis-PEPP	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen und die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0290/R0030	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 beim weitergeführten Basis-PEPP	Höhe der tatsächlichen Übertragungen an einen anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen und die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0300/R0030	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 beim weitergeführten Basis-PEPP	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter von PEPP-Sparern, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0310/R0030	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 beim weitergeführten Basis-PEPP	Höhe der tatsächlichen Übertragungen an einen anderen PEPP-Anbieter auf Antrag von PEPP-Sparern, die das weitergeführte Basis-PEPP nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0320/R0030	Vermögenswerte des weitergeführten Basis-PEPP	Gesamtbetrag der Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem weitergeführten Basis-PEPP.
C0330/R0030	Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem weitergeführten Basis-PEPP	Gesamtbetrag der versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten, soweit relevant, in Bezug auf das weitergeführte Basis-PEPP.

C0340/R0030	Anzahl der Beschwerden für das weitergeführte Basis-PEPP	Gesamtzahl der für das weitergeführte Basis-PEPP im Meldezeitraum eingegangenen Beschwerden.
C0150/R0050	Anzahl der PEPP-Sparer, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen	Anzahl der PEPP-Sparer, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen
C0160/R0050	Insgesamt erhaltene Bruttobeiträge für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Gesamtbeiträge der PEPP-Sparer, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen, im Meldezeitraum.
C0170/R0050	Gesamtbruttoanlagerenditen bei den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Gesamthöhe der den PEPP-Sparern zugewiesenen Bruttoanlagerenditen. Der Wert entspricht den Bruttoanlagekosten bei den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen.
C0190/R0050	Gesamtleistungen für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum an PEPP-Sparer gezahlt wurden, insgesamt. Dieser Betrag umfasst alle ausgezahlten Leistungen, d. h. einschließlich biometrischer Risiken und sonstiger möglicher Optionen, die in dem bestimmten Produkt enthalten sind.
C0200/R0050	Altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum an PEPP-Sparer gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen.
C0210/R0050	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer regelmäßigen Rentenzahlung im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum an PEPP-Sparer gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen, die in Form einer regelmäßigen Rente gezahlt werden.
C0220/R0050	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum an PEPP-Sparer gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen, die in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung gezahlt werden.
C0230/R0050	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum an PEPP-Sparer gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen.

C0240/R0050	Nicht altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum an PEPP-Sparer gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich Leistungen im Zusammenhang mit der nicht altersvorsorgebezogenen Absicherung, d. h. biometrische Risiken und sonstige mögliche Optionen.
C0240/R0050	Anzahl der Notifikationen gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1238 von PEPP-Sparern, die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegt haben, Mitgliedstaat für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Anzahl der Notifikationen von PEPP-Sparern, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen, im Zusammenhang mit der Verlegung des Wohnsitzes des PEPP-Sparers in einen anderen Mitgliedstaat.
C0260/R0050	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über ihre geplante Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0270/R0050	Anzahl der gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 eröffneten Unterkonten für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Anzahl der tatsächlich eröffneten Unterkonten für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Zusammenhang mit Anträgen von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über ihre geplante Wohnsitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0280/R0050	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 für die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen und die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0290/R0050	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 bei den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Höhe der tatsächlichen Übertragungen auf einen anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen und die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.

C0300/R0050	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 bei den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter von PEPP-Sparern, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0310/R0050	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 bei den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Höhe der tatsächlichen Übertragungen an einen anderen PEPP-Anbieter auf Antrag von PEPP-Sparern, die die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0320/R0050	Vermögenswerte der im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Gesamtbetrag der Vermögenswerte im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen.
C0330/R0050	Verpflichtungen im Zusammenhang mit den im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Gesamtbetrag der versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten, soweit relevant, in Bezug auf die im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen.
C0340/R0050	Anzahl der Beschwerden bezüglich der im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen	Gesamtzahl der Beschwerden, die bezüglich der im Land vermarkteten alternativen Anlageoptionen im Meldezeitraum eingegangen sind.
C0149/R0060	Anzahl der weitergeführten alternativen Anlageoptionen, die für das PEPP-Produkt angeboten werden	Anzahl der weitergeführten alternativen Anlageoptionen, die für das PEPP-Produkt angeboten werden
C0150/R0060	Anzahl der PEPP-Sparer, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen	Anzahl der PEPP-Sparer, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen
C0160/R0060	Gesamtbruttobeiträge für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Gesamtbeiträge der PEPP-Sparer, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen, im Meldezeitraum.
C0170/R0060	Gesamtbruttoanlagerenditen bei weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Gesamthöhe der den PEPP-Sparern zugewiesenen Bruttoanlagerenditen. Der Wert entspricht den Bruttoanlagekosten bei weitergeführten alternativen Anlageoptionen.
C0190/R0060	Gesamtleistungen für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Gesamtleistungen, die im Meldezeitraum an PEPP-Sparer für weitergeführte alternative Anlageoptionen gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst alle ausgezahlten Leistungen, d. h. einschließlich biometrischer Risiken und sonstiger möglicher Optionen, die in dem bestimmten Produkt enthalten sind.

C0200/R0060	Altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die im Meldezeitraum an PEPP-Sparer für weitergeführte alternative Anlageoptionen gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen.
C0210/R0060	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer regelmäßigen Rentenzahlung im Zusammenhang mit weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die im Meldezeitraum an PEPP-Sparer für weitergeführte alternative Anlageoptionen gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer regelmäßigen Rentenzahlung.
C0220/R0060	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung im Zusammenhang mit weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die im Meldezeitraum an PEPP-Sparer für weitergeführte alternative Anlageoptionen gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form einer einmaligen Kapitalausschüttung.
C0230/R0060	Altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen im Zusammenhang mit weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die im Meldezeitraum an PEPP-Sparer für weitergeführte alternative Anlageoptionen gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich altersvorsorgebezogene Leistungen in Form von Entnahmen.
C0240/R0060	Nicht altersvorsorgebezogene Leistungen im Zusammenhang mit weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Leistungen, die im Meldezeitraum an PEPP-Sparer für weitergeführte alternative Anlageoptionen gezahlt wurden. Dieser Betrag umfasst lediglich Leistungen im Zusammenhang mit der nicht altersvorsorgebezogenen Absicherung, d. h. biometrische Risiken und sonstige mögliche Optionen.
C0250/R0060	Anzahl der Notifikationen gemäß Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1238 von PEPP-Sparern, die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegt haben, Mitgliedstaat für die weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Anzahl der Notifikationen von PEPP-Sparern, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen, im Zusammenhang mit der Verlegung des Wohnsitzes des PEPP-Sparers in einen anderen Mitgliedstaat.
C0260/R0060	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Anzahl der Anträge auf Eröffnung eines Unterkontos für die weitergeführten alternativen Anlageoptionen von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über die geplante Verlegung ihres Wohnsitzes in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.
C0270/R0060	Anzahl der gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238 eröffneten Unterkonten für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Anzahl der tatsächlich eröffneten Unterkonten für die weitergeführten alternativen Anlageoptionen im Zusammenhang mit Anträgen von PEPP-Sparern, die den PEPP-Anbieter über die geplante Verlegung ihres Wohnsitzes in einen anderen Mitgliedstaat in Kenntnis gesetzt haben.

C0280/R0060	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2019/1238 für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen und die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0290/R0060	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 20 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/1238 für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Höhe der tatsächlichen Übertragungen auf einen anderen PEPP-Anbieter aufgrund des Unvermögens des derzeitigen PEPP-Anbieters, ein Unterkonto zu eröffnen, im Zusammenhang mit PEPP-Sparern, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen und die ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegen.
C0300/R0060	Anzahl der Anträge von PEPP-Sparern auf Anbieterwechsel gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Anzahl der Anträge auf Wechsel zu einem anderen PEPP-Anbieter von PEPP-Sparern, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0310/R0060	Tatsächliche Übertragungen gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238 für weitergeführte alternative Anlageoptionen	Höhe der tatsächlichen Übertragungen an einen anderen PEPP-Anbieter auf Antrag von PEPP-Sparern, die die weitergeführten alternativen Anlageoptionen nutzen, gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/1238
C0320/R0060	Vermögenswerte der weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Gesamtbetrag der Vermögenswerte im Zusammenhang mit den weitergeführten alternativen Anlageoptionen.
C0330/R0060	Verpflichtungen im Zusammenhang mit den weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Gesamtbetrag der versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten, soweit relevant, in Bezug auf die weitergeführten alternativen Anlageoptionen.
C0340/R0060	Anzahl der Beschwerden bei weitergeführten alternativen Anlageoptionen	Gesamtzahl der Beschwerden, die im Meldezeitraum bezüglich weitergeführter alternativer Anlageoptionen eingegangen sind.

#### PP.06.02 — Liste der Vermögenswerte — Allgemeine Bemerkungen:

Dieser Abschnitt betrifft die jährliche Übermittlung von Informationen über PEPP mit weiterer Unterteilung nach Basis-PEPP und alternativen Anlageoptionen. Für den Fall, dass die alternativen Anlageoptionen einzeln oder insgesamt im Verhältnis zu den Ersparnissen im Basis-PEPP signifikant werden, sind die Angaben auf einer detaillierteren Ebene oder auf der Ebene der jeweiligen Anlageoptionen zu liefern.

Die in diesem Meldebogen aufgeführten Vermögenswertkategorien sind in Anhang IV „Definitionen zur CIC-Tabelle“ niedergelegt; die hier aufgeführten Complementary Identification Codes (im Folgenden „CIC“) beziehen sich auf Anhang III, der die Tabelle des Complementary Identification Code enthält.

Dieser Meldebogen enthält eine nach Einzelposten (d. h. nicht nach dem Look-Through-Ansatz) erstellte Liste der Vermögenswerte, die in die Vermögenswertkategorie 0 bis 9 einzustufen sind, mit folgenden Ausnahmen:

- a) Barmittel sind für jede Kombination der Elemente C0060, C0070, C0080 und C0090 in einer Zeile pro Währung anzugeben;

- b) Jederzeit verfügbare Einlagen (Zahlungsmitteläquivalente) und andere Einlagen mit Laufzeiten von weniger als einem Jahr sind für jede Kombination der Elemente C0060, C0070, C0080, C0090 und C0290 in einer Zeile pro Paar (Bank, Währung) anzugeben;
- c) Depotforderungen sind für jede Kombination der Elemente C0060, C0070, C0080 und C0090 in nur einer Zeile anzugeben.

Der vorliegende Meldebogen besteht aus zwei Tabellen: Angaben zu den gehaltenen Positionen und Angaben zu Vermögenswerten.

In der Tabelle „Angaben zu den gehaltenen Positionen“ ist jeder Vermögenswert einzeln aufzuführen, und zwar in so vielen Zeilen, wie zur ordnungsgemäßen Angabe aller in dieser Tabelle erfragten nicht monetären Variablen mit Ausnahme des Elements „Menge“ erforderlich sind. Wenn für denselben Vermögenswert einer Variable zwei Werte zugewiesen werden können, dann ist dieser Vermögenswert in mehr als einer Zeile auszuweisen.

In der Tabelle „Angaben zu Vermögenswerten“ ist jeder Vermögenswert einzeln aufzuführen, und zwar in einer Zeile pro Vermögenswert, wobei alle in dieser Tabelle erfragten Variablen einzutragen sind. Die Vermögenswerte sind nach PEPP-Anlageoptionen (Basis-PEPP und alternative Anlageoptionen) zu kennzeichnen, es sei denn, alle PEPP-Anlageoptionen gehören demselben Pool von Vermögenswerten an; in diesem Fall sind die Vermögenswerte als „gemeinsame PEPP-Vermögenswerte“ zu kennzeichnen. Für den Fall, dass die alternativen Anlageoptionen einzeln oder insgesamt im Verhältnis zu den Ersparnissen im Basis-PEPP signifikant werden, sind die Angaben auf einer detaillierteren Ebene oder auf der Ebene der jeweiligen Anlageoptionen zu liefern.

Alle Werte sind gemäß dem für das Unternehmen maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Rahmen anzugeben. Ist ein PEPP-Anbieter gemäß den für ihn geltenden sektoralen Rechtsvorschriften von der Meldung eines externen Ratings und externer Ratingagenturen (im Folgenden „ECAI“) befreit, können die Informationen zu Feld C0250 und Feld C0260 eingeschränkt sein (nicht gemeldet). Andernfalls sind diese Informationen zu übermitteln.

#### Angaben zu den gehaltenen Positionen

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
C0011	ID-Code des Vermögenswerts und Art des ID-Codes	<p>Anzugeben sind der ID-Code des Vermögenswerts (Spalten C0010 und C0110 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA) sowie die Art des ID-Code des Vermögenswerts (Spalten C0020 und C0120 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA) nach absteigender Priorität:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— ISO 6166 ISIN</li> </ul> <p>Nur wenn ISIN-Code nicht verfügbar ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Andere anerkannte Codes (z. B.: CUSIP, Bloomberg Ticker, Reuters RIC)</li> <li>— Vergebener Code, wenn andere anerkannte Codes nicht verfügbar sind. Dieser Code muss einmalig sein und im Zeitverlauf unverändert beibehalten werden.</li> </ul> <p>Art des ID-Codes, der für das Element „ID-Code des Vermögenswerts“ verwendet wird:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1 — ISO 6166 ISIN</li> <li>2 – CUSIP (die vom Service Bureau des Committee on Uniform Securities Identification Procedures, CUSIP, für US-amerikanische und kanadische Unternehmen vergebene Nummer)</li> <li>3 – SEDOL (Stock Exchange Daily Official List für die London Stock Exchange)</li> <li>4 – WKN (Wertpapierkennnummer, die alphanumerische ID in Deutschland)</li> </ol>
		<ol style="list-style-type: none"> <li>5 – Bloomberg Ticker (die von Bloomberg vergebene Buchstabenkennung für Finanztitel)</li> <li>6 – BBGID (Bloomberg Global ID)</li> <li>7 – Reuters RIC (Reuters Instrument Code)</li> <li>8 – FIGI (Financial Instrument Global Identifier)</li> <li>9 – Andere von Mitgliedern der Association of National Numbering Agencies vergebene Kennung</li> <li>99 — Vergabener Code</li> </ol>

		<p>Wenn für ein und denselben Vermögenswert, der in zwei oder mehr verschiedenen Währungen begeben wird, derselbe ID-Code verwendet wird, ist sowohl der ID-Code des Vermögenswerts als auch der alphabetische Code der Währung nach ISO 4217 anzugeben, und zwar nach folgendem Muster: „Code+EUR“. In diesem Fall sind als „Art des ID-Codes des Vermögenswerts“ die Option 99 und die Option für den ursprünglichen ID-Code des Vermögenswerts anzugeben, und zwar nach dem Muster des folgenden Beispiels, in dem sich der gemeldete Code aus ISIN-Code+Währungscode zusammensetzt: „99/1“.</p>
C0010	Basis PEPP/alternative Anlageoptionen	<p>Art der PEPP-Anlageoption. In diesem Feld wird zwischen dem Basis-PEPP und alternativen Anlageoptionen unterschieden. Option 3 (PEPP-Vermögenswerte) ist zu verwenden, wenn alle PEPP-Anlageoptionen demselben Pool von Vermögenswerten angehören.</p> <p>Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1 – Basis-PEPP</li> <li>2 – Alternative Anlageoptionen</li> <li>3 – gemeinsame PEPP-Vermögenswerte</li> </ol>
C0040	Verwahrungsland	<p>Code des Landes, in dem Vermögenswerte verwahrt werden, gemäß ISO 3166-1 Alpha-2. Bei der Ausweisung internationaler Verwahrstellen wie Euroclear ist das Verwahrungsland das Land, in dem die vertraglich bestimmte Verwahrstelle ihren Sitz hat.</p> <p>Falls dieselbe Art von Vermögenswert in mehr als einem Land verwahrt wird, ist jeder Vermögenswert einzeln in so vielen Zeilen aufzuführen, wie es zur ordnungsgemäßen Angabe sämtlicher Verwahrungsländer erforderlich ist.</p> <p>Bei Immobilien richtet sich das Land des Emittenten nach der Immobilienadresse.</p>
C0050	Verwahrer	<p>LEI-Code oder, falls dieser nicht verfügbar ist, Name des verwahrenden Finanzinstituts.</p> <p>Falls dieselbe Art von Vermögenswert von mehr als einem Verwahrer verwahrt wird, ist jeder Vermögenswert einzeln in so vielen Zeilen aufzuführen, wie es zur ordnungsgemäßen Angabe sämtlicher Verwahrer erforderlich ist.</p>
C0060	Menge	<p>Anzahl der Vermögenswerte, für wesentliche Vermögenswerte.</p> <p>Dieses Element ist nicht zu übermitteln, wenn das Element C0070 (Nennwert) gemeldet wird.</p>
C0070	Nennwert	<p>Ausstehender Betrag, zum Nennwert, für alle Vermögenswerte, bei denen dieses Element relevant ist, und zum Nominalwert für Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, sofern anwendbar.</p> <p>Dieses Element ist nicht zu übermitteln, wenn das Element C0060 (Menge) gemeldet wird.</p>
C0075	Bewertungsmethode	<p>Bewertung des Finanzinstruments:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1 – Bewertung zu Marktpreisen</li> <li>2 – marktkonforme Bewertung</li> <li>3 – marktkonforme Bewertung nicht anwendbar.</li> </ol>

C0080	Anschaffungswert	Anschaffungswert der gehaltenen Vermögenswerte insgesamt, Wert ohne aufgelaufene Zinsen.
C0090	Aufgelaufene Zinsen	Geben Sie für verzinsliche Wertpapiere den seit dem letzten Kupontermin aufgelaufenen Zinsbetrag an.
C0100	Marktwert der Vermögenswerte	Marktwert der Vermögenswerte.

### Angaben zu Vermögenswerten

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	HINWEISE
C0011	ID-Code des Vermögenswerts und Art des ID-Codes	<p>Anzugeben sind der ID-Code des Vermögenswerts (Spalten C0010 und C0110 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA) sowie die Art des ID-Code des Vermögenswerts (Spalten C0020 und C0120 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA) nach absteigender Priorität:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— ISO 6166 ISIN</li> </ul> <p>Nur wenn ISIN-Code nicht verfügbar ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Andere anerkannte Codes (z. B.: CUSIP, Bloomberg Ticker, Reuters RIC)</li> <li>— Vergebener Code, wenn andere anerkannte Codes nicht verfügbar sind. Dieser Code muss einmalig sein und im Zeitverlauf unverändert beibehalten werden.</li> </ul> <p>Art des ID-Codes, der für das Element „ID-Code des Vermögenswerts“ verwendet wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1 – ISO 6166 ISIN</li> <li>2 – CUSIP (die vom Service Bureau des Committee on Uniform Securities Identification Procedures, CUSIP, für US-amerikanische und kanadische Unternehmen vergebene Nummer)</li> <li>3 – SEDOL (Stock Exchange Daily Official List für die London Stock Exchange)</li> <li>4 – WKN (Wertpapierkennnummer, die alphanumerische ID in Deutschland)</li> <li>5 – Bloomberg Ticker (die von Bloomberg vergebene Buchstabenkennung für Finanztitel)</li> <li>6 – BBGID (Bloomberg Global ID)</li> <li>7 – Reuters RIC (Reuters Instrument Code)</li> <li>8 – FIGI (Financial Instrument Global Identifier)</li> <li>9 – Andere von Mitgliedern der Association of National Numbering Agencies vergebene Kennung</li> <li>99 — Vergebener Code</li> </ul> <p>Wenn für ein und denselben Vermögenswert, der in zwei oder mehr verschiedenen Währungen begeben wird, derselbe ID-Code verwendet wird, ist sowohl der ID-Code des Vermögenswerts als auch der alphabetische Code der Währung nach ISO 4217 anzugeben, und zwar nach folgendem Muster: „Code+EUR“. In diesem Fall sind als „Art des ID-Codes des Vermögenswerts“ die Option 99 und die Option für den ursprünglichen ID-Code des Vermögenswerts anzugeben, und zwar nach dem Muster</p> <p>des folgenden Beispiels, in dem sich der gemeldete Code aus ISIN-Code+Währungscode zusammensetzt: „99/1“.</p>
C0130	Bezeichnung der Position	Vermögenswertbezeichnung (oder bei Immobilien die Anschrift).

	Name des Emittenten	Der Emittent ist das Wertpapiere an Anleger ausgebende Unternehmen. Sofern verfügbar, ist in diesem Element der in der LEI-Datenbank hinterlegte Name des Rechtsträgers anzugeben. Andernfalls ist der eingetragene Name anzugeben. Bei Investmentfonds/Anteilen an Investmentfonds ist der Name des Emittenten der Name des Fondsmanagers.
C0150	Emittentencode und Art des Emittentencodes	Anzugeben sind der Emittentencode (Spalte C0150 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA) sowie die Art des Emittentencodes (Spalte C0160 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA). Die Angabe des Emittentencodes erfolgt in Form der Rechtsträgerkennung (LEI). Liegt kein solcher Code vor, ist dieses Element nicht zu berichten. Bei Investmentfonds/Anteilen an Investmentfonds ist der Emittentencode der Code des Fondsmanagers. Angabe der Art des Codes, der im Element „Emittentencode“ eingetragen wurde. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 — Rechtsträgerkennung (LEI) 9 — Keine Angabe Dieses Element gilt nicht für Kategorie 8 — Hypotheken und Darlehen, wenn es sich um natürlichen Personen gewährte Hypotheken und Darlehen handelt. Dieses Element gilt nicht für CIC 71, CIC 75 und CIC-Kategorie 9 — Immobilien.
C0170	Wirtschaftszweig des Emittenten	Der Wirtschaftszweig des Emittenten auf Grundlage der aktuell gültigen Codes der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) (laut Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates (')). Die Buchstabenkennung, die für den NACE-Abschnitt steht, ist als Mindestangabe für den Wirtschaftszweig zu verwenden (so wäre z. B. „A“ oder „A111“ angemessen); wenn sich der NACE-Code allerdings auf die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bezieht, ist dem Buchstaben für den Abschnitt noch der vierstellige numerische Code der NACE-Klasse (z. B. „K6411“) beizufügen. Bei Investitionsfonds Anlagen ist der Wirtschaftszweig des Emittenten der Wirtschaftszweig des Fondsmanagers.
C0180	Emittentengruppe	Name der gemeinsamen Muttergesellschaft des Emittenten. Bei Investitionsfonds bezieht sich die Gruppenbeziehung auf den Fondsmanager. Sofern verfügbar, ist in diesem Element der in der LEI-Datenbank hinterlegte Name des Rechtsträgers anzugeben. Andernfalls ist der eingetragene Name anzugeben.
C0190	Code der Emittentengruppe und Art des Codes der Emittentengruppe	Anzugeben sind der Code der Emittentengruppe (Spalte C0190 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA) sowie Art des Codes der Emittentengruppe (Spalte C0200 gemäß der Entscheidung des Rates der Aufseher der EIOPA). Identifikationscode der Emittentengruppe in Form der Rechtsträgerkennung (LEI). Liegt kein solcher Code vor, ist dieses Element nicht zu berichten. Bei Investitionsfonds bezieht sich die Gruppenbeziehung auf den Fondsmanager. Code, der im Element „Code der Emittentengruppe“ eingetragen wurde: 1 — Rechtsträgerkennung (LEI)
		9 — Keine Angabe

C0210	Land des Emittenten	Ländercode des Standorts des Emittenten gemäß ISO 3166-1 Alpha-2. Der Standort richtet sich nach der Anschrift des Emittenten. Bei Investitionsfonds bezieht sich die Gruppenbeziehung auf den Fondsmanager. — ISO 3166-1 Alpha-2-Code — XA: Supranationale Emittenten — EU: Organe und Einrichtungen der Europäischen Union
C0220	Währung	Alphabetischer ISO-4217-Code der Währung, in der die Emission erfolgt ist.
C0230	CIC	Ergänzender Identifikationscode zur Klassifizierung der Vermögenswerte.
C0240	Alternative Anlagen	Ein Finanzinstrumente gemäß Anhang I Abschnitt C der Richtlinie 2014/65/EU, das von einer juristischen Person begeben wird, die nach der Richtlinie 2011/61/EU <sup>(2)</sup> zur Verwaltung alternativer Investmentfonds ermächtigt ist: 1 – Alternative Anlagen 2 – Keine alternative Anlagen
C0250	Externes Rating	Bewertung des Vermögenswerts durch die benannte Ratingagentur (ECAI) zum Meldestichtag.
C0270	Laufzeit/Duration	Kapitalbindungsdauer der Vermögenswerte, definiert als „modifizierte Restlaufzeit“ (berechnet anhand der vom Berichtsstichtag bis zum Fälligkeitstermin verbleibenden Zeit). Bei Vermögenswerten ohne festen Fälligkeitstermin ist der erste Kündigungstermin zu verwenden. Die Duration ist unter Zugrundelegung des wirtschaftlichen Werts zu berechnen.
C0280	Fälligkeitstermin	ISO-8601-Code (JJJJ–MM–TT) des Fälligkeitstermins. Bei Wertpapieren ohne Angabe der Fälligkeit ist „9999–12–31“ einzusetzen
C0370	Preis je Einheit	Marktpreis je Einheit.
C0380	Prozentualer Anteil des Nennwerts des Preises	Prozentualer Anteil des aggregierten Nominalbetrags.

<sup>(1)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1).

<sup>(2)</sup> Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2003/41/EG und 2009/65/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L 174 vom 1.7.2011, S. 1).

### PP.06.03 — Organismen für gemeinsame Anlagen — Look-

#### Through-Ansatz Allgemeine Bemerkungen:

Dieser Abschnitt betrifft die jährliche Übermittlung von Informationen über PEPP mit weiterer Unterteilung nach Basis-PEPP und alternativen Anlageoptionen. Für den Fall, dass die alternativen Anlageoptionen einzeln oder insgesamt im Verhältnis zu den Ersparnissen im Basis-PEPP signifikant werden, sind die Angaben auf einer detaillierteren Ebene oder auf der Ebene der jeweiligen Anlageoptionen zu liefern.

Dieser Meldebogen enthält anhand des Look-Through-Ansatzes ermittelte Informationen über Organismen für gemeinsame Anlagen oder Anlagen in Fondsform, einschließlich Angaben darüber, ob es sich um Beteiligungen handelt, nach Vermögenswertkategorie des Basiswerts, Ausgabeland und Währung. Unter Prüfung der Verhältnismäßigkeit und der speziellen Erläuterungen im Meldebogen ist der Look-Through-Ansatz so oft zu wiederholen, bis sämtliche Vermögenswertkategorien, Länder und Währungen erfasst sind. Im Falle von Dachfonds wird bei der Durchschau nach demselben Ansatz verfahren.

Der Meldebogen enthält Angaben zu 100 % des Werts, der in Organismen für gemeinsame Anlagen investiert ist. In Bezug auf die Länderangaben ist allerdings der Look-Through-Ansatz zu verwenden, um die Risikoexpositionen in Höhe von 80 % des gesamten Fondswerts abzüglich der Beträge im Zusammenhang mit CIC 8 und CIC 9 zu erfassen, und in Bezug auf Währungsangaben wird der Look-Through-Ansatz angewandt, um die Risikoexpositionen in Höhe von 80 % des gesamten Fondswerts zu erfassen. Die PEPP-Anbieter stellen sicher, dass die 20 %, die nicht nach Ländern aufgeschlüsselt sind, geografisch diversifiziert sind, sodass z. B. nicht mehr als 5 % auf ein einzelnes Land entfallen. Der Look-Through-Ansatz wird von PEPP-Anbietern unter Berücksichtigung des investierten Betrags angewandt, beginnend mit dem größten bis hin zum kleinsten Fonds, und muss im Zeitverlauf unverändert beibehalten werden.

Die Elemente sind als positive Werte anzugeben, sofern in den Erläuterungen nichts anderes vorgegeben ist.

Alle Werte sind gemäß dem für das Unternehmen maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Rahmen anzugeben.

Die in diesem Meldebogen aufgeführten Vermögenswertkategorien sind in Anhang IV „Definitionen zur CIC-Tabelle“ niedergelegt; die hier aufgeführten CIC beziehen sich auf Anhang III, der die Tabelle des Complementary Identification Code enthält.

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
C0010	ID-Code des Organismus für gemeinsame Anlagen	ID-Code des Vermögenswerts nach absteigender Priorität: — ISO 6166 ISIN, wenn verfügbar — Andere anerkannte Codes (z. B.: CUSIP, Bloomberg Ticker, Reuters RIC) — Vom Unternehmen vergebener Code, wenn die vorstehenden Optionen nicht verfügbar sind, dieser Code muss im Zeitverlauf unverändert beibehalten werden.
C0020	Art des ID-Codes des Organismus für gemeinsame Anlagen	Art des ID-Codes, der für das Element „ID-Code des Vermögenswerts“ verwendet wird. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 – ISO 6166 ISIN 2 – CUSIP (die vom Service Bureau des Committee on Uniform Securities Identification Procedures, CUSIP, für US-amerikanische und kanadische Unternehmen vergebene Nummer) 3 – SEDOL (Stock Exchange Daily Official List für die London Stock Exchange) 4 – WKN (Wertpapierkennnummer, die alphanumerische ID in Deutschland) 5 – Bloomberg Ticker (die von Bloomberg vergebene Buchstabenkennung für Finanztitel) 6 – BBGID (Bloomberg Global ID) 7 – Reuters RIC (Reuters Instrument Code) 8 – FIGI (Financial Instrument Global Identifier) 9 – Andere von Mitgliedern der Association of National Numbering Agencies vergebene Kennung 99 — Vom Unternehmen vergebener Code
C0030	Kategorie des zugrunde liegenden Vermögenswerts	Geben Sie die im Organismus für gemeinsame Anlagen enthaltenen Vermögenswertkategorien, Forderungen und Derivate an. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen: 1 – Staatsanleihen 2 – Unternehmensanleihen 3L — Notierte Aktien 3X — Nicht notierte Aktien

		<p>4 – Organismen für gemeinsame Anlagen  5 – Strukturierte Schuldtitel  6 – Besicherte Wertpapiere  7 – Barmittel und Einlagen  8 – Hypotheken und Darlehen  9 – Immobilien  0 – Sonstige Anlagen (einschließlich Forderungen)  A – Futures  B – Kaufoptionen  C – Verkaufsoptionen  D – Swaps  E – Forwards  F – Kreditderivate  L – Verbindlichkeiten</p> <p>Sowohl bei „Dachfonds“ als auch bei anderen Fonds ist Kategorie 4, „Organismen für gemeinsame Anlagen“, ausschließlich für nicht wesentliche Restwerte zu verwenden.</p>
C0040	Ausgabeland	<p>Aufschlüsselung aller unter C0030 angegebenen Vermögenswertkategorien nach Ausgabeländern. Geben Sie den Standort des Emittenten an.</p> <p>Der Standort richtet sich nach der Anschrift des Emittenten.</p>
		<p>Eine der folgenden Optionen ist auszuwählen:  — ISO 3166-1 Alpha-2-Code  — XA: Supranationale Emittenten  — EU: Organe und Einrichtungen der Europäischen Union  — AA: Aggregierte Länder unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle</p> <p>Dieses Element gilt nicht für die unter C0030 übermittelten Kategorien 8 und 9.</p>
C0050	Währung	<p>Geben Sie an, ob es sich bei der Währung der Vermögenswertkategorie um die Meldewährung oder um eine Fremdwährung handelt. Als Fremdwährungen gelten alle anderen Währungen als die Meldewährung. Aus der folgenden erschöpfenden Liste ist eine Option auszuwählen:  1 – Währung, in der die Meldung erfolgt  2 – Fremdwährung  3 – Aggregierte Währungen unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle</p>
C0060	Gesamtbetrag	<p>Durch Organismen für gemeinsame Anlagen investierter Gesamtbetrag nach Vermögenswertkategorien, Ländern und Währungen.</p> <p>Verbindlichkeiten sind als positive Werte auszuweisen, es sei denn, es handelt sich um eine derivative Verbindlichkeit. Für Derivate kann ein positiver (bei Vermögenswerten) oder negativer (bei Verbindlichkeiten) Gesamtbetrag angegeben werden.</p>

### PP.08.03 Aggregierte Informationen zu

#### offenen Derivaten Allgemeine Bemerkungen:

Dieser Abschnitt betrifft die jährliche Übermittlung von Informationen über PEPP mit weiterer Unterteilung nach Basis-PEPP und alternativen Anlageoptionen. Für den Fall, dass die alternativen Anlageoptionen einzeln oder insgesamt im Verhältnis zu den Ersparnissen im Basis-PEPP signifikant werden, sind die Angaben auf einer detaillierteren Ebene oder auf der Ebene der jeweiligen Anlageoptionen zu liefern.

Die in diesem Meldebogen aufgeführten Derivatkategorien sind in Anhang IV „Definitionen zur CIC-Tabelle“ niedergelegt; die hier aufgeführten CIC beziehen sich auf Anhang III, der die Tabelle des Complementary Identification Code enthält.

Derivate gelten als Vermögenswerte, wenn ihr Wert positiv oder gleich null ist. Sie gelten als Verbindlichkeiten, wenn ihr Wert negativ ist. Zu übermitteln sind sowohl als Vermögenswerte als auch als Verbindlichkeiten gewertete Derivate.

Anzugeben sind Informationen über sämtliche Derivatekontrakte, die während des Meldezeitraums in Kraft waren und nicht vor dem Berichtsstichtag geschlossen wurden.

Wenn häufige Geschäfte auf der Grundlage desselben Derivats zu mehrfachen offenen Positionen führen, können die Angaben für das Derivat auf aggregierter oder Nettobasis übermittelt werden, solange alle relevanten Eigenschaften gleich sind und die spezifischen Hinweise für jedes relevante Element beachtet werden.

Die Elemente sind als positive Werte anzugeben, sofern in den Erläuterungen nichts anderes vorgegeben ist.

Ein Derivat ist ein Finanzinstrument oder ein anderer Kontrakt mit allen nachstehenden Merkmalen:

- a) Seine Wertentwicklung ist an einen bestimmten Zinssatz, den Preis eines Finanzinstruments, einen Rohstoffpreis, Wechselkurs, Preis- oder Zinsindex, ein Bonitätsrating, einen Kreditindex oder eine ähnliche Variable gekoppelt, sofern bei einer nicht finanziellen Variablen diese nicht spezifisch für eine der Vertragsparteien ist (auch „Basiswert“ genannt);
- b) Es erfordert keine Anfangsauszahlung oder eine, die im Vergleich zu anderen Vertragsformen, von denen zu erwarten ist, dass sie in ähnlicher Weise auf Änderungen der Marktbedingungen reagieren, geringer ist;
- c) Es wird zu einem späteren Zeitpunkt beglichen.

Alle Werte sind gemäß dem für das Unternehmen maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Rahmen anzugeben.

#### Angaben zu den gehaltenen Positionen

TABELLEN-ORDINATE	ELEMENT	ERLÄUTERUNGEN
C0010/R0010	Zinsswaps (D1) zum Nennwert des Basis-PEPP	Der durch den Zinsswap (D1) zum Nennwert des Basis-PEPP bedeckte oder exponierte Betrag. Bei Swaps entspricht er dem in dieser Zeile gemeldeten Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden. Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.
C0020/R0010	Zinsswaps (D1) zum Marktwert des Basis-PEPP	Geldwert des Zinsswaps (D1) zum Zeitpunkt der Meldung für das Basis-PEPP. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.

C0030/R0010	Zinsswaps (D1) zum Nennwert der alternativen Anlageoptionen	<p>Der durch den Zinsswap (D1) zum Nennwert der alternativen Anlageoptionen bedeckte oder exponierte Betrag.</p> <p>Bei Swaps entspricht er dem in dieser Zeile gemeldeten Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden.</p> <p>Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.</p>
C0040/R0010	Zinsswaps (D1) zum Marktwert der alternativen Anlageoptionen	<p>Geldwert des Zinsswaps (D1) zum Zeitpunkt der Meldung für die alternativen Anlageoptionen. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.</p>
C0050/R0010	Zinsswaps (D1) zum Nennwert der gemeinsamen PEPP-Vermögenswerte	<p>Der durch den Zinsswap (D1) für sämtliche PEPP-Anlageoptionen, die demselben Pool von Vermögenswerten angehören, bedeckte oder exponierte Betrag.</p> <p>Bei Swaps entspricht er dem in dieser Zeile gemeldeten Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden.</p> <p>Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.</p>
C0060/R0010	Zinsswaps (D1) zum Marktwert der gemeinsamen PEPP-Vermögenswerte	<p>Geldwert des Zinsswaps (D1) zum Zeitpunkt der Meldung für sämtliche PEPP-Anlageoptionen, die demselben Pool von Vermögenswerten angehören. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.</p>
C0010/R0020	Devisenforwards (F2) zum Nennwert des Basis-PEPP	<p>Der durch Devisenforwards (F2) für das Basis-PEPP bedeckte oder exponierte Betrag.</p> <p>Bei Forward-Kontrakten entspricht er dem in dieser Zeile angegebenen Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden.</p> <p>Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.</p>
C0020/R0020	Devisenforwards (F2) zum Marktpreis des Basis-PEPP	<p>Geldwert der Devisenforwards (F2) zum Zeitpunkt der Meldung für das Basis-PEPP. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.</p>
C0030/R0020	Devisenforwards (F2) zum Nennwert der alternativen Anlageoptionen	<p>Der durch Devisenforwards (F2) für die alternativen Anlageoptionen bedeckte oder exponierte Betrag.</p> <p>Bei Forward-Kontrakten entspricht er dem in dieser Zeile angegebenen Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden.</p>

		Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.
C0040/R0020	Devisenforwards (F2) zum Marktwert der alternativen Anlageoptionen	Geldwert der Devisenforwards (F2) zum Zeitpunkt der Meldung für die alternativen Anlageoptionen. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.
C0050/R0020	Devisenforwards (F2) zum Nennwert der gemeinsamen PEPP-Vermögenswerte	Der durch Devisenforwards (F2) für sämtliche PEPP-Anlageoptionen, die demselben Pool von Vermögenswerten angehören, bedeckte oder exponierte Betrag. Bei Forward-Kontrakten entspricht er dem in dieser Zeile angegebenen Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden. Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.
C0060/R0020	Devisenforwards (F2) zum Marktwert der gemeinsamen PEPP-Vermögenswerte	Geldwert der Devisenforwards (F2) zum Zeitpunkt der Meldung für sämtliche PEPP-Anlageoptionen, die demselben Pool von Vermögenswerten angehören. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.
C0010/R0030	Andere Derivate zum Nennwert des Basis-PEPP	Der durch andere Derivate als Zinsswaps (D1) und Devisenforwards (F2) für das Basis-PEPP bedeckte oder exponierte Betrag. Bei Futures- und Optionsgeschäften entspricht er der Kontraktgröße multipliziert mit dem Triggerwert und der in dieser Zeile angegebenen Anzahl der Kontrakte. Bei Swaps und Forward-Kontrakten entspricht er dem in dieser Zeile angegebenen Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden. Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.
C0020/R0030	Andere Derivate zum Marktwert des Basis-PEPP	Geldwert anderer Derivate als Zinsswaps (D1) und Devisenforwards (F2) zum Zeitpunkt der Meldung für das Basis-PEPP. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.
C0030/R0030	Andere Derivate zum Nennwert der alternativen Anlageoptionen	Der durch andere Derivate als Zinsswaps (D1) und Devisenforwards (F2) für die alternativen Anlageoptionen bedeckte oder exponierte Betrag. Bei Futures- und Optionsgeschäften entspricht er der Kontraktgröße multipliziert mit dem Triggerwert und der in dieser Zeile angegebenen Anzahl der Kontrakte. Bei Swaps und Forward-Kontrakten entspricht er dem in dieser Zeile angegebenen Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden.

		Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.
C0040/R0030	Andere Derivate zum Marktwert der alternativen Anlageoptionen	Geldwert anderer Derivate als Zinsswaps (D1) und Devisenforwards (F2) zum Zeitpunkt der Meldung für die alternativen Anlageoptionen. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.
C0050/R0030	Andere Derivate zum Nennwert der gemeinsamen PEPP-Vermögenswerte	Der durch andere Derivate als Zinsswaps (D1) und Devisenforwards (F2) für sämtliche PEPP-Anlageoptionen, die demselben Pool von Vermögenswerten angehören, bedeckte oder exponierte Betrag. Bei Futures- und Optionsgeschäften entspricht er der Kontraktgröße multipliziert mit dem Triggerwert und der in dieser Zeile angegebenen Anzahl der Kontrakte. Bei Swaps und Forward-Kontrakten entspricht er dem in dieser Zeile angegebenen Kontraktbetrag. Bei gefächerten Triggerwerten ist der Durchschnittswert zu verwenden. Der Nennwert bezieht sich auf den Betrag, der besichert/ angelegt wird (wenn keine Risiken abgesichert werden). Liegen mehrere Geschäfte vor, ist der Nettobetrag zum Zeitpunkt der Meldung anzugeben.
C0060/R0030	Andere Derivate zum Marktwert der gemeinsamen PEPP-Vermögenswerte	Geldwert anderer Derivate als Zinsswaps (D1) und Devisenforwards (F2) zum Zeitpunkt der Meldung für sämtliche PEPP-Anlageoptionen, die demselben Pool von Vermögenswerten angehören. Er kann positiv, negativ oder gleich null sein.

CIC-Tabelle

Erste zwei Positionen notiert	Positionen der Vermögenswerte in	Ländercode nach ISO 3166-1 Alpha-2 oder XL (nicht notiert) bzw. XT (nicht an der Börse handelbar)
-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------

Dritte Position	Kategorie	1	2	3	4	5	6	7	8	9	0	A	B	C	D	E	F
		Staatsanleihen	Unternehmensanleihen	Aktien	Investmentfonds, Organismen für gemeinsame Anlagen	Strukturierte Schuldtitel	Besicherte Wertpapiere	Barmittel und Einlagen	Hypotheken und Darlehen	Immobilien	Sonstige Anlagen	Futures	Kaufoptionen	Verkaufsoptionen	Swaps	Forwards	Kreditderivate
Vierte Position	Unter-kategorie oder Hauptrisiko	1	1	1	1	1	1	1	1	1		1	1	1	1	1	1
		Anleihen von Zentralstaaten/Bundesstaaten	Unternehmensanleihen	Kernkapital	Aktienfonds	Aktienrisiko	Aktienrisiko	Bargeld	Unbesicherte Darlehen	Büro- und Geschäftsimmobilien		Futures auf Aktien und Indizes	Aktien- und Indexoptionen	Aktien- und Indexoptionen	Zinsswaps	Zinsausgleichsvereinbarung	Credit Default Swap
		2	2	2	2	2	2	2	2	2		2	2	2	2	2	2
		Supranationale Anleihen	Wandelanleihen	Beteiligung an Immobiliengesellschaften	Rentenfonds	Zinsrisiko	Zinsrisiko	Jederzeit verfügbare Einlagen (Zahlungsmitteläquivalente)	Wertpapierbesicherte Darlehen	Wohnimmobilien		Zinsfutures	Anleiheoptionen	Anleiheoptionen	Währungsswaps	Devisenforwards	Credit Spread Option

		3	3	3	3	3	3	3		3		3	3	3	3		3
	Anleihen von Regionalregierungen	Geldmarktpapiere (Commercial Papers)	Bezugsrechte	Geldmarktfonds	Währungsrisiko	Währungsrisiko	Sonstige kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)		Immobilien (zur Eigennutzung)			Währungsfutures	Währungsoptionen	Währungsoptionen	Zins- und Währungsswaps		Credit Spread Swap
		4	4	4	4	4	4	4	4				4	4			4
	Kommunalanleihen	Geldmarktinstrumente	Vorrangige Beteiligung	Themenfonds	Kreditrisiko	Kreditrisiko	Sonstige Einlagen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr	Hypothesen	Im Bau befindliche Immobilien				Bezugsrechte	Bezugsrechte			Total Return Swap
		5	5		5	5	5	5	5			5	5	5	5		
	Schatzanweisungen	Hybridanleihen		Immobilienfonds	Immobilienrisiko	Immobilienrisiko	Depotforderungen	Sonstige besicherte Darlehen	Sachanlagen (zur Eigennutzung)			Warenfutures	Warenoptionen	Warenoptionen	Wertpapierswaps		
		6	6		6	6		6					6	6			
	Gedekte Schuldverschreibungen (Covered Bonds)	Allgemeine besicherte Schuldverschreibungen		Alternative Fonds	Rohstoffrisiko	Rohstoffrisiko		Police-darlehen					Swaptions	Swaptions			

		7	7		7	7	7					7	7	7	7	7
	Nationale Zentralbanken	Gesetzlich besicherte Schuldverschreibungen, die besonderen gesetzlichen Regelungen unterliegen		Private-Equity-Fonds	Katastrophen- und Wetterrisiko	Katastrophen- und Wetterrisiko						Katastrophen- und Wetterrisiko				
		8		8	8	8						8	8	8	8	8
		Nachrangige Schuldverschreibungen		Infrastrukturfonds	Sterblichkeitsrisiko	Sterblichkeitsrisiko						Sterblichkeitsrisiko	Sterblichkeitsrisiko	Sterblichkeitsrisiko	Sterblichkeitsrisiko	Sterblichkeitsrisiko
		9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige	Sonstige

## ANHANG IV

## Definitionen zur CIC-Tabelle

Erste zwei Positionen — Vermögenswerte notiert in		Definition
Land	Ländercode nach ISO 3166-1 Alpha-2	Anzugeben ist der Code nach ISO 3166-1 Alpha-2 des Landes, in dem der Vermögenswert notiert ist. Ein Vermögenswert gilt als notiert, wenn er an einem geregelten Markt oder innerhalb eines multilateralen Handelssystems gemäß der Definition in Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup> gehandelt wird. Ist der Vermögenswert in mehr als einem Land notiert oder zieht das Unternehmen zu Bewertungszwecken einen Preisanbieter heran, der den geregelten Märkten oder dem multilateralen Handelssystem angehört, in denen der Vermögenswert notiert ist, ist das Land des geregelten Marktes oder des multilateralen Handelssystems anzugeben, das zu Bewertungszwecken als Referenz herangezogen wird.
XV	In einem oder mehreren Ländern notierte Vermögenswerte	Anzugeben sind Vermögenswerte, die in einem oder mehreren Ländern notiert sind, das Unternehmen zu Bewertungszwecken jedoch einen Preisanbieter heranzieht, der den geregelten Märkten oder dem multilateralen Handelssystem, in denen der Vermögenswert notiert ist, nicht angehört.
XL	Nicht notierte Vermögenswerte	Anzugeben sind Vermögenswerte, die nicht an einem geregelten Markt oder innerhalb eines multilateralen Handelssystems gemäß der Definition in Richtlinie 2014/65/EU gehandelt werden.
XT	Nicht an der Börse handelbare Vermögenswerte	Anzugeben sind Vermögenswerte, die ihrem Charakter nach nicht an einem geregelten Markt oder innerhalb eines multilateralen Handelssystems gemäß der Definition in Richtlinie 2014/65/EU gehandelt werden können.
Dritte und vierte Position — Kategorie		Definition
1	Staatsanleihen	<b>Anleihen, die von öffentlicher Hand begeben werden, sei es von Zentralstaaten, supranationalen staatlichen Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen, und Anleihen, die vollständig, vorbehaltlos und unwiderruflich von der Europäischen Zentralbank, den Zentralstaaten der Mitgliedstaaten und den Zentralbanken garantiert werden, die auf die einheimische Währung dieses Zentralstaats und der Zentralbank lauten und aus dieser Währung finanziert sind, und Anleihen, die von multilateralen Entwicklungsbanken gemäß Artikel 117 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 <sup>(2)</sup> oder internationalen Organisationen gemäß Artikel 118 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 garantiert werden, wobei die Garantie die Anforderungen nach Artikel 215 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission <sup>(3)</sup> erfüllt.</b> <b>In Bezug auf Anleihen mit einer qualifizierten Garantie sind die dritte und vierte Position unter Bezugnahme auf das die Garantie ausstellende Unternehmen zuzuordnen.</b>
11	Anleihen von Zentralstaaten	Anleihen, die von Zentralstaaten begeben werden.
12	Supranationale Anleihen	Anleihen öffentlicher Institutionen, die durch eine Verpflichtung zwischen Nationalstaaten gegründet wurden, z. B. begeben von einer der in Artikel 117 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten multilateralen Entwicklungsbanken oder von einer der in Artikel 118 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten internationalen Organisationen.

13	Anleihen von Regionalregierungen	In einem öffentlichen Zeichnungsangebot auf dem Kapitalmarkt angebotene Schuldtitel von Regionalregierungen oder autonomen Gemeinschaften.
14	Kommunalanleihen	Anleihen, die von Kommunen, einschließlich Städten, Provinzen, Bezirken und anderen kommunalen Stellen, begeben werden.
15	Schatzanweisungen	Von Zentralstaaten begebene kurzfristige Staatsanleihen (mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr).
16	Gedekte Schuldverschreibungen (Covered Bonds)	Staatsanleihen mit einem Bestand an Vermögenswerten, der die Anleihe sichert oder „deckt“. Diese Vermögenswerte verbleiben in der Bilanz des Emittenten.
17	Nationale Zentralbanken	Von nationalen Zentralbanken begebene Anleihen.
19	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Staatsanleihen.
<b>2</b>	<b>Unternehmensanleihen</b>	<b>Von Unternehmen begebene Anleihen</b>
21	Unternehmensanleihen	Von Unternehmen begebene Anleihen, in der Regel klassische Anleihen (sog. „Plain-Vanilla-Anleihen“), die keine besonderen Merkmale wie die in den Kategorien 22 bis 28 beschriebenen Papiere aufweisen.
22	Wandelanleihen	Unternehmensanleihen mit fremd- und eigenkapitalähnlichen Merkmalen, die der Inhaber in Stammaktien des begebenden Unternehmens oder in Barmittel gleichen Werts umwandeln kann.
23	Geldmarktpapiere (Commercial Papers)	Von einem Unternehmen begebene unbesicherte kurzfristige Schuldtitel, typischerweise zur Finanzierung von Forderungen und Beständen sowie zur Erfüllung kurzfristiger Verbindlichkeiten, normalerweise mit einer Ursprungslaufzeit von weniger als 270 Tagen.
24	Geldmarktinstrumente	Sehr kurzfristige Schuldverschreibungen (normalerweise mit Laufzeiten von einem Tag bis zu einem Jahr); hierbei handelt es sich hauptsächlich um handelbare Einlagenzertifikate (CD), Bankakzepte und andere hochliquide Instrumente. Geldmarktpapiere fallen nicht in diese Kategorie.
25	Hybridanleihen	Unternehmensanleihen mit fremd- und eigenkapitalähnlichen Merkmalen, die aber nicht wandelbar sind.
26	Allgemeine besicherte Schuldverschreibungen	Unternehmensanleihen mit einem Bestand an Vermögenswerten, der die Anleihe sichert oder „deckt“. Diese Vermögenswerte verbleiben in der Bilanz des Emittenten. Gesetzlich besicherte Schuldverschreibungen, die besonderen gesetzlichen Regelungen unterliegen, fallen nicht in diese Kategorie.
27	Gesetzlich besicherte Schuldverschreibungen, die besonderen gesetzlichen Regelungen unterliegen	Unternehmensanleihen mit einem Bestand an Vermögenswerten, der die Anleihe bei Insolvenz des Originators sichert oder „deckt“. Sie unterliegen aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Anleihen einer besonderen öffentlichen Aufsicht gemäß Artikel 3 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(4)</sup> . Ein Beispiel für diese Kategorie sind Pfandbriefe, also gedekte Schuldverschreibungen, die gemäß Pfandbriefgesetz ausgegeben werden. Sie werden zur Refinanzierung von Krediten verwendet, die durch Grundvermögen (Hypothekenpfandbriefe), Forderungen gegen die öffentliche Hand (Öffentliche Pfandbriefe), Schiffshypotheken (Schiffspfandbriefe) oder Flugzeughypotheken (Flugzeugpfandbriefe) besichert sind. Die einzelnen Pfandbriefarten werden also nach der Deckungsmasse unterschieden, die für die einzelnen Arten geschaffen wird.

28	Nachrangige Schuldverschreibungen	Unternehmensanleihen, bei der Ansprüche des Gläubigers bei Liquidation des Emittenten nachrangig bedient werden.
29	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Unternehmensanleihen.
<b>3</b>	<b>Eigenkapitalinstrumente</b>	<b>Anteile und andere Anteilen gleichwertige Wertpapiere, die das Kapital von Gesellschaften, d. h. das Eigentum an einer Gesellschaft darstellen.</b>
31	Kernkapital	Eigenkapital, das grundlegende Eigentumsrechte an Gesellschaften darstellt.
32	Beteiligung an Immobiliengesellschaften	Eigenkapital, das Kapital von Immobiliengesellschaften darstellt.
33	Bezugsrechte	Rechte zum Zeichnen zusätzlicher Anteile am Eigenkapital zu einem festgelegten Preis.
34	Vorrangige Beteiligung	Eigenkapitaltitel mit höherem Rang und höherem Anspruch auf die Vermögenswerte und Einkünfte als Kernkapital, jedoch nachrangig gegenüber Schuldverschreibungen.
39	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Beteiligungen.
<b>4</b>	<b>Organismen für gemeinsame Anlagen gemeinsame Anlagen</b>	<b>Ein Organismus für gemeinsame Anlagen ist ein Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) gemäß Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 2009/65/EG oder ein alternativer Investmentfonds (AIF) gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2011/61/EU.</b>
41	Aktienfonds	Organismen für gemeinsame Anlagen mit Anlagen hauptsächlich in Aktien.
42	Rentenfonds	Organismen für gemeinsame Anlagen mit Anlagen hauptsächlich in Schuldverschreibungen.
43	Geldmarktfonds	Organismen für gemeinsame Anlagen gemäß der Definition der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) (CESR/10-049).
44	Themenfonds	Organismen für gemeinsame Anlagen, die ihre Vermögenswerte mit einem speziellen Ziel anlegen, z. B. vorwiegende Anlage in Wertpapieren von Unternehmen in Ländern mit gerade entstehenden Aktienmärkten oder kleinen Volkswirtschaften, bestimmten Sektoren oder Sektorengruppen, bestimmten Ländern oder andere spezifische Anlageziele.
45	Immobilienfonds	Organismen für gemeinsame Anlagen mit Anlagen hauptsächlich in Immobilien.
46	Alternative Fonds	Organismen für gemeinsame Anlagen mit Anlagestrategien wie Hedging, ereignisabhängig, festverzinsliche direktionale und relative Werte, Managed Futures, Rohstoffe usw.
47	Private-Equity-Fonds	Organismen für gemeinsame Anlagen zur Anlage in Beteiligungstitel anhand von Strategien im Zusammenhang mit Private Equity.
48	Infrastrukturfonds	Organismen für gemeinsame Anlagen beispielsweise für Investitionen in Mautstraßen, Brücken, Tunnel, Häfen und Flughäfen, Öl- und Gasversorgung, Stromversorgung und soziale Infrastruktureinrichtungen wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.
49	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Organismen für gemeinsame Anlagen.

5	<b>Strukturierte Schuldtitel</b>	<b>Hybride Wertpapiere, die ein festverzinsliches Instrument (Rendite in Form fester Zahlungen) mit einer Reihe von derivativen Komponenten kombinieren. Ausgenommen von dieser Kategorie sind festverzinsliche Wertpapiere, die von Staaten ausgegeben werden. Betrifft Wertpapiere, in die Derivate gleich welcher Kategorie, eingebettet sind, einschließlich Credit Default Swaps (CDS), Constant Maturity Swaps (CMS) und Credit Default Options (CDOp). Vermögenswerte dieser Kategorie werden nicht entbündelt.</b>
51	Aktienrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die vorwiegend einem Aktienrisiko ausgesetzt sind.
52	Zinsrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die vorwiegend einem Zinsrisiko ausgesetzt sind.
53	Währungsrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die vorwiegend einem Währungsrisiko ausgesetzt sind.
54	Kreditrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die vorwiegend einem Kreditrisiko ausgesetzt sind.
55	Immobilienrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die vorwiegend einem Immobilienrisiko ausgesetzt sind.
56	Rohstoffrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die vorwiegend einem Rohstoffrisiko ausgesetzt sind.
57	Katastrophen- und Wetterrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
58	Sterblichkeitsrisiko	Strukturierte Schuldtitel, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
59	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete strukturierte Schuldtitel.
6	<b>Besicherte Wertpapiere</b>	<b>Wertpapiere, deren Wert und Zahlungen von einem Portfolio zugrunde liegender Vermögenswerte abgeleitet sind. Dazu gehören Asset Backed Securities (ABS), Mortgage Backed Securities (MBS), Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Collateralised Debt Obligations (CDO), Collateralised Loan Obligations (CLO) und Collateralised Mortgage Obligations (CMO). Vermögenswerte dieser Kategorie werden nicht entbündelt.</b>
61	Aktienrisiko	Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Aktienrisiko ausgesetzt sind.
62	Zinsrisiko	Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Zinsrisiko ausgesetzt sind.
63	Währungsrisiko	Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Währungsrisiko ausgesetzt sind.
64	Kreditrisiko	Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Kreditrisiko ausgesetzt sind.
65	Immobilienrisiko	Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Immobilienrisiko ausgesetzt sind.
66	Rohstoffrisiko	Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Rohstoffrisiko ausgesetzt sind.
67	Katastrophen- und Wetterrisiko	Besicherte Wertpapiere, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
68	Sterblichkeitsrisiko	Besicherte Wertpapiere, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
69	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete besicherte Wertpapiere.

7	<b>Barmittel und Einlagen</b>	<b>Geld in physischer Form, Zahlungsmitteläquivalente, Bankeinlagen und sonstige Geldeinlagen.</b>
71	Bargeld	Im Umlauf befindliche Geldscheine und Münzen, die gewöhnlich zur Bezahlung verwendet werden.
72	Jederzeit verfügbare Einlagen (Zahlungsmitteläquivalente)	Auf Verlangen zum Nennwert in Valuta umwandelbare Einlagen, die ohne Vertragsstrafe oder Einschränkung unmittelbar zur Zahlung per Scheck, Wechsel, Giroanweisung, Lastschrift oder mittels einer anderen Form der direkten Zahlung verwendet werden können.
73	Sonstige kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	Einlagen (außer jederzeit verfügbare Einlagen) mit einer Restlaufzeit von bis einem Jahr, die nicht jederzeit zur Zahlung verwendet und nicht ohne erhebliche Einschränkung oder Vertragsstrafe in Valuta oder jederzeit verfügbare Einlagen umgewandelt werden können.
74	Sonstige Einlagen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr	Einlagen (außer jederzeit verfügbare Einlagen) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, die nicht jederzeit zur Zahlung verwendet und nicht ohne erhebliche Einschränkung oder Vertragsstrafe in Valuta oder jederzeit verfügbare Einlagen umgewandelt werden können.
75	Depotforderungen	Depotforderungen im Zusammenhang mit dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft.
79	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Barmittel und Einlagen.
<b>8</b>	<b>Hypotheken und Darlehen</b>	<b>Finanzielle Vermögenswerte, die entstehen, wenn Gläubiger besichert oder nicht besichert Mittel an Schuldner, einschließlich Cash-Pools, verleihen.</b>
81	Unbesicherte Darlehen	Darlehen ohne Sicherheiten.
82	Wertpapierbesicherte Darlehen	Darlehen mit Sicherheiten in Form von Wertpapieren.
84	Hypotheken	Darlehen mit Sicherheiten in Form von Immobilien.
85	Sonstige besicherte Darlehen	Darlehen mit Sicherheiten in anderer Form.
86	Policendarlehen	Darlehen mit Versicherungsscheinen als Sicherheit.
89	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Hypotheken und Darlehen.
<b>9</b>	<b>Immobilien</b>	<b>Gebäude, Grundstücke und andere Bauten und Anlagen (unbewegliches Sachgut).</b>
91	Büro- und Geschäftsimmobilien	Büro- und Geschäftshäuser als Anlage.
92	Wohnimmobilien	Wohngebäude als Anlage.
93	Immobilien (zur Eigennutzung)	Immobilien zur Eigennutzung durch das Unternehmen.
94	Im Bau befindliche Immobilien (als Anlage)	Im Bau befindliche Immobilien zur künftigen Nutzung als Anlage.
95	Sachanlagen (zur Eigennutzung)	Sachanlagen zur Eigennutzung durch das Unternehmen.
96	Im Bau befindliche Immobilien (zur Eigennutzung)	Im Bau befindliche Immobilien zur künftigen Eigennutzung.
99	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Immobilien.
0	Sonstige Anlagen	Unter „Sonstige Anlagen“ gemeldete Anlagen.

<b>A</b>	<b>Futures</b>	<b>Standardisierter Vertrag zwischen zwei Parteien zum Kauf oder Verkauf eines bestimmten hinsichtlich Quantität und Qualität standardisierten Vermögenswerts zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu einem bei Vertragsabschluss vereinbarten Preis.</b>
A1	Futures auf Aktien und Indizes	Futures mit Aktien oder Börsenindizes als Basiswert.
A2	Zinsfutures	Futures mit Anleihen oder anderen zinsabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
A3	Währungsfutures	Futures mit Währungen oder anderen währungsabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
A5	Warenfutures	Futures mit Rohstoffen oder anderen warenabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
A7	Katastrophen- und Wetterrisiko	Futures, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
A8	Sterblichkeitsrisiko	Futures, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
A9	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Futures.
<b>B</b>	<b>Kaufoptionen</b>	<b>Vertrag zwischen zwei Parteien zum Kauf eines Vermögenswerts zu einem Referenzpreis innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens, wobei der Käufer der Kaufoption das Recht, aber nicht die Pflicht erwirbt, den als Basiswert dienenden Vermögenswert zu kaufen.</b>
B1	Aktien- und Indexoptionen	Kaufoptionen mit Aktien oder Börsenindizes als Basiswert.
B2	Anleiheoptionen	Kaufoptionen mit Anleihen oder anderen zinsabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
B3	Währungsoptionen	Kaufoptionen mit Währungen oder anderen währungsabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
B4	Bezugsrechte	Kaufoptionen, die den Inhaber zum Kauf von Aktien des emittierenden Unternehmens zu einem bestimmten Preis berechtigen.
B5	Warenoptionen	Kaufoptionen mit Rohstoffen oder anderen warenabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
B6	Swaptions	Kaufoptionen, die ihren Inhaber berechtigen, aber nicht verpflichten, in der Long-Position in einen Swap einzutreten, d. h. in einen Swap, bei dem der Inhaber den festen Zinssatz zahlt und den variablen Zinssatz empfängt.
B7	Katastrophen- und Wetterrisiko	Kaufoptionen, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
B8	Sterblichkeitsrisiko	Kaufoptionen, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
B9	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Kaufoptionen.
<b>C</b>	<b>Verkaufsoptionen</b>	<b>Vertrag zwischen zwei Parteien zum Verkauf eines Vermögenswerts zu einem Referenzpreis innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens, wobei der Käufer der Verkaufsoption das Recht, aber nicht die Pflicht erwirbt, den als Basiswert dienenden Vermögenswert zu verkaufen.</b>
C1	Aktien- und Indexoptionen	Verkaufsoptionen mit Aktien oder Börsenindizes als Basiswert.
C2	Anleiheoptionen	Verkaufsoptionen mit Anleihen oder anderen zinsabhängigen Wertpapieren als Basiswert.

C3	Währungsoptionen	Verkaufsoptionen mit Währungen oder anderen währungsabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
C4	Bezugsrechte	Verkaufsoptionen, die den Inhaber zum Verkauf von Aktien des emittierenden Unternehmens zu einem bestimmten Preis berechtigen.
C5	Warenoptionen	Verkaufsoptionen mit Rohstoffen oder anderen warenabhängigen Wertpapieren als Basiswert.
C6	Swaptions	Verkaufsoptionen, die ihren Inhaber berechtigen, aber nicht verpflichten, in der Short-Position in einen Swap einzutreten, d. h. in einen Swap, bei dem der Inhaber den festen Zinssatz empfängt und den variablen Zinssatz zahlt.
C7	Katastrophen- und Wetterrisiko	Verkaufsoptionen, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
C8	Sterblichkeitsrisiko	Verkaufsoptionen, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
C9	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Verkaufsoptionen.
<b>D</b>	<b>Swaps</b>	<b>Vertrag, bei dem die Gegenparteien bestimmte Vorteile des Finanzinstruments einer Partei gegen die Vorteile des Finanzinstruments der anderen Partei tauschen, wobei die Vorteile von der Art des jeweiligen Finanzinstruments abhängen.</b>
D1	Zinsswaps	Austausch von Zinszahlungen.
D2	Währungsswaps	Austausch von Währungen.
D3	Zins- und Währungsswaps	Austausch von Zinszahlungen und Zahlungsströmen.
D4	Total Return Swap	Swap, bei dem die Seite, für die der nicht variable Satz gilt, sich in Abhängigkeit von der Gesamrendite eines Aktien- oder festverzinslichen Instruments mit einer längeren Laufzeit als der Swap befindet.
D5	Wertpapierswaps	Austausch von Wertpapieren.
D7	Katastrophen- und Wetterrisiko	Swaps, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
D8	Sterblichkeitsrisiko	Swaps, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
D9	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Swaps.
<b>E</b>	<b>Forwards</b>	<b>Nichtstandardisierter Vertrag zwischen zwei Parteien zum Kauf oder Verkauf eines bestimmten Vermögenswerts zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu einem bei Vertragsabschluss vereinbarten Preis.</b>
E1	Zinsausgleichsvereinbarung	Forward-Kontrakt, bei dem eine Partei zu einem festgelegten Zeitpunkt in der Zukunft einen festen Zinssatz zahlt und einen variablen Zinssatz, der einem zugrunde liegenden Zinssatz entspricht, erhält.
E2	Devisenforwards	Forward-Kontrakt, bei dem eine Partei zu einem festgelegten Zeitpunkt in der Zukunft einen Betrag in einer Währung zahlt und zu einem vertraglich vereinbarten Wechselkurs einen gleichwertigen Betrag in einer anderen Währung erhält.
E7	Katastrophen- und Wetterrisiko	Forwards, die der Absicherung von Katastrophen- und Wetterrisiken dienen.
E8	Sterblichkeitsrisiko	Forwards, die der Absicherung von Sterblichkeitsrisiken dienen.
E9	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Forwards.

F	<b>Kreditderivate</b>	<b>Derivat, dessen Wert vom Kreditrisiko eines zugrunde liegenden Schuldtitels, Darlehens oder sonstigen finanziellen Vermögenswerts abgeleitet wird.</b>
F1	Credit Default Swap	Kreditderivat-Transaktion, bei der zwei Parteien vereinbaren, dass die eine Partei der anderen für die vereinbarte Laufzeit periodisch eine festgelegte Prämie zahlt und die andere Partei nur dann eine Zahlung leistet, wenn ein Kreditereignis in Bezug auf einen festgelegten Referenzvermögenswert eintritt.
F2	Credit Spread Option	Kreditderivat, das Zahlungsströme generiert, wenn ein gegebener Kredit-Spread zwischen zwei Vermögenswerten oder Basiswerten vom derzeitigen Wert abweicht.
F3	Credit Spread Swap	Swap, bei dem eine Partei am Abrechnungstermin des Swaps eine feste Zahlung an die andere leistet und die zweite Partei der ersten einen Betrag auf Basis des tatsächlichen Kredit-Spreads zahlt.
F4	Total Return Swap	Swap, bei dem die Seite, für die der nicht variable Satz gilt, sich in Abhängigkeit von der Gesamttrendite eines Aktien- oder festverzinslichen Instruments mit einer längeren Laufzeit als der Swap befindet.
F9	Sonstige	Sonstige, nicht in die obengenannten Kategorien eingeordnete Kreditderivate.

(<sup>1</sup>) Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (Neufassung) (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349).

(<sup>2</sup>) Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1).

(<sup>3</sup>) Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10. Oktober 2014 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 12 vom 17.1.2015, S. 1).

(<sup>4</sup>) Richtlinie (EU) 2019/2162 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU (ABl. L 328 vom 18.12.2019, S. 29).

## ANHANG V

**Meldebogen für die Registrierung**

1. Datum der Fertigstellung des Meldebogens für die Registrierung;
2. Mitgliedstaat;
3. Name der zuständigen Behörde;
4. Zentrale Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);
5. Art des Antrags (Erstantrag/Änderung eines früheren Antrags/Einstellung von Tätigkeiten);
6. PEPP-Registrierungsnummer (falls nicht Erstantrag);
7. Datum, an dem eine Entscheidung erlassen worden ist;
8. Name, Anschrift und gegebenenfalls Zulassungsnummer des PEPP-Anbieters im Herkunftsmitgliedstaat;
9. Gegebenenfalls Rechtsträgerkennung des PEPP-Anbieters;
10. Art des PEPP-Anbieters, auszuwählen aus einem Dropdown-Menü gemäß der Liste in Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1238;
11. Mitgliedstaaten, in denen der PEPP-Anbieter beabsichtigt, das PEPP zu vermarkten (sowie Art: Dienstleistungsfreiheit/Niederlassungsfreiheit);
12. Mitgliedstaaten, für die der PEPP-Anbieter ein Unterkonto eröffnet hat oder zu eröffnen beabsichtigt;
13. Standardvertragsbedingungen gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) 2019/1238:
  - Beschreibung des Basis-PEPP, einschließlich etwaiger Garantien in Bezug auf das Anlageergebnis, eine bestimmte Leistungshöhe usw. und der Methode zur Risikominderung;
  - Gegebenenfalls Beschreibung der alternativen Anlageoptionen, einschließlich etwaiger Garantien in Bezug auf das Anlageergebnis, eine bestimmte Leistungshöhe usw. und der Methode zur Risikominderung;
14. Beschreibung der Bedingungen im Zusammenhang mit der Änderung der Anlageoption;
15. Etwaige Abdeckung biometrischer Risiken:
  - ausführliche Angaben zur Abdeckung biometrischer Risiken;
  - Beschreibung der Umstände, unter denen die Abdeckung biometrischer Risiken greift;
16. PEPP-Altersversorgungsleistungen:
  - Beschreibung der angebotenen Auszahlungsarten;
  - Beschreibung der möglichen Arten der Auszahlung;
  - gegebenenfalls Beschreibung der zusätzlich angebotenen Absicherung (z. B. Langzeitpflege, Abdeckung weiterer biometrischer Risiken usw.) und Angabe, wer die zusätzliche Absicherung übernimmt;
  - Beschreibung des Rechts, die Auszahlungsart zu ändern;
17. Beschreibung der Bedingungen für den Mitnahmeservice;
18. Beschreibung der Bedingungen für den Wechselservice;

19. Gegebenenfalls Beschreibung der Kostenkategorien und der aggregierten Gesamtkosten in Prozentangaben und als Geldwert;
  20. Bedingungen für die Ansparphase für das entsprechende Unterkonto bzw. die entsprechenden Unterkonten;
  21. Bedingungen für die Leistungsphase für das entsprechende Unterkonto bzw. die entsprechenden Unterkonten;
  22. Gegebenenfalls Beschreibung der Bedingungen, unter denen die gewährten Vorteile oder Anreize an den Wohnsitzmitgliedstaat des PEPP-Sparers zurückzuzahlen sind;
  23. Alle PEPP-Basisinformationsblätter für das betreffende PEPP, als Anlage in maschinenlesbarem Format.
-

## ANHANG VI

**Meldebogen für die Notifizierung der Registrierung**

1. Datum des Abschlusses der Registrierung;
  2. Benannte Anlaufstelle der EIOPA (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);
  3. PEPP-Registrierungsnummer;
-

## ANHANG VII

**Meldebogen für die Löschung aus dem Register**

1. Datum der Fertigstellung des Meldebogens für die Löschung aus dem Register;
  2. Mitgliedstaat;
  3. Name der zuständigen Behörde;
  4. Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);
  5. PEPP-Registrierungsnummer;
  6. Datum, an dem eine Entscheidung erlassen worden ist;
  7. Grund für die Löschung aus dem Register.
- \_\_\_\_\_

## ANHANG VIII

**Meldebogen für die Notifizierung der Löschung aus dem Register**

1 Datum der Fertigstellung der Notifizierung der Löschung aus dem Register; 2 PEPP-Registrierungsnummer.

---

## ANHANG IX

**Meldebogen für die Eröffnung eines Unterkontos**

Datum;

Von:

Mitgliedstaat;

Antragstellende zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

An:

Mitgliedstaat;

Zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

Art des Antrags (Erstantrag/Änderung eines früheren Antrags);

Datum des Eingangs des vollständig und korrekt ausgefüllten Antrags auf Eröffnung eines neuen Unterkontos gemäß Artikel 21 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Geplanter Beginn der Tätigkeiten;

Name, Anschrift und gegebenenfalls Zulassungsnummer des PEPP-Anbieters im Herkunftsmitgliedstaat;

Gegebenenfalls Rechtsträgerkennung des PEPP-Anbieters;

Art des PEPP-Anbieters;

PEPP-Registrierungsnummer;

Generische Leistungsinformation;

PEPP-Basisinformationsblatt für das Unterkonto;

gegebenenfalls Beschreibung der vertraglichen Vereinbarungen gemäß Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1238;

gegebenenfalls Beschreibung der Einhaltung der in Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/1238 festgelegten Anforderungen durch den PEPP-Anbieter.

\_\_\_\_\_

## ANHANG X

**Meldebogen für die Notifizierung der Eröffnung eines Unterkontos**

Datum;

Von:

Mitgliedstaat;

Antragstellende zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

An:

Mitgliedstaat;

Zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

Datum des Eingangs des vollständig und korrekt ausgefüllten Antrags auf Eröffnung eines neuen Unterkontos;

Eingangsbestätigung.

\_\_\_\_\_

## ANHANG XI

**Meldebogen für Ersuchen um Informationen/Zusammenarbeit**

Aktenzeichen;

Datum;

Von:

Mitgliedstaat;

Ersuchende zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

An:

Mitgliedstaat;

Zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

Gründe für das Ersuchen;

Eigentliches Ersuchen;

Bezugnahmen;

Registrierungsnummer des PEPP;

Gegebenenfalls Informationsaustausch;

Vertraulichkeit;

Weitere Angaben;

Dringlichkeit.

\_\_\_\_\_

## ANHANG XII

**Meldebogen für die Beantwortung eines Ersuchens um Informationen/Zusammenarbeit**

Aktenzeichen des Ersuchens;

Datum;

Eingangsdatum des Ersuchens um Informationen/Zusammenarbeit;

Von:

Mitgliedstaat;

Ersuchende zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

An:

Mitgliedstaat;

Zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

Registrierungsnummer des PEPP;

Antwort auf das Ersuchen;

Gründe für die Nichteinhaltung der Frist für das Ersuchen und geschätzte Frist;

Vertraulichkeit;

Weitere Angaben.

\_\_\_\_\_

## ANHANG XIII

**Meldebogen für die Notifizierung einer Zuwiderhandlung**

Aktenzeichen der Notifizierung;

Datum;

Von:

Mitgliedstaat;

Ersuchende zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

An:

Mitgliedstaat;

Zuständige Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

Gegenstand:

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung der EIOPA gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung der EIOPA gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung der EIOPA gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung der EIOPA gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung der EIOPA gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 65 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung einer zuständigen Behörde gemäß Artikel 67 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Notifizierung der EIOPA gemäß Artikel 67 der Verordnung (EU) 2019/1238;

Produktnummer des PEPP;

Land bzw. Länder, in dem bzw. denen die Zuwiderhandlung erfolgt ist;

Art der Zuwiderhandlung:

Natur;

Wesentlichkeit;

Dauer;

Vorgeschlagene Maßnahmen:

Art der Maßnahme;

Geplante Umsetzung/Wirkung der Maßnahmen;

Land bzw. Länder, in dem bzw. denen die Maßnahmen wirksam sind;

Nachweise zur Begründung der Entscheidung;

Dringlichkeit;

Bezugnahmen;

Vorgesehene Veröffentlichung.

  

---

## ANHANG XIV

**Meldebogen für Angaben zu nationalen Bestimmungen**

Datum der Ausfüllung des Meldebogens für Angaben zu nationalen Bestimmungen;

Mitgliedstaat;

Name der zuständigen Behörde;

Benannte Anlaufstelle (Bezeichnung/Telefonnummer/E-Mail-Adresse);

Art des Antrags (Erstantrag/Änderung eines früheren Antrags);

Link zu den für die zuständige Behörde relevanten Informationen.

---

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2021/898 DER KOMMISSION****vom 28. Mai 2021****zur Eintragung eines Namens in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben („Salată cu icre de știucă de Tulcea“ (g. g. A.))**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 52 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Antrag Rumäniens auf Eintragung des Namens „Salată cu icre de știucă de Tulcea“ wurde gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 im *Amtsblatt der Europäischen Union* <sup>(2)</sup> veröffentlicht.
- (2) Da bei der Kommission kein Einspruch gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 eingegangen ist, sollte der Name „Salată cu icre de știucă de Tulcea“ eingetragen werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Name „Salată cu icre de știucă de Tulcea“ (g. g. A.) wird eingetragen.

Mit dem in Absatz 1 genannten Namen wird ein Erzeugnis der Klasse 1.7. — „Fisch, Muscheln und Schalentiere, frisch und Erzeugnisse daraus“ gemäß Anhang XI der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission <sup>(3)</sup> ausgewiesen.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 28. Mai 2021

*Für die Kommission,  
im Namen der Präsidentin,  
Janusz WOJCIECHOWSKI  
Mitglied der Kommission*

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. C 39 vom 4.2.2021, S. 26.

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 36).

**VERORDNUNG (EU) 2021/899 DER KOMMISSION****vom 3. Juni 2021****zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich Übergangsmaßnahmen für die  
Ausfuhr von Fleisch- und Knochenmehl als Brennstoff****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 3 Unterabsatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission <sup>(2)</sup> enthält Hygiene- und Tiergesundheitsvorschriften für das Inverkehrbringen und die Ausfuhr tierischer Nebenprodukte und Folgeprodukte.
- (2) Gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 der genannten Verordnung muss Fleisch- und Knochenmehl der Kategorie 1 durch Verbrennung, Mitverbrennung oder Deponierung beseitigt oder als Brennstoff verwendet werden, um den Wiedereintritt in die Futtermittelkette und deren Kontamination zu verhindern.
- (3) Die zuständigen Behörden Irlands teilten ihre Pläne mit, bis Ende 2023 eigene Verbrennungskapazitäten für Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1 zu schaffen, und beantragten, dass während eines Übergangszeitraums traditionelle Handelsströme von Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1, das zur Entsorgung im Vereinigten Königreich bestimmt ist, zugelassen werden.
- (4) Nach Prüfung des Antrags Irlands hält es die Kommission angesichts der besonderen geografischen Lage dieses Mitgliedstaats für erforderlich, Vorschriften in Anhang XIV Kapitel V der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 festzulegen, auf deren Grundlage Irland die Ausfuhr von Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1, das den Anforderungen für das Inverkehrbringen zum Zwecke der Verbrennung genügen, in das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 2023 genehmigen kann, unbeschadet der Anwendung des Unionsrechts auf das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Nordirland gemäß dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Protokolls zu Irland/Nordirland in Verbindung mit Anhang 2 dieses Protokolls und vorbehaltlich Artikel 6 Absatz 1 dieses Protokolls, der die Verbringung von Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1 zur Verbrennung in andere Teile des Vereinigten Königreichs ausgenommen Nordirland gestattet.
- (5) Anhang XIV der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (6) Um die Kontinuität der bestehenden Handelsströme nach Ablauf des Übergangszeitraums zu gewährleisten, sollte diese Verordnung ab dem 1. Januar 2021 gelten und daher am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* umgehend in Kraft treten.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

<sup>(1)</sup> ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1.

<sup>(2)</sup> Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an der Grenze befreiter Proben und Waren (ABl. L 54 vom 26.2.2011, S. 1).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Anhang XIV Kapitel V der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 wird entsprechend dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. Januar 2021.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 3. Juni 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

## ANHANG

In die Tabelle in Anhang XIV Kapitel V der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 wird folgender Eintrag eingefügt:

„3	Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1.	<p>Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1, das als Brennstoff bestimmt ist, darf nur unter folgenden Bedingungen aus Irland in das Vereinigte Königreich * ausgeführt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Die zuständige Behörde Irlands hat die Ausfuhr in die Verbrennungsanlage im Vereinigten Königreich spätestens am 31. Dezember 2023 genehmigt, sofern die Verbringung von zur Beseitigung bestimmtem Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1 aus jenem Mitgliedstaat vor dem 1. Januar 2021 unter den Bedingungen nach Artikel 6 Absätze 6, 7 und 8 erfolgt ist;</li> <li>die Bestimmungsverbrennungsanlage ist in der vom Vereinigten Königreich erteilten Einfuhrgenehmigung für die Verbrennung von eingeführtem Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1 zugelassen;</li> <li>das Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1 — wurde ausschließlich aus der Verarbeitung nach der in Anhang IV Kapitel III genannten Verarbeitungsmethode 1 (Drucksterilisation) 2, 3, 4 oder 5 gewonnen, — ist nach Anhang VIII Kapitel V gekennzeichnet;</li> <li>die Sendung von Fleisch- und Knochenmehl wird in verplombten Containern direkt von dem Verarbeitungs- oder dem Lagerbetrieb gemäß Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a oder j Ziffer ii der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 zur Verbrennungsanlage am Bestimmungsort versandt;</li> <li>die Unternehmer legen Sendungen von Fleisch- und Knochenmehl der Ausgangsgrenzkontrollstelle vor;</li> <li>die zuständige Behörde der Ausgangsgrenzkontrollstelle führt bei den Sendungen gemäß Buchstabe e amtliche Kontrollen durch, insbesondere hinsichtlich der Unversehrtheit der Plombe. Ist die Plombe verletzt, gelten die Bestimmungen von Artikel 138 Absatz 2 Buchstaben d und g der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates **;</li> <li>die zuständige Behörde der Grenzkontrollstelle informiert mittels TRACES die in Feld I.4 des Handelspapiers angegebene zuständige Behörde über die Ankunft der Sendung an der Ausgangsstelle und gegebenenfalls über das Ergebnis der Plombenüberprüfung sowie über eventuell getroffene Abhilfemaßnahmen.</li> </ol> <p>Die für den Ursprungsverarbeitungsbetrieb zuständige Behörde führt risikobasierte amtliche Kontrollen durch, um zu überprüfen, ob Absatz 1 eingehalten ist und ob für jede Sendung von Fleisch- und Knochenmehl die Bestätigung der an der Ausgangsstelle durchgeführten Kontrolle von der zuständigen Behörde der Grenzkontrollstelle über TRACES eingegangen ist.</p> <p>Bei Verstößen kann die zuständige Behörde die Verbringung einer Sendung von Fleisch- und Knochenmehl aus Material der Kategorie 1, die als Brennstoff bestimmt ist, gemäß Artikel 138 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2017/625 untersagen.</p>
----	--------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

\* Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Protokolls zu Irland/Nordirland in Verbindung mit Anhang 2 dieses Protokolls gelten für die Zwecke dieses Anhangs Bezugnahmen auf das Vereinigte Königreich nicht für Nordirland.

\*\* Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EWG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1).“

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2021/900 DER KOMMISSION****vom 3. Juni 2021****zur Genehmigung einer Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Galacto-Oligosaccharid“ gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über neuartige Lebensmittel, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 1852/2001 der Kommission <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 dürfen in der Union nur zugelassene und in die Unionsliste aufgenommene neuartige Lebensmittel in Verkehr gebracht werden.
- (2) Gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2015/2283 wurde die Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission <sup>(2)</sup> erlassen, mit der eine Unionsliste der zugelassenen neuartigen Lebensmittel erstellt wurde.
- (3) Am 20. Januar 2014 unterrichtete das Unternehmen Yakult Pharmaceutical Industry Co., Ltd. die Kommission gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(3)</sup> über seine Absicht, „Galacto-Oligosaccharid“ als neuartiges Lebensmittel zur Verwendung in einer Reihe von Lebensmitteln, einschließlich Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(4)</sup>, in Verkehr zu bringen. Galacto-Oligosaccharid wurde daher in die Unionsliste der neuartigen Lebensmittel aufgenommen.
- (4) Am 3. März 2020 stellte das Unternehmen Yakult Pharmaceutical Industry Co., Ltd. (im Folgenden der „Antragsteller“) gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2283 bei der Kommission einen Antrag auf Änderung der Verwendungsbedingungen für das neuartige Lebensmittel „Galacto-Oligosaccharid“. Der Antragsteller beantragte eine Erhöhung der Verwendungshöchstmenge des neuartigen Lebensmittels Galacto-Oligosaccharid in Nahrungsergänzungsmitteln von 0,333 kg GOS/kg Nahrungsergänzungsmittel (33,3 %) auf 0,450 kg GOS/kg Nahrungsergänzungsmittel (45,0 %) für die allgemeine Bevölkerung. Während des Antragsverfahrens erklärte sich der Antragsteller damit einverstanden, Säuglinge und Kleinkinder vom Antrag auszuschließen.
- (5) Gemäß Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2015/2283 konsultierte die Kommission am 18. Juni 2020 die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“) und ersuchte sie um Abgabe eines wissenschaftlichen Gutachtens auf der Grundlage einer Bewertung der Änderung der Verwendungsbedingungen für Galacto-Oligosaccharid als neuartiges Lebensmittel.
- (6) Am 17. Dezember 2020 nahm die Behörde ihr wissenschaftliches Gutachten „Safety of a change in the conditions of use of galacto-oligosaccharides as a novel food ingredient in food supplements pursuant to Regulation (EU) 2015/2283“ („Sicherheit einer Änderung der Verwendungsbedingungen für Galacto-Oligosaccharide als neuartige Lebensmittelzutat in Nahrungsergänzungsmitteln gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283“) <sup>(5)</sup> an. Dieses Gutachten entspricht den Anforderungen des Artikels 11 der Verordnung (EU) 2015/2283.

<sup>(1)</sup> ABl. L 327 vom 11.12.2015, S. 1.

<sup>(2)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission vom 20. Dezember 2017 zur Erstellung der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates über neuartige Lebensmittel (ABl. L 351 vom 30.12.2017, S. 72).

<sup>(3)</sup> Verordnung (EG) Nr. 258/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 1997 über neuartige Lebensmittel und neuartige Lebensmittelzutaten (ABl. L 43 vom 14.2.1997, S. 1).

<sup>(4)</sup> Verordnung (EU) Nr. 609/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke und Tagesrationen für gewichtskontrollierende Ernährung und zur Aufhebung der Richtlinie 92/52/EWG des Rates, der Richtlinien 96/8/EG, 1999/21/EG, 2006/125/EG und 2006/141/EG der Kommission, der Richtlinie 2009/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnungen (EG) Nr. 41/2009 und (EG) Nr. 953/2009 des Rates und der Kommission (ABl. L 181 vom 29.6.2013, S. 35).

<sup>(5)</sup> EFSA Journal 2021;19(1):6384.

- (7) In ihrem Gutachten kam die Behörde zu dem Schluss, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Verwendungshöchstmenge von Galacto-Oligosaccharid als neuartiges Lebensmittel in Nahrungsergänzungsmitteln unter den vorgeschlagenen Änderungen der Verwendungsbedingungen sicher ist.
- (8) Das Gutachten der Behörde bietet ausreichende Anhaltspunkte dafür, dass Galacto-Oligosaccharid unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen für die allgemeine Bevölkerung, ausgenommen Säuglinge und Kleinkinder, Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2283 entspricht.
- (9) Der Anhang der Verordnung (EU) 2017/2470 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (10) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

- (1) Der Eintrag für das neuartige Lebensmittel Galacto-Oligosaccharid in der Unionsliste zugelassener neuartiger Lebensmittel gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) 2015/2283, die im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 enthalten ist, wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.
- (2) Der Eintrag in der in Absatz 1 genannten Unionsliste umfasst die im Anhang der vorliegenden Verordnung festgelegten Verwendungsbedingungen und Kennzeichnungsvorschriften.

#### *Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 3. Juni 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

In Tabelle 1 (Zugelassene neuartige Lebensmittel) des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 erhält der Eintrag für das neuartige Lebensmittel „Galacto-Oligosaccharid“ folgende Fassung:

Zugelassenes neuartiges Lebensmittel	Bedingungen, unter denen das neuartige Lebensmittel verwendet werden darf		zusätzliche spezifische Kennzeichnungsvorschriften	sonstige Anforderungen
„Galacto-Oligosaccharid“	Spezifizierte Lebensmittelkategorie	Höchstgehalte (ausgedrückt als Verhältnis von kg Galacto-Oligosaccharid/kg Endlebensmittel)		
	Nahrungsergänzungsmittel im Sinne der Richtlinie 2002/46/EG	0,333		
	Nahrungsergänzungsmittel im Sinne der Richtlinie 2002/46/EG, ausgenommen Säuglinge und Kleinkinder	0,450 (entspricht 5,4 g Galacto-Oligosaccharid/Portion; höchstens 3 Portionen/Tag bis höchstens 16,2 g/Tag)		
	Milch	0,020		
	Milchgetränke	0,030		
	Mahlzeitersatz für eine gewichtskontrollierende Ernährung (in Getränkeform)	0,020		
	Milchersatzgetränke	0,020		
	Joghurt	0,033		
	Dessertspeisen auf Milchbasis	0,043		
	Gefrorene Milchdesserts	0,043		
	Fruchtgetränke und Energydrinks	0,021		
	Mahlzeitenersatzgetränke für Säuglinge	0,012		
	Säfte für Säuglinge und Kleinkinder	0,025		
	Joghurtgetränke für Säuglinge und Kleinkinder	0,024		
	Nachspeisen für Säuglinge und Kleinkinder	0,027		
	Snacks für Säuglinge und Kleinkinder	0,143		
	Cerealien für Säuglinge und Kleinkinder	0,027		
	Getränke zur Deckung des Energiebedarfs bei intensiver Muskelanstrengung, vor allem für Sportler	0,013		
Saft	0,021			

	Obstpiefüllungen	0,059		
	Fruchtzubereitungen	0,125		
	Riegel	0,125		
	Getreide	0,125		
	Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 609/2013	0,008“		

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2021/901 DER KOMMISSION****vom 3. Juni 2021****zur Berichtigung der schwedischen Sprachfassung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 41 Absatz 2 und Artikel 72 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die schwedische Sprachfassung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 der Kommission <sup>(2)</sup> enthält in Anhang VII Nummern 65 und 68 hinsichtlich der Bedingungen, die für die Einfuhr bestimmter Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse in die Union erfüllt sein müssen, und in Anhang XI Teil A Nummer 12 hinsichtlich der Angabe einer Pflanze Fehler.
- (2) Die schwedische Sprachfassung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 sollte daher entsprechend berichtigt werden. Die anderen Sprachfassungen sind nicht betroffen.
- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1**(betrifft nicht die deutsche Fassung)**Artikel 2*Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 3. Juni 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

<sup>(1)</sup> ABl. L 317 vom 23.11.2016, S. 4.

<sup>(2)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2019/2072 der Kommission vom 28. November 2019 zur Festlegung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 690/2008 der Kommission sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/2019 der Kommission (ABl. L 319 vom 10.12.2019, S. 1).

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2021/902 DER KOMMISSION****vom 3. Juni 2021****zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“<sup>(1)</sup>), insbesondere auf Artikel 71 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Afrikanische Schweinepest ist eine ansteckende Viruserkrankung, die gehaltene und wilde Schweine befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen von Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und ihrer Erzeugnisse innerhalb der Union sowie von Ausfuhren in Drittländer führen kann.
- (2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 der Kommission<sup>(2)</sup> wurde im Rahmen der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält besondere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest, die von den in Anhang I der genannten Verordnung aufgeführten Mitgliedstaaten (im Folgenden die „betroffenen Mitgliedstaaten“) in den in demselben Anhang aufgeführten Sperrzonen I, II und III für einen begrenzten Zeitraum anzuwenden sind.
- (3) In der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 sind unter anderem bestimmte Pflichten der Unternehmer in Bezug auf Verbringungen von Sendungen von Fleischerzeugnissen, einschließlich Tierdarmhüllen, die von Schweinen aus den Sperrzonen I, II und III gewonnen wurden, festgelegt. Insbesondere sieht Artikel 19 Absatz 4 Buchstabe a der genannten Verordnung vor, dass Unternehmer Sendungen verarbeiteter Fleischerzeugnisse, einschließlich Tierdarmhüllen, die von Schweinen gewonnen wurden, die in Gebieten außerhalb von Sperrzonen I, II und III gehalten und in Sperrzonen I, II und III verarbeitet wurden, nur dann außerhalb dieser Zonen verbringen dürfen, sofern diese Erzeugnisse tierischen Ursprungs der relevanten Behandlung zur Risikominderung gemäß Anhang VII der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission<sup>(3)</sup> unterzogen wurden. Die Verbringung solcher Sendungen aus Sperrzonen I, II und III stellt jedoch ein wesentlich geringeres Risiko für die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest dar als Verbringungen von Sendungen verarbeiteter Fleischerzeugnisse, die von in Sperrzonen I, II und III gehaltenen Schweinen gewonnen wurden. Daher sollte die relevante Behandlung zur Risikominderung gemäß Anhang VII der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 für Verbringungen außerhalb von Sperrzonen I, II und III von Sendungen von Fleischerzeugnissen, einschließlich Tierdarmhüllen, die von in Gebieten außerhalb dieser Sperrzonen gehaltenen Schweinen gewonnen wurden, nicht erforderlich sein, da sie den damit verbundenen Tiergesundheitsrisiken nicht angemessen ist. Artikel 19 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) 2021/605 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (4) Ferner beruhen die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 als Sperrzonen I, II und III aufgeführten Gebiete auf der Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union. Nachdem sich die Seuchenlage in Polen und der Slowakei geändert hatte, wurde Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2021/811 der Kommission<sup>(4)</sup> geändert.
- (5) Jegliche Änderungen der Sperrzonen I, II und III in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 sollten sich auf die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in den von dieser Seuche betroffenen Gebieten und die allgemeine Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in dem betroffenen Mitgliedstaat, das Risikoniveau hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche sowie wissenschaftlich fundierte Grundsätze und

<sup>(1)</sup> ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1.

<sup>(2)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 der Kommission vom 7. April 2021 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ABl. L 129 vom 15.4.2021, S. 1).

<sup>(3)</sup> Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64).

<sup>(4)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2021/811 der Kommission vom 20. Mai 2021 zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ABl. L 180 vom 21.5.2021, S. 114).

Kriterien für die geografische Abgrenzung von Zonen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest und die Leitlinien der Union stützen, die mit den Mitgliedstaaten im Rahmen des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel vereinbart wurden und auf der Website der Kommission <sup>(5)</sup> öffentlich zugänglich sind. Diese Änderungen sollten auch internationalen Standards wie dem Gesundheitskodex für Landtiere <sup>(6)</sup> der Weltorganisation für Tiergesundheit und den von den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten vorgelegten Begründungen für die Abgrenzung der Zonen Rechnung tragen.

- (6) In der Slowakei und in Polen ist es zu neuen Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen gekommen.
- (7) Im Mai 2021 wurden mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in den Powiaten Kaliski und Gryfiński in Polen in derzeit in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 als Sperrzonen I aufgeführten Gebieten festgestellt. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dementsprechend sollten diese von diesen jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest betroffenen Gebieten in Polen, die in dem genannten Anhang derzeit als Sperrzonen I aufgeführt sind, in diesem Anhang nun stattdessen als Sperrzonen II aufgeführt werden.
- (8) Im Mai 2021 wurde ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein im Powiat Żagański in Polen in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 als Sperrzone II aufgeführten Gebiet festgestellt, das sich in unmittelbarer Nähe eines derzeit in Sperrzone I aufgeführten Gebietes befindet. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dementsprechend sollte dieses in dem genannten Anhang derzeit als Sperrzone I aufgeführte Gebiet in Polen, das sich in unmittelbarer Nähe des Gebiets befindet, das in Sperrzone II aufgeführt ist und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in diesem Anhang nun statt als Sperrzone I als Sperrzone II aufgeführt werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzone I neu festgelegt und erweitert werden, um diesem jüngsten Fall Rechnung zu tragen.
- (9) Im April und Mai 2021 wurden mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in den Bezirken Detva, Veľký Krtíš, Revúca und Michalovce in der Slowakei in Gebieten festgestellt, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 als Sperrzone II aufgeführt sind und sich in unmittelbarer Nähe von derzeit in Sperrzone I aufgeführten Gebieten befinden. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dementsprechend sollten die derzeit in diesem Anhang als Sperrzone I aufgeführten Gebiete der Slowakei, die sich in unmittelbarer Nähe zu den Gebieten befinden, die in der Sperrzone II aufgeführt sind und von diesen jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, in diesem Anhang nun statt als Sperrzonen I als Sperrzonen II aufgeführt werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I neu festgelegt und erweitert werden, um diesem jüngsten Fall Rechnung zu tragen.
- (10) Nach diesen jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Polen und in der Slowakei und unter Berücksichtigung der derzeitigen Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union wurde die Abgrenzung der Zonen in diesen Mitgliedstaaten neu bewertet und aktualisiert. Darüber hinaus wurden auch die bestehenden Risikomanagementmaßnahmen neu bewertet und aktualisiert. Diese Änderungen sollten sich in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 widerspiegeln.
- (11) Um den jüngsten epidemiologischen Entwicklungen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union Rechnung zu tragen und die mit der Ausbreitung dieser Seuche verbundenen Risiken proaktiv anzugehen, sollten in Polen und in der Slowakei neue, ausreichend große Sperrzonen abgegrenzt und ordnungsgemäß als Sperrzonen I und II in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 aufgenommen werden. Da sich die Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union laufend ändert, wurde bei der Abgrenzung dieser neuen Sperrzonen der Lage in den umliegenden Gebieten Rechnung getragen.
- (12) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest und zur Vermeidung unnötiger Störungen der Verbringungen bestimmter Erzeugnisse tierischen Ursprungs aus Sperrzonen I, II und III ist es wichtig, dass die mit der vorliegenden Durchführungsverordnung an der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (13) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

<sup>(5)</sup> Arbeitsunterlage SANTE/7112/2015/Rev. 3 „Grundsätze und Kriterien für die geografische Definition der ASP-Regionalisierung“. [https://ec.europa.eu/food/animals/animal-diseases/control-measures/asf\\_en](https://ec.europa.eu/food/animals/animal-diseases/control-measures/asf_en)

<sup>(6)</sup> OIE-Gesundheitskodex für Landtiere, 28. Ausgabe, 2019. ISBN von Band I: 978-92-95108-85-1; ISBN von Band II: 978-92-95108-86-8. <https://www.oie.int/standard-setting/terrestrial-code/access-online/>

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### Artikel 1

Die Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 19 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Unternehmer verbringen Sendungen von Fleischerzeugnissen, einschließlich Tierdarmhüllen, die von Schweinen gewonnen wurden, die in Gebieten außerhalb von Sperrzonen I, II und III gehalten und in Sperrzonen I, II und III verarbeitet wurden, nur dann außerhalb dieser Zonen innerhalb desselben betroffenen Mitgliedstaats oder in einen anderen Mitgliedstaat, wenn diesen Sendungen eine Veterinärbescheinigung gemäß Artikel 167 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/429 beigefügt ist, die Folgendes enthält:

- a) die gemäß Artikel 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/2154 erforderlichen Informationen und
- b) die folgende Bestätigung der Erfüllung der in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Anforderungen:

„Fleischerzeugnisse, einschließlich Tierdarmhüllen, von Schweinen, die entsprechend den besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 der Kommission in Gebieten außerhalb von Sperrzonen I, II und III gehalten und in Sperrzonen I, II und III verarbeitet wurden.“;

2. Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 erhält die Fassung des Anhangs der vorliegenden Verordnung.

#### Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 3. Juni 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

## ANHANG

Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 erhält folgende Fassung:

## „ANHANG I

**SPERRZONEN**

## TEIL I

**1. Deutschland**

Die folgenden Sperrzonen I in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

— Landkreis Dahme-Spreewald:

— Gemeinde Alt Zauche-Wußwerk,

— Gemeinde Byhleguhre-Byhlen,

— Gemeinde Märkische Heide, mit den Gemarkungen Alt Schadow, Neu Schadow, Pretschen, Plattkow, Wittmannsdorf, Schuhlen-Wiese, Bückchen, Kuschkow, Gröditsch, Groß Leuthen, Leibchel, Glietz, Groß Leine, Dollgen, Krugau, Dürrenhofe, Biebersdorf und Klein Leine,

— Gemeinde Neu Zauche,

— Gemeinde Schwielochsee mit den Gemarkungen Groß Liebitz, Gühlen, Mochow und Siegadel,

— Gemeinde Spreewaldheide,

— Gemeinde Straupitz,

— Landkreis Märkisch-Oderland:

— Gemeinde Lietzen,

— Gemeinde Falkenhagen (Mark),

— Gemeinde Zeschdorf,

— Gemeinde Treplin,

— Gemeinde Fichtenhöhe mit den Gemarkungen Niederjesar, Alt Mahlisch und Carzig – westlich der B 167,

— Gemeinde Lindendorf mit den Gemarkungen Neu Mahlisch, Libbenichen und Dolgeln – westlich der B 167,

— Gemeinde Müncheberg mit den Gemarkungen Müncheberg, Eggersdorf bei Müncheberg und Hoppegarten bei Müncheberg,

— Gemeinde Neulewin,

— Gemeinde Bliesdorf mit den Gemarkungen Kunersdorf und Bliesdorf,

— Gemeinde Neutrebbin mit den Gemarkungen Neutrebbin und Alttrebbin westlich der L 34 und Altelewin westlich und nordöstlich der L 33,

— Gemeinde Märkische Höhe mit den Gemarkungen Reichenberg und Batzlow,

— Gemeinde Wriezen mit den Gemarkungen Haselberg, Frankenfelde, Schulzendorf, Lüdersdorf, Biesdorf, Rathsdorf, Wriezen, Altwriezen, Beauregard, Eichwerder und Jäckelsbruch,

— Gemeinde Oderaue mit den Gemarkungen Neuranft, Neuküstrinchen, Neurüdnitz, Altwustrow, Neuwustrow und Zäckericker Loose, Altreetz, Altmädewitz und Neumädewitz,

— Gemeinde Buckow (Märkische Schweiz),

— Gemeinde Strausberg mit den Gemarkungen Hohenstein und Ruhlsdorf,

— Gemeine Garzau-Garzin,

— Gemeinde Waldsiefersdorf,

— Gemeinde Rehfelde mit der Gemarkung Werder,

- Gemeinde Reichenow-Mögelin,
- Gemeinde Prötzel mit den Gemarkungen Harnekop, Sternebeck und Prötzel östlich der B 168 und der L35,
- Gemeinde Oberbarnim.
- Landkreis Oder-Spree:
  - Gemeinde Storkow (Mark),
  - Gemeinde Wendisch Rietz,
  - Gemeinde Reichenwalde,
  - Gemeinde Diensdorf-Radlow,
  - Gemeinde Bad Saarow,
  - Gemeinde Rietz-Neuendorf mit den Gemarkungen Buckow, Glienicke, Behrensdorf, Ahrensdorf, Herzberg, Görzig, Pfaffendorf, Sauen, Wilmersdorf (G), Neubrück, Drahendorf, Alt Golm,
  - Gemeinde Tauche mit den Gemarkungen Briescht, Kossenblatt, Werder, Görzdorf (B), Giesendorf, Wulfersdorf, Falkenberg (T), Lindenberg,
  - Gemeinde Steinhöfel mit den Gemarkungen Demnitz, Steinhöfel, Hasenfelde, Ahrensdorf, Heinersdorf, Tempelberg,
  - Gemeinde Langewahl,
  - Gemeinde Berkenbrück,
  - Gemeinde Briesen (Mark),
  - Gemeinde Jacobsdorf,
- Landkreis Spree-Neiße:
  - Gemeinde Jänschwalde,
  - Gemeinde Peitz,
  - Gemeinde Tauer,
  - Gemeinde Turnow-Preilack,
  - Gemeinde Drachhausen,
  - Gemeinde Schmogrow-Fehrow,
  - Gemeinde Drehnow,
  - Gemeinde Guben mit der Gemarkung Schlagsdorf,
  - Gemeinde Schenkendöbern mit den Gemarkungen Grabko, Kerkwitz, Groß Gastrose,
  - Gemeinde Teichland,
  - Gemeinde Dissen-Striesow,
  - Gemeinde Heinersbrück,
  - Gemeinde Briesen,
  - Gemeinde Forst mit den Gemarkungen Briesnig, Weißagk, Bohrau, Naundorf, Mulknitz, Klein Jamno, Forst (Lausitz) und Groß Jamno,
  - Gemeinde Wiesengrund,
  - Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf mit der Gemarkung Simmersdorf,
  - Gemeinde Neiße-Malxetal mit den Gemarkungen Jocksdorf, Klein Kölzig und Groß Kölzig,
  - Gemeinde Tschernitz mit der Gemarkung Wolfshain,
  - Gemeinde Felixsee,
  - Gemeinde Spremberg mit den Gemarkungen Lieskau, Schönheide, Graustein, Türkendorf, Groß Luja, Wadelsdorf, Hornow, Sellessen, Spremberg, Bühlow,
  - Gemeinde Neuhausen/Spree mit den Gemarkungen Kathlow, Haasow, Sergen, Roggosen, Gablenz, Komptendorf, Laubsdorf, Koppatz, Neuhausen, Drieschnitz, Kahsel, Bagenz,

- Stadt Cottbus mit den Gemarkungen Dissenchen, Döbbrick, Merzdorf, Saspow, Schmellwitz, Sielow, Willmersdorf.

Bundesland Sachsen:

— Landkreis Bautzen

- Gemeinde Großdubrau: Ortsteile Commerau, Göbeln, Jetscheba, Kauppa, Särchen, Spreewiese,
- Gemeinde Hochkirch: Ortsteile Kohlwesa, Niethen, Rodewitz, Wawitz, Zschorna,
- Gemeinde Königswartha: Ortsteil Oppitz,
- Gemeinde Lohsa: Ortsteile Dreiweibern, Driewitz, Friedersdorf, Hermsdorf/Spree, Lippen, Litschen, Lohsa, Riegel, Tiegling, Weißkollm,
- Gemeinde Malschwitz: Ortsteile Baruth, Brießnitz, Brösa, Buchwalde, Cannewitz, Dubrauke, Gleina, Guttau, Halbendorf/Spree, Kleinsaubernitz, Lieske, Lömischau, Neudorf/Spree, Preititz, Rackel, Ruhethal, Wartha,
- Gemeinde Radibor: Ortsteile Droben, Lippitsch, Milkel, Teicha, Wessel,
- Gemeinde Spreetal,
- Gemeinde Weißenberg.

— Landkreis Görlitz:

- Gemeinde Boxberg/O.L., sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Görlitz südlich der Bundesautobahn A4 mit den Ortsteilen Biesnitz, Deutsch Ossig, Historische Altstadt, Innenstadt, Klein Neundorf, Klingewalde, Königshufen, Kunnerwitz, Ludwigsdorf, Nikolaivorstadt, Rauschwalde, Schlauroth, Südstadt, Weinhübel,
- Gemeinde Groß Düben, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Hohendubrau, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Kodersdorf, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Königshain,
- Gemeinde Löbau: Ortsteile Altcunnewitz, Bellwitz, Dolgowitz, Glossen, Kittlitz, Kleinradmeritz, Krappe, Lautitz, Mauschwitz, Neucunnewitz, Neukittlitz, Oppeln, Rosenhain,
- Gemeinde Markersdorf: Ortsteile Holtendorf, Markersdorf, Pfaffendorf,
- Gemeinde Mücka, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Reichenbach/O.L.: Ortsteile Biesig, Borda, Dittmannsdorf, Feldhäuser, Goßwitz, Krobnitz, Lehnhäuser, Löbenschmüh, Mengelsdorf, Meuselwitz, Oehlich, Stadt Reichenbach/O.L., Reifäus, Schöps, Zobnitz,
- Gemeinde Schleife, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Schöpstal, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Trebendorf, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Vierkirchen, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Waldhufen, sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes,
- Gemeinde Weißwasser/O.L., sofern nicht bereits Teil des gefährdeten Gebietes.

## 2. Estland

Die folgenden Sperrzonen I in Estland:

- Hiiu maakond.

## 3. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen I in Griechenland:

- in the regional unit of Drama:
  - the community departments of Sidironero and Skaloti and the municipal departments of Livadero and Ksiropotamo (in Drama municipality),

- the municipal department of Paranesti (in Paranesti municipality),
- the municipal departments of Kokkinogeia, Mikropoli, Panorama, Pyrgoi (in Prosotsani municipality),
- the municipal departments of Kato Nevrokopi, Chrysokefalo, Achladea, Vathytopos, Volakas, Granitis, Dasotos, Eksohi, Katafyto, Lefkogeia, Mikrokleisoura, Mikromilea, Ochyro, Pagoneri, Perithorio, Kato Vrontou and Potamoi (in Kato Nevrokopi municipality),
- in the regional unit of Xanthi:
  - the municipal departments of Kimmerion, Stavroupoli, Gerakas, Dafnonas, Komnina, Kariofyto and Neochori (in Xanthi municipality),
  - the community departments of Satres, Thermes, Kotyli, and the municipal departments of Myki, Echinis and Oraio (in Myki municipality),
  - the community department of Selero and the municipal department of Sounio (in Avdira municipality),
- in the regional unit of Rodopi:
  - the municipal departments of Komotini, Anthochorio, Gratini, Thrylorio, Kalhas, Karydia, Kikidio, Kosmio, Pandrosos, Aigeiros, Kallisti, Meleti, Neo Sidirochori and Mega Doukato (in Komotini municipality),
  - the municipal departments of Ipio, Arriana, Darmeni, Archontika, Fillyra, Ano Drosini, Aratos and the Community Departments Kehros and Organi (in Arriana municipality),
  - the municipal departments of Iasmos, Sostis, Asomatoi, Polyanthos and Amvrosia and the community department of Amaxades (in Iasmos municipality),
  - the municipal department of Amaranta (in Maroneia Sapon municipality),
- in the regional unit of Evros:
  - the municipal departments of Kyriaki, Mandra, Mavroklisi, Mikro Dereio, Protokklisi, Roussa, Goniko, Geriko, Sidirochori, Megalo Derio, Sidiro, Giannouli, Agriani and Petrolofos (in Soufli municipality),
  - the municipal departments of Dikaia, Arzos, Elaia, Therapio, Komara, Marasia, Ormenio, Pentalofofos, Petroti, Plati, Ptelea, Kyprinos, Zoni, Fulakio, Spilaio, Nea Vyssa, Kavili, Kastanies, Rizia, Sterna, Ampelakia, Valtos, Megali Doxipara, Neochori and Chandras (in Orestiada municipality),
  - the municipal departments of Asvestades, Ellinochori, Karoti, Koufovouno, Kiani, Mani, Sitochori, Alepochori, Asproneri, Metaxades, Vrysika, Doksa, Elafoxori, Ladi, Paliouri and Poimeniko (in Didymoteicho municipality),
- in the regional unit of Serres:
  - the municipal departments of Kerkini, Livadia, Makrynitsa, Neochori, Platanakia, Petritsi, Akritochori, Vyroneia, Gonimo, Mandraki, Megalochori, Rodopoli, Ano Poroia, Katw Poroia, Sidirokastros, Vamvakophyto, Promahonas, Kamaroto, Strymonochori, Charopo, Kastanousi and Chortero and the community departments of Achladochori, Agkistro and Kapnophyto (in Sintiki municipality),
  - the municipal departments of Serres, Elaionas and Oinoussa and the community departments of Orini and Ano Vrontou (in Serres municipality),
  - the municipal departments of Dasochoriou, Irakleia, Valtero, Karperi, Koimisi, Lithotopos, Limnochori, Podismeno and Chrysochorafa (in Irakleia municipality).

#### 4. Lettland

Die folgenden Sperrzonen I in Lettland:

- Pāvilstas novada Vērgales pagasts,
- Stopiņu novada daļa, kas atrodas uz rietumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes,
- Grobiņas novada Medzes, Grobiņas un Gaviezies pagasts. Grobiņas pilsēta,

- Rucavas novada Rucavas pagasts,
- Nīcas novads.

## 5. Litauen

Die folgenden Sperrzonen I in Litauen:

- Klaipėdos rajono savivaldybė: Agluonėnų, Dovilų, Gargždų, Priekulės, Vėžaičių, Kretingalės ir Dauparų-Kvietinių seniūnijos,
- Palangos miesto savivaldybė.

## 6. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen I in Ungarn:

- Békés megye 950950, 950960, 950970, 951950, 952050, 952750, 952850, 952950, 953050, 953150, 953650, 953660, 953750, 953850, 953960, 954250, 954260, 954350, 954450, 954550, 954650, 954750, 954850, 954860, 954950, 955050, 955150, 955250, 955260, 955270, 955350, 955450, 955510, 955650, 955750, 955760, 955850, 955950, 956050, 956060, 956150 és 956160 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Bács-Kiskun megye 600150, 600850, 601550, 601650, 601660, 601750, 601850, 601950, 602050, 603250, 603750 és 603850 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Budapest 1 kódszámú, vadgazdálkodási tevékenységre nem alkalmas területe,
- Csongrád-Csanád megye 800150, 800160, 800250, 802220, 802260, 802310 és 802450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Fejér megye 400150, 400250, 400351, 400352, 400450, 400550, 401150, 401250, 401350, 402050, 402350, 402360, 402850, 402950, 403050, 403250, 403350, 403450, 403550, 403650, 403750, 403950, 403960, 403970, 404570, 404650, 404750, 404850, 404950, 404960, 405050, 405750, 405850, 405950,
- 406050, 406150, 406550, 406650 és 406750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Győr-Moson-Sopron megye 100550, 100650, 100950, 101050, 101350, 101450, 101550, 101560 és 102150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok megye 750150, 750160, 750260, 750350, 750450, 750460, 754450, 754550, 754560, 754570, 754650, 754750, 754950, 755050, 755150, 755250, 755350 és 755450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom megye 250150, 250250, 250450, 250460, 250550, 250650, 250750, 251050, 251150, 251250, 251350, 251360, 251650, 251750, 251850, 252250, kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest megye 571550, 572150, 572250, 572350, 572550, 572650, 572750, 572850, 572950, 573150, 573250, 573260, 573350, 573360, 573450, 573850, 573950, 573960, 574050, 574150, 574350, 574360, 574550, 574650, 574750, 574850, 574860, 574950, 575050, 575150, 575250, 575350, 575550, 575650, 575750, 575850, 575950, 576050, 576150, 576250, 576350, 576450, 576650, 576750, 576850, 576950, 577050, 577150, 577350, 577450, 577650, 577850, 577950, 578050, 578150, 578250, 578350, 578360, 578450, 578550, 578560, 578650, 578850, 578950, 579050, 579150, 579250, 579350, 579450, 579460, 579550, 579650, 579750, 580250 és 580450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe.

## 7. Polen

Die folgenden Sperrzonen I in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gminy Wielbark i Rozogi w powiecie szczycieńskim,
- gminy Janowiec Kościelny, Janowo i część gminy Kozłowo położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie nidzickim,
- gminy Iłowo – Osada, Lidzbark, Płońnica, miasto Działdowo, część gminy Rybno położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę kolejową, część gminy wiejskiej Działdowo położona na południe od linii wyznaczonej przez linie kolejowe biegnące od wschodniej do zachodniej granicy gminy w powiecie działdowskim,

- gminy Kisielice, Susz i część gminy wiejskiej Iława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Szymbark - Ząbrowo - Segnowy - Laseczno - Gulb, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Szymbark - Ząbrowo - Segnowy - Laseczno - Gulb biegnącą do południowej granicy gminy w powiecie iławskim,
- gminy Biskupiec, Kurzętnik, część gminy wiejskiej Nowe Miasto Lubawskie położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy do miejscowości Lekarty, a następnie na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Lekarty - Nowy Dwór Bratiański biegnącą do północnej granicy gminy miejskiej Nowe Miasto Lubawskie oraz na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 538, część gminy Grodziczno położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 538 w powiecie nowomiejskim.

w województwie podlaskim:

- gminy Wysokie Mazowieckie z miastem Wysokie Mazowieckie, Czyżew i część gminy Kulesze Kościelne położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejną w powiecie wysokomazowieckim,
- gminy Miastkowo, Nowogród, Śniadowo i Zbójna w powiecie łomżyńskim,
- gminy Szumowo, Zambrów z miastem Zambrów i część gminy Kołaki Kościelne położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie zambrowskim,
- gminy Grabowo, Kolno i miasto Kolno, Turośl w powiecie kolneńskim,

w województwie mazowieckim:

- powiat ostrołęcki,
- powiat miejski Ostrołęka,
- gminy Bielsk, Brudzeń Duży, Bulkowo, Drobin, Gąbin, Łąck, Nowy Duninów, Radzanowo, Słupno, Staroźreby i Stara Biała w powiecie płońskim,
- powiat miejski Płock,
- powiat ciechanowski,
- gminy Baboszewo, Dzierżanin, Joniec, Nowe Miasto, Płońsk i miasto Płońsk, Raciąż i miasto Raciąż, Sochocin w powiecie płońskim,
- powiat sierpecki,
- powiat zuromiński,
- gminy Andrzejewo, Brok, Stary Lubotyń, Szulborze Wielkie, Wąsewo, Ostrów Mazowiecka z miastem Ostrów Mazowiecka, część gminy Małkinia Górna położona na północ od rzeki Brok w powiecie ostrowskim,
- powiat mławski,
- powiat przasnyski,
- powiat makowski,
- powiat pułtuski,
- powiat wyszkowski,
- powiat węgrowski,
- gminy Dąbrówka, Jadów, Klembów, Poświętne, Radzymin, Strachówka Wołomin i Tuszcz w powiecie wołomińskim,
- gminy Mokobody i Suchożebry w powiecie siedleckim,
- gminy Dobry, Jakubów, Kałuszyn, Stanisławów w powiecie mińskim,
- gminy Bielany i gmina wiejska Sokołów Podlaski w powiecie sokołowskim,
- gminy Kowala, Wierzbica, część gminy Wolanów położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie radomskim,
- powiat miejski Radom,
- gminy Jastrząb, Mirów, Orońsko w powiecie szydłowieckim,
- powiat gostyniński,

w województwie podkarpackim:

- gminy Pruchnik, Rokietnica, Roźwienica, w powiecie jarosławskim,
- gminy Fredropol, Krasiczyn, Krzywczyna, Medyka, Orły, Żurawica, Przemyśl w powiecie przemyskim,
- powiat miejski Przemyśl,
- gminy Gać, Jawornik Polski, Kańczuga, część gminy Zarzecze położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Mlecza w powiecie przeworskim,
- powiat łańcucki,
- gminy Trzebownisko, Głogów Małopolski i część gminy Sokołów Małopolski położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 875 w powiecie rzeszowskim,
- gminy Dzikowiec, Kolbuszowa, Niwiska i Raniszów w powiecie kolbuszowskim,
- gminy Borowa, Czermin, Gawłuszowice, Mielec z miastem Mielec, Padew Narodowa, Przeclaw, Tuszów Narodowy w powiecie mieleckim,

w województwie świętokrzyskim:

- powiat opatowski,
- powiat sandomierski,
- gminy Bogoria, Łubnice, Oleśnica, Osiek, Połaniec, Rytwiany i Staszów w powiecie staszowskim,
- gminy Bliżyn, Skarżysko – Kamienna, Suchedniów i Skarżysko Kościelne w powiecie skarżyskim,
- gmina Wąchock, część gminy Brody położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9 oraz na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogi: nr 0618T biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania w miejscowości Lipie, drogę biegnącą od miejscowości Lipie do wschodniej granicy gminy oraz na północ od drogi nr 42 i część gminy Mirzec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 744 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Tychów Stary a następnie przez drogę nr 0566T biegnącą od miejscowości Tychów Stary w kierunku północno - wschodnim do granicy gminy w powiecie starachowickim,
- powiat ostrowiecki,
- gminy Fałków, Ruda Maleniecka, Radoszyce, Smyków, część gminy Końskie położona na zachód od linii kolejowej, część gminy Stąporków położona na południe od linii kolejowej w powiecie koneckim,
- gminy Mniów i Zagnańsk w powiecie kieleckim,

w województwie łódzkim:

- gminy Łyszkowice, Kocierzew Południowy, Kiernozia, Chąšno, Nieborów, część gminy wiejskiej Łowicz położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 92 biegnącej od granicy miasta Łowicz do zachodniej granicy gminy oraz część gminy wiejskiej Łowicz położona na wschód od granicy miasta Łowicz i na północ od granicy gminy Nieborów w powiecie łowickim,
- gminy Cielądz, Rawa Mazowiecka z miastem Rawa Mazowiecka w powiecie rawskim,
- gminy Bolimów, Głuchów, Godzianów, Lipce Reymontowskie, Maków, Nowy Kawęczyn, Skierniewice, Słupia w powiecie skierniewickim,
- powiat miejski Skierniewice,
- gminy Mniszków, Paradyż, Sławno i Żarnów w powiecie opoczyńskim,
- gminy Czerniewice, Inowódz, Lubochnia, Rzeczyca, Tomaszów Mazowiecki z miastem Tomaszów Mazowiecki i Zelechlinek w powiecie tomaszowskim,
- gmina Aleksandrów w powiecie piotrkowskim,
- gmina Goszczanów w powiecie sieradzkim,

w województwie pomorskim:

- gminy Ostaszewo, miasto Krynica Morska oraz część gminy Nowy Dwór Gdański położona na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 55 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 7, następnie przez drogę nr 7 i S7 biegnącą do zachodniej granicy gminy w powiecie nowodworskim,
- gminy Lichnowy, Miłoradz, Nowy Staw, Malbork z miastem Malbork w powiecie malborskim,
- gminy Mikołajki Pomorskie, Stary Targ i Sztum w powiecie sztumskim,
- powiat gdański,
- Miasto Gdańsk,
- powiat tczewski,
- powiat kwidzyński,

w województwie lubuskim:

- gminy Przytoczna, Pszczew, Skwierzyna i część gminy Trzciel położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 92 w powiecie międzyrzeckim,
- gminy Lubniewice i Krzeszyce w powiecie sulęcińskim,
- gminy Bogdaniec, Deszczno, Lubiszyn i część gminy Witnica położona na północny - wschód od drogi biegnącej od zachodniej granicy gminy od miejscowości Krzeńnica, przez miejscowości Kamień Wielki - Mościce - Witnica - Kłopotowo do południowej granicy gminy w powiecie gorzowskim,

w województwie dolnośląskim:

- gmina Warta Bolesławiecka, miasto Bolesławiec, część gminy wiejskiej Bolesławiec położona na południe od linii wyznaczonej przez drogi nr A18 i 18, część gminy Osiecznica położona na południe od drogi nr 18 w powiecie bolesławieckim,
- gmina Chojnów w powiecie legnickim,
- gmina Zagrodno w powiecie złototoryjskim,
- gmina Węgliniec w powiecie zgorzeleckim,
- gmina Chocianów w powiecie polkowickim,
- gmina Góra , Wąsosz, część gminy Niechlów położona na północny - wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Barycz i część gminy Jemielno położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 323 w powiecie górskim,
- gmina Wińsko w powiecie wołowskim,
- gminy Ścinawa i Lubin z miastem Lubin w powiecie lubińskim,

w województwie wielkopolskim:

- gminy Krzemieniewo, Osieczna, Rydzyna, część gminy Lipno położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5, część gminy Święciechowa położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5 w powiecie leszczyńskim,
- powiat miejski Leszno,
- gminy Międzychód, część gminy Sieraków położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 186 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Lutomek, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 186 w miejscowości Lutomek biegnącą do skrzyżowania z ul. Leśną w miejscowości Lutom i dalej na zachód od ul. Leśnej do wschodniej granicy gminy, część gminy Kwilcz położona na zachód linii wyznaczonej przez drogę nr 186 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 24, następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 24 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 186 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pólko, i dalej na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od miejscowości Pólko przez miejscowość Wituchowo do południowej granicy gminy, w powiecie międzychodzkiem,

- gminy Lwówek, Kuślin, Opalenica, część gminy Miedzichowo położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 92, część gminy Nowy Tomyśl położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 305 w powiecie nowotomyskim,
- gminy Granowo, Grodzisk Wielkopolski i część gminy Kamieniec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 308 w powiecie grodziskim,
- gminy Czempin, Kościan i miasto Kościan, Krzywiń, część gminy Śmigiel położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5 w powiecie kościańskim,
- powiat miejski Poznań,
- gminy Buk, Dopiewo, Komorniki, Tarnowo Podgórne, Stęszew, Swarzędz, Pobiedziska, Czerwonak, Mosina, miasto Luboń, miasto Puszczykowo i część gminy Kórnik położona na zachód od linii wyznaczonych przez drogi: nr S11 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 434 i drogę nr 434 biegnącą od tego skrzyżowania do południowej granicy gminy, część gminy Rokietnica położona na południowy zachód od linii kolejowej biegnącej od północnej granicy gminy w miejscowości Krzyszkowo do południowej granicy gminy w miejscowości Kiekrz oraz część gminy wiejskiej Murowana Goślina położona na południe od linii kolejowej biegnącej od północnej granicy miasta Murowana Goślina do północno-wschodniej granicy gminy w powiecie poznańskim,
- gmina Kiszkowo i część gminy Klecko położona na zachód od rzeki Mała Wełna w powiecie gnieźnieńskim,
- gminy Lubasz, Czarnków z miastem Czarnków, część gminy Połajewo na położona na północ od drogi łączącej miejscowości Chraplewo, Tarnówko-Boruszyn, Krosin, Jakubowo, Połajewo - ul. Ryczywolska do północno-wschodniej granicy gminy oraz część gminy Wieleń położona na południe od linii kolejowej biegnącej od wschodniej granicy gminy przez miasto Wieleń i miejscowość Herburtowo do zachodniej granicy gminy w powiecie czarnkowsko-trzcianeckim,
- gmina Kaźmierz część gminy Duszniki położona na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 306 biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Duszniki, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez ul. Niewierską oraz drogę biegnącą przez miejscowość Niewierz do zachodniej granicy gminy, część gminy Ostroróg, położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 186 i 184 biegnące od granicy gminy do miejscowości Ostroróg, a następnie od miejscowości Ostroróg przez miejscowości Piaskowo – Rudki do południowej granicy gminy, część gminy Wronki położona na północ od linii wyznaczonej przez drogi nr 182 i 186, miasto Szamotuły i część gminy Szamotuły położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 306 do linii wyznaczonej przez wschodnią granicę miasta Szamotuły i na południe od linii kolejowej biegnącej od południowej granicy miasta Szamotuły, do południowo-wschodniej granicy gminy oraz część gminy Obrzycko położona na zachód od drogi nr 185 łączącej miejscowości Gaj Mały, Słapanowo i Obrzycko do północnej granicy miasta Obrzycko, a następnie na zachód od drogi przebiegającej przez miejscowość Chraplewo w powiecie szamotulskim,
- gmina Budzyń w powiecie chodzieskim,
- gminy Mieścisko, Skoki i Wągrowiec z miastem Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,
- powiat pleszewski,
- gmina Zagórów w powiecie słupeckim,
- gmina Pyzdry w powiecie wrzesińskim,
- gminy Kotlin, Żerków i część gminy Jarocin położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr S11 i 15 w powiecie jarocińskim,
- gmina Rozdrażew, część gminy Koźmin Wielkopolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 15, część gminy Krotoszyn położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 15 oraz na wschód od granic miasta Krotoszyn w powiecie krotoszyńskim,
- gminy Nowe Skalmierzyce, Raszków, Ostrów Wielkopolski z miastem Ostrów Wielkopolski w powiecie ostrowskim,
- powiat miejski Kalisz,

- gminy Blizanów, Żelazków, Godziesze Wielkie, Koźminek, Lisków, Opatówek, Szczytniki, część gminy Stawiszyn położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 25 biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Zbiersk, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Zbiersk – Łyczyn – Petryki biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 25 do południowej granicy gminy, część gminy Ceków-Kolonia położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Młynisko – Morawin – Janków w powiecie kaliskim,
- gminy Brudzew, Dobra, Kawęczyn, Przykona, Władysławów, Turek z miastem Turek część gminy Tuliszków położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 72 biegnącej od wschodniej granicy gminy do miasta Turek a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 443 biegnącej od skrzyżowania z drogą nr 72 w mieście Turek do zachodniej granicy gminy w powiecie tureckim,
- gminy Rzgów, Grodziec, Krzymów, Stare Miasto, część gminy Rychwał położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 25 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Rychwał, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 443 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 25 w miejscowości Rychwał do wschodniej granicy gminy w powiecie konińskim,

w województwie zachodniopomorskim:

- część gminy Dębno położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 126 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 23 w miejscowości Dębno, następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 23 do skrzyżowania z ul. Jana Pawła II w miejscowości Cychry, następnie na północ od ul. Jana Pawła II do skrzyżowania z ul. Ogrodową i dalej na północ od linii wyznaczonej przez ul. Ogrodową, której przedłużenie biegnie do wschodniej granicy gminy w powiecie myśliborskim,
- gminy Trzcianko – Zdrój, Widuchowa, część gminy Chojna położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 26 biegnącą od zachodniej granicy gminy do miejscowości Chojna, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 31 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 26 do południowej granicy gminy, w powiecie gryfińskim.

## 8. Słowakei

Die folgenden Sperrzonen I in der Slowakei:

- the whole district of Humenné, except municipalities included in part II,
- the whole district of Snina,
- the whole district of Medzilaborce
- the whole district of Stropkov
- the whole district of Svidník, except municipalities included in part II,
- the whole district of whole Kežmarok,
- the whole district of Poprad,
- in the district of Veľký Krtíš, the municipalities of Čebovce, Horné Príbelce, Dolné Príbelce, Nenince, Bátorová, Opatovská Nova Ves, Kosihovce, Seľany, Kamenné Kosihy, Trebušovce, Lesenice, Chrástice, Slovenské Ďarmoty, Malá Čalomia, Koláre, Veľká Čalomia, Kosihy nad Ipľom, Dolinka, Ďurkovce, Širakov, Opava, Čelovce, Vieska, Vinica, Kleňany, Sečianky, Veľká nad Ipľom, Balog nad Ipľom, Hrušov,
- the whole district of Krupina, except municipalities included in part II,
- the whole district of Banská Bystrica, except municipalities included in part II,
- in the district of Liptovský Mikuláš, the municipalities of Východná, Kráľova Lehota, Nižná Boca, Vyšná Boca, Malužiná, Liptovská Porúbka, Liptovský Ján, Uhorská Ves, Podtureň, Ilanovo, Závažná Poruba, Benice, Palúdzka, Bodice, Demänová, Ploštín, Pavčina Lehota, Demänovská Dolina, Gôtovany, Galovany, Svätý Kríž, Lazisko, Dúbrava, Bendice, Malatíny, Vlchy, Krmeš, Sokolče, Liptovské Kľačany, Partizánska Ľupča,
- In the district of Ružomberok, the municipalities of Liptovská Lužná, Liptovská Osada, Podsuchá, Ludrová, Štiavnička, Liptovská Štiavnica, Nižný Sliač, Liptovské Sliače,
- the whole district of Banská Stiaavnica,
- the whole district of Žiar nad Hronom.

## TEIL II

**1. Bulgarien**

Die folgenden Sperrzonen II in Bulgarien:

- the whole region of Haskovo,
- the whole region of Yambol,
- the whole region of Stara Zagora,
- the whole region of Pernik,
- the whole region of Kyustendil,
- the whole region of Plovdiv,
- the whole region of Pazardzhik,
- the whole region of Smolyan,
- the whole region of Dobrich,
- the whole region of Sofia city,
- the whole region of Sofia Province,
- the whole region of Blagoevgrad,
- the whole region of Razgrad,
- the whole region of Kardzhali,
- the whole region of Burgas excluding the areas in Part III,
- the whole region of Varna excluding the areas in Part III,
- the whole region of Silistra, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Ruse, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Veliko Tarnovo, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Pleven, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Targovishte, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Shumen, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Sliven, excluding the areas in Part III,
- the whole region of Vidin, excluding the areas in Part III.

**2. Deutschland**

Die folgenden Sperrzonen II in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

- Landkreis Oder-Spree:
  - Gemeinde Grunow-Dammendorf,
  - Gemeinde Mixdorf
  - Gemeinde Schlaubetal,
  - Gemeinde Neuzelle,
  - Gemeinde Neißemünde,
  - Gemeinde Lawitz,
  - Gemeinde Eisenhüttenstadt,
  - Gemeinde Vogelsang,
  - Gemeinde Ziltendorf,
  - Gemeinde Wiesenau,
  - Gemeinde Friedland,
  - Gemeinde Siehdichum
  - Gemeinde Müllrose,

- Gemeinde Groß Lindow,
- Gemeinde Brieskow-Finkenheerd,
- Gemeinde Ragow-Merz,
- Gemeinde Beeskow,
- Gemeinde Rietz-Neuendorf mit den Gemarkungen Groß Rietz und Birkholz,
- Gemeinde Tauche mit den Gemarkungen Stremmen, Ranzig, Trebatsch, Sabrodt, Sawall, Mitweide und Tauche,
- Landkreis Dahme-Spreewald:
  - Gemeinde Jamlitz,
  - Gemeinde Lieberose,
  - Gemeinde Schwielochsee mit den Gemarkungen Goyatz, Jessern, Lamsfeld, Ressen, Speichrow und Zaue,
- Landkreis Spree-Neiße:
  - Gemeinde Schenkendöbern mit den Gemarkungen Stakow, Reicherskreuz, Groß Drewitz, Sembten, Lauschütz, Krayne, Lübbinchen, Grano, Pinnow, Bärenklau, Schenkendöbern und Atterwasch,
  - Gemeinde Guben mit den Gemarkungen Bresinchen, Guben und Deulowitz,
  - Gemeinde Forst (Lausitz) mit den Gemarkungen Groß Bademeusel und Klein Bademeusel,
  - Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf mit der Gemarkung Groß Schacksdorf,
  - Gemeinde Neiße-Malxetal mit den Gemarkungen Preschen und Jerischke,
  - Gemeinde Döbern,
  - Gemeinde Jämlitz-Klein Düben,
  - Gemeinde Tschernitz mit der Gemarkung Tschernitz,
- Landkreis Märkisch-Oderland:
  - Gemeinde Zechin,
  - Gemeinde Bleyen-Genschmar,
  - Gemeinde Neuhardenberg,
  - Gemeinde Golzow,
  - Gemeinde Küstriner Vorland,
  - Gemeinde Alt Tucheband,
  - Gemeinde Reitwein,
  - Gemeinde Podelzig,
  - Gemeinde Letschin,
  - Gemeinde Gusow-Platkow,
  - Gemeinde Seelow,
  - Gemeinde Vierlinden,
  - Gemeinde Lindendorf mit den Gemarkungen Sachsendorf, Libbenichen und Dolgeln – östlich der B 167,
  - Gemeinde Fichtenhöhe mit der Gemarkung Carzig – östlich der B 167,
  - Gemeinde Lebus,
  - Gemeinde Müncheberg mit den Gemarkungen Jahnsfelde, Trebnitz, Obersdorf, Münchehofe und Hermersdorf,
  - Gemeinde Märkische Höhe mit der Gemarkung Rindenwalde,
  - Gemeinde Bliesdorf mit der Gemarkung Metzdorf,
  - Gemarkung Neutrebbin mit den Gemarkungen Wuschewier, Altbarnim, Neutrebbin, Alltrebbin östlich der L 34 und Altlewin östlich der L 34 und südwestlich der L 33,

- kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder),
- Bundesland Sachsen:
- Landkreis Görlitz:
  - Gemeinde Bad Muskau,
  - Gemeinde Boxberg/O.L. östlich des Straßenverlaufes K8472 bis Kaschel – S121 – Jahmen –Dürrbacher Straße – K8472 – Eselsberg – S131 – Boxberg – K 8481,
  - Gemeinde Gablenz,
  - Gemeinde Görlitz nördlich der Bundesautobahn A4,
  - Gemeinde Groß Düben südlich des Straßenverlaufes S126 – Halbendorf – K8478,
  - Gemeinde Hähnichen,
  - Gemeinde Hohendubrau östlich des Straßenverlaufes der Verbindungsstraße Buchholz-Gebelzig – S55,
  - Gemeinde Horka
  - Gemeinde Kodersdorf nördlich der Bundesautobahn A4,
  - Gemeinde Krauschwitz i.d. O.L.,
  - Gemeinde Kreba-Neudorf,
  - Gemeinde Mücka östlich des Straßenverlaufes S55 - K8471 - Förstgen - K8472,
  - Gemeinde Neißeaue,
  - Gemeinde Niesky,
  - Gemeinde Quitzdorf am See,
  - Gemeinde Rietschen,
  - Gemeinde Rothenburg/ O.L.,
  - Gemeinde Schleife östlich des Straßenverlaufes S130 – S126,
  - Gemeinde Schöpstal nördlich der Bundesautobahn A4,
  - Gemeinde Trebendorf östlich der K8481,
  - Gemeinde Vierkirchen nördlich der Bundesautobahn A4 und östlich der Verbindungsstraße Buchholz-Gebelzig,
  - Gemeinde Waldhufen nördlich der Bundesautobahn A4,
  - Gemeinde Weißkeißel,
  - Gemeinde Weißwasser/O.L. östlich der K8481.

### 3. Estland

Die folgenden Sperrzonen II in Estland:

- Eesti Vabariik (välja arvatud Hiiu maakond).

### 4. Lettland

Die folgenden Sperrzonen II in Lettland:

- Ādažu novads,
- Aizputes novada Aizputes, Cīravas un Lažas pagasts, Kalvenes pagasta daļa uz rietumiem no ceļa pie Vārtājas upes līdz autoceļam A9, uz dienvidiem no autoceļa A9, uz rietumiem no autoceļa V1200, Kazdangas pagasta daļa uz rietumiem no ceļa V1200, P115, P117, V1296, Aizputes pilsēta,
- Aglonas novads,
- Aizkraukles novads,
- Aknīstes novads,
- Alojās novads,
- Alsungas novads,

- Alūksnes novads,
- Amatas novads,
- Apes novads,
- Auces novads,
- Babītes novads,
- Baldones novads,
- Baltinavas novads,
- Balvu novads,
- Bauskas novads,
- Beverīnas novads,
- Brocēnu novads,
- Burtnieku novads,
- Carnikavas novads,
- Cēsu novads
- Cesvaines novads,
- Ciblas novads,
- Dagdas novads,
- Daugavpils novads,
- Dobeles novads,
- Dundagas novads,
- Durbes novads,
- Engures novads,
- Ērgļu novads,
- Garkalnes novads,
- Grobiņas novada Bārtas pagasts,
- Gulbenes novads,
- Iecavas novads,
- Ikšķiles novads,
- Ilūkstes novads,
- Inčukalna novads,
- Jaunjelgavas novads,
- Jaunpiebalgas novads,
- Jaunpils novads,
- Jēkabpils novads,
- Jelgavas novads,
- Kandavas novads,
- Kārsavas novads,
- Ķeguma novads,
- Ķekavas novads,
- Kocēnu novads,
- Kokneses novads,
- Krāslavas novads,
- Krimuldas novads,

- Krustpils novads,
- Kuldīgas novada, Laidu pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa V1296, Padures, Rumbas, Rendas, Kabiles, Vārmes, Pelču, Ēdoles, Īvandes, Kurmāles, Turlavas, Gudenieku un Snēpeles pagasts, Kuldīgas pilsēta,
- Lielvārdes novads,
- Līgatnes novads,
- Limbažu novads,
- Līvānu novads,
- Lubānas novads,
- Ludzas novads,
- Madonas novads,
- Mālpils novads,
- Mārupes novads,
- Mazsalacas novads,
- Mērsraga novads,
- Naukšēnu novads,
- Neretas novads,
- Ogres novads,
- Olaines novads,
- Ozolnieku novads,
- Pārgaujas novads,
- Pāvilostas novada Sakas pagasts, Pāvilostas pilsēta,
- Pļaviņu novads,
- Preiļu novads,
- Priekules novads,
- Priekuļu novads,
- Raunas novads,
- republikas pilsēta Daugavpils,
- republikas pilsēta Jelgava,
- republikas pilsēta Jēkabpils,
- republikas pilsēta Jūrmala,
- republikas pilsēta Rēzekne,
- republikas pilsēta Valmiera,
- Rēzeknes novads,
- Riebiņu novads,
- Rojas novads,
- Ropažu novads,
- Rucavas novada Dunikas pagasts,
- Rugāju novads,
- Rundāles novads,
- Rūjienas novads,
- Salacgrīvas novads,
- Salas novads,
- Salaspils novads,

- Saldus novads,
- Saulkrastu novads,
- Sējas novads,
- Siguldas novads,
- Skrīveru novads,
- Skrundas novada Raņķu pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa V1272 līdz robežai ar Ventas upi, Skrundas pagasta daļa no Skrundas uz ziemeļiem no autoceļa A9 un austrumiem no Ventas upes,
- Smiltenes novads,
- Stopiņu novada daļa, kas atrodas uz austrumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes,
- Strenču novads,
- Talsu novads,
- Tērvetes novads,
- Tukuma novads,
- Vaiņodes novada Vaiņodes pagasts un Embūtes pagasta daļa uz dienvidiem autoceļa P116, P106,
- Valkas novads,
- Varakļānu novads,
- Vārkavas novads,
- Vecpiebalgas novads,
- Vecumnieku novads,
- Ventspils novads,
- Viesītes novads,
- Viļakas novads,
- Viļānu novads,
- Zilupes novads.

## 5. Litauen

Die folgenden Sperrzonen II in Litauen:

- Alytaus miesto savivaldybė,
- Alytaus rajono savivaldybė,
- Anykščių rajono savivaldybė,
- Akmenės rajono savivaldybė,
- Birštono savivaldybė,
- Biržų miesto savivaldybė,
- Biržų rajono savivaldybė,
- Druskininkų savivaldybė,
- Elektrėnų savivaldybė,
- Ignalinos rajono savivaldybė,
- Jonavos rajono savivaldybė,
- Joniškio rajono savivaldybė,
- Jurbarko rajono savivaldybė: Eržvilko, Girdžių, Jurbarko miesto, Jurbarkų, Raudonės, Šimkaičių, Skirsnemunės, Smalininkų, Veliuonos ir Viešvilės seniūnijos,
- Kaišiadorių rajono savivaldybė,

- Kalvarijos savivaldybė,
- Kauno miesto savivaldybė,
- Kauno rajono savivaldybė: Akademijos, Alšėnų, Batniavos, Ežerėlio, Domeikavos, Garliavos, Garliavos apylinkių, Karmėlavos, Kulautuvos, Lapių, Linksmakalnio, Neveronių, Raudondvario, Ringaudų, Rokų, Samylų, Taurakiemio, Vandžiogalos, Užliedžių, Vilkijos, ir Zapyškio seniūnijos, Babtų seniūnijos dalis į rytus nuo kelio A1, ir Vilkijos apylinkių seniūnijos dalis į vakarus nuo kelio Nr. 1907,
- Kazlų rūdos savivaldybė,
- Kelmės rajono savivaldybė,
- Kėdainių rajono savivaldybė: Dotnuvos, Gudžiūnų, Kėdainių miesto, Krakių, Pelėdnagių, Surviliškio, Šėtos, Truskavos, Vilainių ir Josvainių seniūnijos dalis į šiaurę ir rytus nuo kelio Nr. 229 ir Nr. 2032,
- Klaipėdos rajono savivaldybė: Judrėnų, Endriejavo ir Veiviržėnų seniūnijos,
- Kupiškio rajono savivaldybė,
- Kretingos rajono savivaldybė,
- Lazdijų rajono savivaldybė,
- Marijampolės savivaldybė,
- Mažeikių rajono savivaldybė,
- Molėtų rajono savivaldybė,
- Pagėgių savivaldybė,
- Pakruojo rajono savivaldybė,
- Panevėžio rajono savivaldybė,
- Panevėžio miesto savivaldybė,
- Pasvalio rajono savivaldybė,
- Radviliškio rajono savivaldybė,
- Rietavo savivaldybė,
- Prienų rajono savivaldybė,
- Plungės rajono savivaldybė: Žlibinų, Stalgėnų, Nausodžio, Plungės miesto, Šateikių ir Kulių seniūnijos,
- Raseinių rajono savivaldybė: Betygalos, Girkalnio, Kalnujų, Nemaščių, Pagojukų, Paliepių, Raseinių miesto, Raseinių, Šiluvos, Viduklės seniūnijos,
- Rokiškio rajono savivaldybė,
- Skuodo rajono savivaldybės: Aleksandrijos, Ylakių, Lenkimų, Mosėdžio, Skuodo ir Skuodo miesto seniūnijos,
- Šakių rajono savivaldybė,
- Šalčininkų rajono savivaldybė,
- Šiaulių miesto savivaldybė,
- Šiaulių rajono savivaldybė,
- Šilutės rajono savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Šilalės rajono savivaldybė,
- Švenčionių rajono savivaldybė,
- Tauragės rajono savivaldybė,
- Telšių rajono savivaldybė,
- Trakų rajono savivaldybė,
- Ukmergės rajono savivaldybė,

- Utenos rajono savivaldybė,
- Varėnos rajono savivaldybė,
- Vilniaus miesto savivaldybė,
- Vilniaus rajono savivaldybė,
- Vilkaviškio rajono savivaldybė,
- Visagino savivaldybė,
- Zarasų rajono savivaldybė.

## 6. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen II in Ungarn:

- Békés megye 950150, 950250, 950350, 950450, 950550, 950650, 950660, 950750, 950850, 950860, 951050, 951150, 951250, 951260, 951350, 951450, 951460, 951550, 951650, 951750, 952150, 952250, 952350, 952450, 952550, 952650, 953250, 953260, 953270, 953350, 953450, 953550, 953560, 953950, 954050, 954060, 954150, 956250, 956350, 956450, 956550, 956650 és 956750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Borsod-Abaúj-Zemplén megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Fejér megye 403150, 403160, 403260, 404250, 404550, 404560, 405450, 405550, 405650, 406450 és 407050 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Hajdú-Bihar megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Heves megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok megye 750250, 750550, 750650, 750750, 750850, 750970, 750980, 751050, 751150, 751160, 751250, 751260, 751350, 751360, 751450, 751460, 751470, 751550, 751650, 751750, 751850, 751950, 752150, 752250, 752350, 752450, 752460, 752550, 752560, 752650, 752750, 752850, 752950, 753060, 753070, 753150, 753250, 753310, 753450, 753550, 753650, 753660, 753750, 753850, 753950, 753960, 754050, 754150, 754250, 754360, 754370, 754850, 755550, 755650 és 755750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom megye: 250350, 250850, 250950, 251450, 251550, 251950, 252050, 252150, 252350, 252450, 252460, 252550, 252650, 252750, 252850, 252860, 252950, 252960, 253050, 253150, 253250, 253350, 253450 és 253550 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Nógrád megye valamennyi vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest megye 570150, 570250, 570350, 570450, 570550, 570650, 570750, 570850, 570950, 571050, 571150, 571250, 571350, 571650, 571750, 571760, 571850, 571950, 572050, 573550, 573650, 574250, 577250, 580050 és 580150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Szabolcs-Szatmár-Bereg megye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe.

## 7. Polen

Die folgenden Sperrzonen II in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gminy Kalinowo, Stare Juchy, Prostki oraz gmina wiejska Ełk w powiecie ełckim,
- powiat elbląski,
- powiat miejski Elbląg,
- powiat gołdapski,
- powiat piski,
- powiat bartoszycki,
- gminy Biskupiec, Jeziorany, Kolno, część gminy Olsztynek położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr S51 biegnącą od wschodniej granicy gminy do miejscowości Ameryka oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą S51 do północnej granicy gminy, łączącej miejscowości Mańki – Mycyny – Ameryka w powiecie olsztyńskim,
- powiat ostródzki,

- powiat olecki,
  - powiat giżycki,
  - powiat braniewski,
  - powiat kętrzyński,
  - gminy Lubomino i Orneta w powiecie lidzbarskim,
  - gmina Nidzica i część gminy Kozłowo położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie nidzickim,
  - gminy Dźwierzuty, Jedwabno, Pasym, Szczytno i miasto Szczytno i Świętajno w powiecie szczycieńskim,
  - powiat mrągowski,
  - gminy Lubawa, miasto Lubawa, Zalewo, miasto Iława i część gminy wiejskiej Iława położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Szymbark - Ząbrowo - Segnowy - Laseczno - Gulb, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Szymbark - Ząbrowo - Segnowy - Laseczno - Gulb biegnącą do południowej granicy gminy w powiecie iławskim,
  - część gminy wiejskiej Nowe Miasto Lubawskie położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy do miejscowości Lekarty, a następnie na północny -wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Lekarty - Nowy Dwór Bratiański biegnącą do północnej granicy gminy miejskiej Nowe Miasto Lubawskie oraz na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 538, część gminy Grodziczno położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 538 w powiecie nowomiejskim,
  - powiat węgorszewski,
  - część gminy Rybno położona na północ od linii kolejowej, część gminy wiejskiej Działdowo położona na północ od linii wyznaczonej przez linie kolejowe biegnące od wschodniej do zachodniej granicy gminy w powiecie działdowskim,
- w województwie podlaskim:
- powiat bielski,
  - powiat grajewski,
  - powiat moniecki,
  - powiat sejneński,
  - gminy Łomża, Piątnica, Jedwabne, Przytuły i Wizna w powiecie łomżyńskim,
  - powiat miejski Łomża,
  - powiat siemiatycki,
  - powiat hajnowski,
  - gminy Ciechanowiec, Klukowo, Szepietowo, Kobylin-Borzymy, Nowe Piekuty, Sokoły i część gminy Kulesze Kościelne położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie wysokomazowieckim,
  - gmina Rutki i część gminy Kołaki Kościelne położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie zambrowskim,
  - gminy Mały Potok i Stawiski w powiecie kolneńskim,
  - powiat białostocki,
  - powiat suwalski,
  - powiat miejski Suwałki,
  - powiat augustowski,
  - powiat sokólski,
  - powiat miejski Białystok,

w województwie mazowieckim:

- gminy Domanice, Korczew, Kotuń, Mordy, Paprotnia, Przesmyki, Siedlce, Skórzec, Wiśniew, Wodynie, Zbuczyn w powiecie siedleckim,
- powiat miejski Siedlce,
- gminy Ceranów, Jabłonna Lacka, Kosów Lacki, Repki, Sabnie, Sterdyń w powiecie sokołowskim,
- powiat łosicki,
- powiat sochaczewski,
- gminy Policzna, Przyłęk, Tczów i Zwoleń w powiecie zwoleńskim,
- powiat kozienicki,
- gminy Chotcza i Solec nad Wisłą w powiecie lipskim,
- gminy Gózd, Jastrzębia, Jedlnia Letnisko, Pionki z miastem Pionki, Skaryszew, Jedlińsk, Przytyk, Zakrzew, część gminy Iłża położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9, część gminy Wolanów położona na północ od drogi nr 12 w powiecie radomskim,
- gminy Bodzanów, Słubice, Wyszogród i Mała Wieś w powiecie plockim,
- powiat nowodworski,
- gminy Czerwińsk nad Wisłą, Naruszewo, Załuski w powiecie płońskim,
- gminy: miasto Kobyłka, miasto Marki, miasto Ząbki, miasto Zielonka w powiecie wołomińskim,
- gminy Borowie, Garwolin z miastem Garwolin, Miastków Kościelny, Parysów, Pilawa, część gminy Wilga położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Wilga biegnącą od wschodniej granicy gminy do ujścia do rzeki Wisły, część gminy Górzno położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Łąki i Górzno biegnącą od wschodniej granicy gminy, następnie od miejscowości Górzno na północ od drogi nr 1328W biegnącej do drogi nr 17, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą
- od drogi nr 17 do zachodniej granicy gminy przez miejscowości Józefów i Kobyła Wola w powiecie garwolińskim,
- gminy Boguty – Pianki, Zaręby Kościelne, Nur i część gminy Małkinia Górna położona na południe od rzeki Brok w powiecie ostrowskim,
- gminy Chlewiska i Szydłowiec w powiecie szydłowieckim,
- gminy Ceglów, Dębe Wielkie, Halinów, Latowicz, Mińsk Mazowiecki i miasto Mińsk Mazowiecki, Mrozy, Siennica, miasto Sulejówek w powiecie mińskim,
- powiat otwocki,
- powiat warszawski zachodni,
- powiat legionowski,
- powiat piaseczyński,
- powiat pruszkowski,
- powiat grójecki,
- powiat grodziski,
- powiat żyrardowski,
- powiat białobrzegi,
- powiat przysuski,
- powiat miejski Warszawa,

w województwie lubelskim:

- powiat bialski,

- powiat miejski Biąła Podlaska,
  - gminy Batorz, Godziszów, Janów Lubelski, Modliborzycze i Potok Wielki w powiecie janowskim,
  - gminy Janowiec, Kazimierz Dolny, Końskowola, Kurów, Markuszów, Nałęczów, Puławy z miastem Puławy, Wąwolnica i Żyrzyn w powiecie puławskim,
  - gminy Nowodwór, miasto Dęblin i część gminy Ryki położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową powiecie ryckim,
  - gminy Adamów, Krzywda, Stoczek Łukowski z miastem Stoczek Łukowski, Wola Mysłowska, Trzebieszów, Stanin, Wojcieszków, gmina wiejska Łuków i miasto Łuków w powiecie łukowskim,
  - powiat lubelski,
  - powiat miejski Lublin,
  - gminy Niedźwiada, Ostrówek, Ostrów Lubelski, Serniki, Uścimów i Lubartów z miastem Lubartów w powiecie lubartowskim,
  - powiat łęczyński,
  - powiat świdnicki,
  - gminy Fajslawice, Gorzków, Izbica, Krasnystaw z miastem Krasnystaw, Kraśniczyn, Łopiennik Górny, Siennica Różana i część gminy Żółkiewka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 842 w powiecie krasnostawskim,
  - gminy Chełm, Ruda – Huta, Sawin, Rejowiec, Rejowiec Fabryczny z miastem Rejowiec Fabryczny, Siedliszcze, Wierzbica, Żmudź, Dorohusk, Dubienka, Kamień, Leśniowice, Wojsławice w powiecie chełmskim,
  - powiat miejski Chełm,
  - powiat kraśnicki,
  - powiat opolski,
  - powiat parczewski,
  - powiat włodawski,
  - powiat radzyński,
  - powiat miejski Zamość,
  - gminy Sitno, Skierbieszów, Stary Zamość, Zamość w powiecie zamojskim
- w województwie podkarpackim:
- powiat stalowowolski,
  - gminy Oleszyce, Lubaczów z miastem Lubaczów, Wielkie Oczy w powiecie lubaczowskim,
  - część gminy Kamień położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19, część gminy Sokołów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 875 w powiecie rzeszowskim,
  - gminy Cmolas i Majdan Królewski w powiecie kolbuszowskim,
  - gminy Grodzisko Dolne, część gminy wiejskiej Leżajsk położona na południe od miasta Leżajsk oraz na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę San, w powiecie leżajskim,
  - gmina Jarocin, część gminy Harasiuki położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 1048 R, część gminy Ulanów położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Tanew, część gminy Nisko położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19 oraz na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 19, część gminy Jeżowe położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19 w powiecie niżańskim,
  - powiat tarnobrzeski,

- część gminy wiejskiej Przeworsk położona na zachód od miasta Przeworsk i na zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 biegnącą od granicy z gminą Tryńcza do granicy miasta Przeworsk, część gminy Zarzecze położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1594R biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Zarzecze oraz na południe od linii wyznaczonej przez drogi nr 1617R oraz 1619R biegnącą do południowej granicy gminy oraz na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Mlecza w powiecie przeworskim,

w województwie pomorskim:

- gminy Dzierzgoń i Stary Dzierzgoń w powiecie sztumskim,

- gmina Stare Pole w powiecie malborskim,

gminy Stegny, Sztutowo i część gminy Nowy Dwór Gdański położona na północny - wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 55 biegnącą od południowej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 7, następnie przez drogę nr 7 i S7 biegnącą do zachodniej granicy gminy w powiecie nowodworskim,

w województwie świętokrzyskim:

- gmina Tarłów i część gminy Ożarów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 74 w powiecie opatowskim,

- część gminy Brody położona na zachód od linii kolejowej biegnącej od miejscowości Marcule i od północnej granicy gminy przez miejscowości Klepacze i Karczma Kunowska do południowej granicy gminy oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9 i na północny - wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 0618T biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania w miejscowości Lipie oraz przez drogę biegnącą od miejscowości Lipie do wschodniej granicy gminy i część gminy Mirzec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 744 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Tychów Stary a następnie przez drogę nr 0566T biegnącą od miejscowości Tychów Stary w kierunku północno - wschodnim do granicy gminy w powiecie starachowickim,

- gmina Gowarczów, część gminy Końskie położona na wschód od linii kolejowej, część gminy Stąporków położona na północ od linii kolejowej w powiecie koneckim,

w województwie lubuskim:

- powiat wschowski,

- gmina Kostrzyn nad Odrą i część gminy Witnica położona na południowy zachód od drogi biegnącej od zachodniej granicy gminy od miejscowości Krześnica, przez miejscowości Kamień Wielki - Mościce - Witnica - Kłopotowo do południowej granicy gminy w powiecie gorzowskim,

- gminy Gubin z miastem Gubin, Maszewo i część gminy Bytnica położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1157F w powiecie krośnieńskim,

- powiat słubicki,

- gminy Słońsk, Sulęcín i Torzym w powiecie sulęcińskim,

- gminy Bledzew i Międzyrzecz w powiecie międzyrzeckim,

- gminy Kolsko, część gminy Kozuchów położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę 283 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 290 i na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 290 biegnącej od miasta Mirocín Dolny do zachodniej granicy gminy, część gminy Bytom Odrzański położona na północny zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr 293 i 326, część gminy Nowe Miasteczko położona na zachód od linii wyznaczonych przez drogi 293 i 328, część gminy Siedlisko położona na północny zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od rzeki Odry przy południowej granicy gminy do drogi nr 326 łączącej się z drogą nr 325 biegnącą w kierunku miejscowości Różanówka do skrzyżowania z drogą nr 321 biegnącą od tego skrzyżowania w kierunku miejscowości Bielawy, a następnie przedłużoną przez drogę przeciwpożarową biegnącą od drogi nr 321 w miejscowości Bielawy do granicy gminy w powiecie nowosolskim,

gminy Nowogród Bobrzański, Trzebiechów, część gminy Bojadła położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 278 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 282 i na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 282 biegnącej od miasta Bojadła do zachodniej granicy gminy, część gminy Sulechów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S3 oraz na południe od linii wyznaczonej przez drogę

łącząca miejscowości Kępsko - Buków biegnącą od zachodniej granicy gminy do miejscowości Buków, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Buków – Miłkowo biegnącą od miejscowości Buków do północnej granicy gminy w powiecie zielonogórskim,

- powiat żarski,
- gminy Brzeźnica, Iłowa, Małomice, Szprotawa, Wymiarki, Żagań, miasto Żagań, miasto Gozdnicza, część gminy Niegosławice położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 328 w powiecie żagańskim,
- gmina Łągów, część gminy Lubrza położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A2 i część gminy Świebodzin położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A2w powiecie świebodzińskim,

w województwie dolnośląskim:

- gmina Pęcław, część gminy Kotla położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Krzycki Rów, część gminy wiejskiej Głogów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr 12, 319 oraz 329, część miasta Głogów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie głogowskim,
- gminy Grębocice, Polkowice, część gminy Przemków położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie polkowickim,
- gmina Gromadka, część gminy wiejskiej Bolesławiec położona na północ od linii wyznaczonej przez drogi nr A18 i 18, część gminy Osiecznica położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 18 w powiecie bolesławickim,
- gmina Rudna w powiecie lubińskim,
- część gminy Niechlów położona na południowy – zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Barycz, część gminy Jemięlna położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 323 w powiecie górowskim,

w województwie wielkopolskim:

- gminy Przemęt i Wolsztyn w powiecie wolsztyńskim,
- gmina Wielichowo część gminy Kamieniec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 308 i część gminy Rakoniewice położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 305 w powiecie grodziskim,
- gminy Wijewo, Włoszakowice, część gminy Lipno położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5 i część gminy Święciechowa położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5 w powiecie leszczyńskim,
- część gminy Śmigiel położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5, w powiecie kościańskim,
- powiat obornicki,
- część gminy Połajewo na położona na południe od drogi łączącej miejscowości Chraplewo, Tarnówko-Boruszyn, Krosin, Jakubowo, Połajewo - ul. Ryczywolska do północno-wschodniej granicy gminy w powiecie czarnkowsko-trzcianeckim
- gmina Suchy Las, część gminy wiejskiej Murowana Goślina położona na północ od linii kolejowej biegnącej od północnej granicy miasta Murowana Goślina do północno-wschodniej granicy gminy oraz część gminy Rokietnica położona na północ i na wschód od linii kolejowej biegnącej od północnej granicy gminy w miejscowości Krzyszkowo do południowej granicy gminy w miejscowości Kiekrz w powiecie poznańskim,
- gmina Pniewy, część gminy Duszniki położona na północny – zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 306 biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Duszniki, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez ul. Niewierską oraz drogę biegnącą przez miejscowość Niewierz do zachodniej granicy gminy, część gminy Ostroróg położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 186 i 184 biegnące od granicy gminy do miejscowości Ostroróg, a następnie od miejscowości Ostroróg przez miejscowości Piaskowo – Rudki do południowej granicy gminy, część gminy Wronki położona na południe od linii wyznaczonej przez drogi nr 182 i 186, część gminy Szamotuły położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 306 oraz na wschód od

wschodniej granicy miasta Szamotuły i na północ od linii kolejowej biegnącej od południowej granicy miasta Szamotuły do południowo-wschodniej granicy gminy oraz część gminy Obrzycko położona na wschód od drogi nr 185 łączącej miejscowości Gaj Mały, Słopanowo i Obrzycko do północnej granicy miasta Obrzycko, a następnie na wschód od drogi przebiegającej przez miejscowość Chraplewo w powiecie szamotulskim,

- część gminy Sieraków położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 186 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Lutomek, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 186 w miejscowości Lutomek biegnącą do skrzyżowania z ul. Leśną w miejscowości Lutom i dalej na wschód od ul. Leśnej biegnącej do wschodniej granicy gminy, część gminy Kwilcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 186 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 24, następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 24 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 186 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pólko, i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od miejscowości Pólko przez miejscowość Wituchowo do południowej granicy gminy w powiecie międzychodzkiem,
- mina Malanów, część gminy Tuliszków położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 72 biegnącej od wschodniej granicy gminy do miasta Turek, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 443 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 72 w mieście Turek do zachodniej granicy gminy w powiecie tureckim,
- część gminy Rychwał położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 25 biegnącą od południowej granicy gminy do miejscowości Rychwał, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 443 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 25 w miejscowości Rychwał do wschodniej granicy gminy w powiecie konińskim,

gmina Mycielin, część gminy Stawiszyn położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 25 biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Zbiersk, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Zbiersk – Łyczyn – Petryki biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 25 do południowej granicy gminy, część gminy Ceków-Kolonia położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Młynisko – Morawin - Janków w powiecie kaliskim,

w województwie łódzkim:

- gminy Białaczów, Drzewica, Opoczno i Poświętne w powiecie opoczyńskim,
- gminy Biała Rawska, Regnów i Sadkowice w powiecie rawskim,
- gmina Kowiesy w powiecie skierniewickim,

w województwie zachodniopomorskim:

- gmina Boleszkowice i część gminy Dębno położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 126 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 23 w miejscowości Dębno, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 23 do skrzyżowania z ul. Jana Pawła II w miejscowości Cychry, następnie na południe od ul. Jana Pawła II do skrzyżowania z ul. Ogrodową i dalej na południe od linii wyznaczonej przez ul. Ogrodową, której przedłużenie biegnie do wschodniej granicy gminy w powiecie myśliborskim,
- gminy Cedynia, Mieszkowice, Moryń, część gminy Chojna położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 26 biegnącą od zachodniej granicy gminy do miejscowości Chojna, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 31 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 26 do południowej granicy gminy w powiecie gryfińskim.

## 8. Słowakei

Die folgenden Sperrzonen II in der Slowakei:

- the whole district of Gelnica,
- the whole district of Spišská Nová Ves,
- the whole district of Levoča,
- in the whole district of Michalovce,
- the whole district of Košice-okolie,
- the whole district of Rožnava,

- the whole city of Košice,
- the whole district of Sobrance,
- the whole district of Vranov nad Topľou,
- in the district of Humenné the whole municipalities of Hudcovce, Brekov, Jasenov, Ptičie, Chlmec, Porúbka, Hadžim nad Cirochou, Humenné, Kamenica nad Cirochou, Kamienska, Lieskovec, Modra nad Cirochou, Myslina, Valaškovce, Topoľovka, Závadka,
- the whole district of Prešov,
- in the whole district of Sabinov,
- in the district of Svidník, the whole municipalities of Dukovce, Želmanovce, Kuková, Kalnište, Lužany pri Ondave, Lúčka, Giraltovec, Kračúnovce, Železník, Kobylnice, Mičakovce,
- the whole district of Bardejov,
- the whole district of Stará Ľubovňa,
- the whole district of Revúca,
- the whole district of Rimavská Sobota,
- in the district of Veľký Krtíš, the whole municipalities not included in part I
- the whole district of Lučenec,
- the whole district of Poltár
- the whole district of Zvolen,
- the whole district of Detva,
- in the district of Krupina the whole municipalities of Senohrad, Horné Mladonice, Dolné Mladonice, Čekovce, Lackov,
- In the district of Banská Bystrica, the whole municipalities of Kremnička, Malachov, Badín, Vlkanová, Hronsek, Horná Mičiná, Dolná Mičiná, Mólča Oravce, Čačín, Čerín, Bečov, Sebedín, Dúbravica, Hrochof, Poniky, Strelníky, Povrazník, Ľubietová, Brusno, Banská Bystrica,
- the whole district of Brezno.

## TEIL III

**1. Bulgarien**

Die folgenden Sperrzonen III in Bulgarien:

- the whole region of Gabrovo,
- the whole region of Lovech,
- the whole region of Montana,
- the Pleven region:
  - the whole municipality of Belene
  - the whole municipality of Gulyantzi
  - the whole municipality of Dolna Mitropolia
  - the whole municipality of Dolni Dabnik
  - the whole municipality of Iskar
  - the whole municipality of Knezha
  - the whole municipality of Nikopol
  - the whole municipality of Pordim
  - the whole municipality of Cherven bryag,
- the Ruse region:
  - the whole municipality of Dve mogili,

- the Shumen region:
  - the whole municipality of Veliki Preslav,
  - the whole municipality of Venetz,
  - the whole municipality of Varbitza,
  - the whole municipality of Kaolinovo,
  - the whole municipality of Novi pazar,
  - the whole municipality of Smyadovo,
  - the whole municipality of Hitrino,
- the Silistra region:
  - the whole municipality of Alfatar,
  - the whole municipality of Glavnitza,
  - the whole municipality of Dulovo
  - the whole municipality of Kaynardzha,
  - the whole municipality of Tutrakan,
- the Sliven region:
  - the whole municipality of Kotel,
  - the whole municipality of Nova Zagora,
  - the whole municipality of Tvarditza,
- the Targovishte region:
  - the whole municipality of Antonovo,
  - the whole municipality of Omurtag,
  - the whole municipality of Opaka,
- the Vidin region,
  - the whole municipality of Belogradchik,
  - the whole municipality of Boynitza,
  - the whole municipality of Bregovo,
  - the whole municipality of Gramada,
  - the whole municipality of Dimovo,
  - the whole municipality of Kula,
  - the whole municipality of Makresh,
  - the whole municipality of Novo selo,
  - the whole municipality of Ruzhintzi,
  - the whole municipality of Chuprene,
- the Veliko Tarnovo region:
  - the whole municipality of Veliko Tarnovo,
  - the whole municipality of Gorna Oryahovitza,
  - the whole municipality of Elena,
  - the whole municipality of Zlataritza,
  - the whole municipality of Lyaskovetz,
  - the whole municipality of Pavlikeni,
  - the whole municipality of Polski Trambesh,
  - the whole municipality of Strazhitza,
  - the whole municipality of Suhindol,

- the whole region of Vratza,
- in Varna region:
  - the whole municipality of Avren,
  - the whole municipality of Beloslav,
  - the whole municipality of Byala,
  - the whole municipality of Dolni Chiflik,
  - the whole municipality of Devnya,
  - the whole municipality of Dalgopol,
  - the whole municipality of Provadia,
  - the whole municipality of Suvorovo,
  - the whole municipality of Varna,
  - the whole municipality of Vetrino,
- in Burgas region:
  - the whole municipality of Burgas,
  - the whole municipality of Kameno,
  - the whole municipality of Malko Tarnovo,
  - the whole municipality of Primorsko,
  - the whole municipality of Sozopol,
  - the whole municipality of Sredets,
  - the whole municipality of Tsarevo,
  - the whole municipality of Sungurlare,
  - the whole municipality of Ruen,
  - the whole municipality of Aytos.

## 2. Italien

Die folgenden Sperrzonen III in Italien:

- tutto il territorio della Sardegna.

## 3. Lettland

Die folgenden Sperrzonen III in Lettland:

- Aizputes novada Kalvenes pagasta daļa uz austrumiem no ceļa pie Vārtājas upes līdz autoceļam A9, uz ziemeļiem no autoceļa A9, uz austrumiem no autoceļa V1200, Kazdangas pagasta daļa uz austrumiem no ceļa V1200, P115, P117, V1296,
- Kuldīgas novada, Laidu pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa V1296,
- Skrundas novada Rudbāržu, Nīkrāces pagasts, Raņķu pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa V1272 līdz robežai ar Ventas upi, Skrundas pagasts (izņemot pagasta daļa no Skrundas uz ziemeļiem no autoceļa A9 un austrumiem no Ventas upes), Skrundas pilsēta,
- Vaiņodes novada Embūtes pagasta daļa uz ziemeļiem autoceļa P116, P106.

## 4. Litauen

Die folgenden Sperrzonen III in Litauen:

- Jurbarko rajono savivaldybė: Seredžiaus ir Juodaičių seniūnijos,
- Kauno rajono savivaldybė: Čekiškės seniūnija, Babtų seniūnijos dalis į vakarus nuo kelio A1 ir Vilkių apylinkių seniūnijos dalis į rytus nuo kelio Nr. 1907,
- Kėdainių rajono savivaldybė: Pernaravos seniūnija ir Jovainių seniūnijos pietvakarinė dalis tarp kelio Nr. 229 ir Nr. 2032,
- Plungės rajono savivaldybė: Alsėdžių, Babrungo, Paukštakių, Platelių ir Žemaičių Kalvarijos seniūnijos,

- Raseinių rajono savivaldybė: Ariogalos ir Ariogalos miesto seniūnijos,
- Skuodo rajono savivaldybės: Barstyčių, Notėnų ir Šačių seniūnijos.

## 5. Polen

Die folgenden Sperrzonen III in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gminy Kiwity i Lidzbark Warmiński z miastem Lidzbark Warmiński w powiecie lidzbarskim,
- gminy Barczewo, Gietrzwałd, Jonkowo, Dywity, Dobre Miasto, Purda, Stawiguda, Świątki, część gminy Olsztynek położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr S51 biegnącą od wschodniej granicy gminy do miejscowości Ameryka oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą S51 do północnej granicy gminy, łączącej miejscowości Mańki – Mycyny – Ameryka w powiecie olsztyńskim,
- powiat miejski Olsztyn,

w województwie mazowieckim:

- gminy Łaskarzew z miastem Łaskarzew, Maciejowice, Sobolew, Trojanów, Żelechów, część gminy Wilga położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Wilga biegnącą od wschodniej granicy gminy do ujścia do rzeki Wisły, część gminy Górzno położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Łąki i Górzno biegnącą od wschodniej granicy gminy, następnie od miejscowości Górzno na południe od drogi nr 1328W biegnącej do drogi nr 17, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od drogi nr 17 do zachodniej granicy gminy przez miejscowości Józefów i Kobyła Wola w powiecie garwolińskim,
- część gminy Iłża położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 9 w powiecie radomskim,
- gmina Kazanów w powiecie zwoleńskim,
- gminy Ciepiałów, Lipsko, Rzecznów i Sienno w powiecie lipskim,

w województwie lubelskim:

- powiat tomaszowski,
- gmina Białopole w powiecie chełmskim,
- gmina Rudnik i część gminy Żółkiewka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 842 w powiecie krasnostawskim,
- gminy Adamów, Grabowiec, Komarów – Osada, Krasnobród, Łabunie, Miączyn, Nielisz, Radecznica, Sułów, Szczerzeszyn, Zwierzyniec w powiecie zamojskim,
- powiat biłgorajski,
- powiat hrubieszowski,
- gminy Dzwola i Chrzanów w powiecie janowskim,
- gmina Serokomla w powiecie łukowskim,
- gminy Abramów, Kamionka, Michów, Firlej, Jeziorzany, Kock w powiecie lubartowskim,
- gminy Kłoczew, Stężycza, Ulęż i część gminy Ryki położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie ryckim,
- gmina Baranów w powiecie puławskim,

w województwie podkarpackim:

- gminy Cieszanów, Horyniec – Zdrój, Narol i Stary Dzików w powiecie lubaczowskim,
- gminy Kuryłówka, Nowa Sarzyna, miasto Leżajsk, część gminy wiejskiej Leżajsk położona na północ od miasta Leżajsk oraz część gminy wiejskiej Leżajsk położona na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę San, w powiecie leżajskim,

- gminy Krzeszów, Rudnik nad Sanem, część gminy Harasiuki położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 1048 R, część gminy Ulanów położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Tanew, część gminy Nisko położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19 oraz na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 19, część gminy Jeżowe położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19 w powiecie niżańskim,
- gminy Chłopice, Jarosław z miastem Jarosław, Laszki, Wiązownica, Pawłosiów, Radymno z miastem Radymno, w powiecie jarosławskim,
- gmina Stubno w powiecie przemyskim,
- część gminy Kamień położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 19 w powiecie rzeszowskim,
- gminy Adamówka, Sieniawa, Tryńcza, miasto Przeworsk, część gminy wiejskiej Przeworsk położona na wschód od miasta Przeworsk i na wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 biegnącą od granicy z gminą Tryńcza do granicy miasta Przeworsk, część gminy Zarzeczce położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1594R biegnącą od północnej granicy gminy do miejscowości Zarzeczce oraz na północ od linii wyznaczonej przez drogi nr 1617R oraz 1619R biegnącą do południowej granicy gminy w powiecie przeworskim,

w województwie lubuskim:

- gminy Nowa Sól i miasto Nowa Sól, Otyń oraz część gminy Kozuchów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 283 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 290 i na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 290 biegnącej od miasta Mirocin Dolny do zachodniej granicy gminy, część gminy Bytom Odrzański położona na południowy wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr 293 i 326, część gminy Nowe Miasteczko położona na wschód od linii wyznaczonych przez drogi 293 i 328, część gminy Siedlisko położona na południowy wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od rzeki Odry przy południowej granicy gminy do drogi nr 326 łączącej się z drogą nr 325 biegnącą w kierunku miejscowości Różanówka do skrzyżowania z drogą nr 321 biegnącą od tego skrzyżowania w kierunku miejscowości Bielawy, a następnie przedłużoną przez drogę przeciwpożarową biegnącą od drogi nr 321 w miejscowości Bielawy do granicy gminy w powiecie nowosolskim,

gminy Babimost, Czerwieńsk, Kargowa, Świdnica, Zabór, część gminy Bojadła położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 278 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 282 i na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 282 biegnącej od miasta Bojadła do zachodniej granicy gminy i część gminy Sulechów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S3 oraz na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Kępsko - Buków biegnącą od zachodniej granicy gminy do miejscowości Buków, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Buków – Miłkowo biegnącą od miejscowości Buków do północnej granicy gminy w powiecie zielonogórskim,

- część gminy Niegosławice położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 328 w powiecie zagańskim,
- powiat miejski Zielona Góra,
- gminy Skąpe, Szczaniec, Zbąszynek, część gminy Lubrza położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A2 i część gminy Świebodzin położona na południe od linii wyznaczonej przez autostradę A2 w powiecie świebodzińskim,
- gminy Bobrowice, Dąbie, Krosno Odrzańskie i część gminy Bytnica położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 1157F w powiecie krośnieńskim,

- część gminy Trzciel położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 92 w powiecie międzyrzeckim,

w województwie wielkopolskim:

- gmina Zbąszyń, część gminy Miedzichowo położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 92, część gminy Nowy Tomyśl położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 305 w powiecie nowotomyskim,
- gmina Siedlec w powiecie wolsztyńskim,
- część gminy Rakoniewice położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 305 w powiecie grodziskim,

w województwie dolnośląskim:

- gminy Jerzmanowa, Żukowice, część gminy Kotla położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Krzycki Rów, część gminy wiejskiej Głogów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr 12, 319 oraz 329, część miasta Głogów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie głogowskim,
- gminy Gaworzyce, Radwanice i część gminy Przemków położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 12 w powiecie polkowickim,

w województwie świętokrzyskim:

- część gminy Brody położona na wschód od linii kolejowej biegnącej od miejscowości Marcule i od północnej granicy gminy przez miejscowości Klepacze i Karczma Kunowska do południowej granicy gminy w powiecie starachowickim.

## 6. Rumänien

Die folgenden Sperrzonen III in Rumänien:

- Zona oraşului Bucureşti,
- Judeţul Constanţa,
- Judeţul Satu Mare,
- Judeţul Tulcea,
- Judeţul Bacău,
- Judeţul Bihor,
- Judeţul Bistriţa Năsăud,
- Judeţul Brăila,
- Judeţul Buzău,
- Judeţul Călăraşi,
- Judeţul Dâmboviţa,
- Judeţul Galaţi,
- Judeţul Giurgiu,
- Judeţul Ialomiţa,
- Judeţul Ilfov,
- Judeţul Prahova,
- Judeţul Sălaj,
- Judeţul Suceava
- Judeţul Vaslui,
- Judeţul Vrancea,
- Judeţul Teleorman,
- Judeţul Mehedinţi,
- Judeţul Gorj,
- Judeţul Argeş,
- Judeţul Olt,
- Judeţul Dolj,
- Judeţul Arad,
- Judeţul Timiş,
- Judeţul Covasna,
- Judeţul Braşov,
- Judeţul Botoşani,
- Judeţul Vâlcea,

- Județul Iași,
- Județul Hunedoara,
- Județul Alba,
- Județul Sibiu,
- Județul Caraș-Severin,
- Județul Neamț,
- Județul Harghita,
- Județul Mureș,
- Județul Cluj,
- Județul Maramureș.

#### 7. Slowakei

Die folgenden Sperrzonen III in der Slowakei:

- the whole district of Trebišov.“
-

# RICHTLINIEN

## RICHTLINIE (EU) 2021/903 DER KOMMISSION

vom 3. Juni 2021

zur Änderung der Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich spezifischer Grenzwerte für Anilin in bestimmtem Spielzeug

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 46 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 2009/48/EG enthält bestimmte Vorschriften für chemische Stoffe, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup> als karzinogen, mutagen oder reproduktionstoxisch eingestuft sind. In Anhang II Anlage C der Richtlinie 2009/48/EG sind spezifische Grenzwerte für chemische Stoffe festgelegt, die in Spielzeug verwendet werden, das für Kinder unter 36 Monaten bestimmt ist, bzw. in anderem Spielzeug, das dazu bestimmt ist, in den Mund genommen zu werden.
- (2) Anilin (CAS-Nummer 62-53-3) ist gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(3)</sup> als karzinogen (Kategorie 2) und als mutagen (Kategorie 2) eingestuft. Gemäß Anhang II Teil III Nummer 5 Buchstabe a der Richtlinie 2009/48/EG dürfen karzinogene Stoffe der Kategorie 2 wie Anilin in Spielzeug in Einzelkonzentrationen verwendet werden, die der in der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 für die Einstufung von Gemischen, die diese Stoffe enthalten, festgelegten einschlägigen Konzentration entsprechen oder kleiner sind als diese, nämlich 1 % <sup>(4)</sup>, was 10 000 mg/kg („Gehaltsgrenzwert“) entspricht. Derselbe Gehaltsgrenzwert gilt für mutagene Stoffe der Kategorie 2 <sup>(5)</sup>.
- (3) Der Wissenschaftliche Ausschuss „Gesundheits- und Umweltrisiken“ (SCHER) vertrat in seiner Stellungnahme vom 29. Mai 2007 die Auffassung, dass Verbindungen, die karzinogen, mutagen oder reproduktionstoxisch (CMR) sind, in Spielzeug nicht enthalten sein sollten. <sup>(6)</sup> Gemäß der Schlussfolgerung des EU-Berichts über die Risikobewertung betreffend Anilin <sup>(7)</sup> müssen für die Verbraucher die mit der Verwendung von anilinhaltigen Produkten verbundenen Gesundheitsrisiken begrenzt werden. Diese Schlussfolgerung beruht auf „Bedenken hinsichtlich Mutagenität und Karzinogenität infolge der Exposition bei der Verwendung von Produkten, die Anilin enthalten, da es sich bei diesem Stoff um ein Karzinogen ohne Schwellenwert handelt“. Der Ausschuss für Risikobeurteilung der Europäischen Chemikalienagentur (RAC) wies in seiner Stellungnahme zur Beschränkung von Stoffen in Tätowierfarben und Permanent-Make-up <sup>(8)</sup> darauf hin, dass Anilin als Karzinogen ohne Schwellenwert betrachtet wird. Anilin kann daher selbst bei geringster Expositionshöhe Krebs verursachen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 170 vom 30.6.2009, S. 1.

<sup>(2)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

<sup>(3)</sup> Anhang VI Tabelle 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008.

<sup>(4)</sup> Anhang I Tabelle 3.6.2 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008.

<sup>(5)</sup> Anhang I Tabelle 3.5.2 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008.

<sup>(6)</sup> Wissenschaftlicher Ausschuss „Gesundheits- und Umweltrisiken“ (SCHER). Reaktion des CEN auf die Stellungnahme des CSTE zur Bewertung des CEN-Berichts über die Risikobewertung von organischen Chemikalien in Spielzeug. Angenommen am 29.5.2007. [http://ec.europa.eu/health/archive/ph\\_risk/committees/04\\_scher/docs/scher\\_o\\_056.pdf](http://ec.europa.eu/health/archive/ph_risk/committees/04_scher/docs/scher_o_056.pdf)

<sup>(7)</sup> Europäisches Büro für chemische Stoffe, Institut für Gesundheit und Verbraucherschutz, 2004. EUR 21092 EN. Abschnitt 5.2.1.2, S. 180.

[https://echa.europa.eu/documents/10162/6434698/orats\\_final\\_rar\\_aniline\\_en.pdf/0abd36ad-53de-4b0f-b258-10cf90f90493](https://echa.europa.eu/documents/10162/6434698/orats_final_rar_aniline_en.pdf/0abd36ad-53de-4b0f-b258-10cf90f90493)

<sup>(8)</sup> Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC), Ausschuss für sozioökonomische Analyse (SEAC), Stellungnahme zu einem Dossier nach Anhang XV, in dem Beschränkungen für in Tätowierfarben und Permanent-Make-up verwendete Stoffe vorgeschlagen werden. Angenommen am 20. November 2018. Anlage 2, Abschnitt 2, S. 90.

<https://echa.europa.eu/documents/10162/2b4533af-f717-4bff-939b-2320fb43b462>

- (4) Die Kommission hat die Sachverständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug eingesetzt, um sich bei der Ausarbeitung von Legislativ­vorschlägen und politischen Initiativen im Bereich der Spielzeugsicherheit beraten zu lassen. Ihre Untergruppe „Arbeits­gruppe Chemikalien in Spielzeug“ (im Folgenden „Unter­gruppe Chemikalien“) hat die Aufgabe, die Sach­verständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug in Bezug auf chemische Stoffe, die in Spielzeug verwendet werden dürfen, zu beraten.
- (5) Auf der Sitzung der Unter­gruppe „Chemikalien“, die am 18. Februar 2015 <sup>(9)</sup> stattfand, wiesen mehrere Mitglieder darauf hin, dass Anilin in gefärbten Materialien für Spielzeug wie Textilien oder Leder gefunden werden kann, wenn diese Materialien einer Prüfung der reduktiven Spaltung gemäß Anlage 10 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(10)</sup> unterzogen werden. Das Vorhandensein von Anilin in Textilien nach der Prüfung der reduktiven Spaltung wurde in einer Studie bestätigt, die in Schweden <sup>(11)</sup> als Folgemaßnahme der Sitzung der Sach­verständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug vom 8. Juni 2015 durchgeführt wurde. Bei 23 Textilproben wurde Anilin in einer roten Textilie (4 % aller Proben) in einer Konzentration von 91 mg/kg nachgewiesen. Das Vorhandensein von Anilin in Kleidung nach der Prüfung der reduktiven Spaltung wurde in einer anhand von 153 Proben durchgeführten Studie bestätigt <sup>(12)</sup>. Anilin wurde in 9 Proben (6 % aller Proben) in einer Konzentration von bis zu 588 mg/kg nachgewiesen. Darüber hinaus wurde laut einer deutschen Verbraucher­zeitschrift <sup>(13)</sup> Anilin in einer Fingerfarbe nach reduktiver Spaltung gefunden. Wie die Unter­gruppe „Chemikalien“ ferner in einem Schriftverkehr mit der Kommission im Mai 2020 feststellte, könnte freies Anilin in Fingerfarben als Verunreinigung der in solchen Farben enthaltenen Farbstoffe vorhanden sein.
- (6) Auf der Sitzung der Sach­verständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug vom 8. Juni 2015 legte Deutschland ein Positionspapier mit einer wissenschaftlichen Bewertung der toxikologischen Eigenschaften von Anilin <sup>(14)</sup> vor. Nach dieser Bewertung stellt der derzeitige Gehaltsgrenzwert für Anilin ein Risiko sowohl in Bezug auf die systemischen als auch auf die kanzerogenen Wirkungen dieses Stoffes dar. Die Unter­gruppe „Chemikalien“ kam in ihrer Sitzung vom 26. September 2017 <sup>(15)</sup> zu dem Schluss, dass eine Beschränkung für Anilin in Spielzeug auf Spielzeug und Spielzeugteile aus Textilien und Leder sowie auf Fingerfarben abzielen sollte, da bislang keine ausreichenden Informationen darüber vorliegen, ob eine Beschränkung von Anilin in Spielzeug und Spielzeugmaterialien, die nicht aus Textilien und Leder bestehen, und keine Fingerfarben sind, notwendig ist. Ferner wies die Unter­gruppe darauf hin, dass der Grenzwert 30 mg/kg nach reduktiver Spaltung sein sollte. Dieser Wert ist die niedrigste Konzentration, die sich bei der Prüfung der reduktiven Spaltung verlässlich ermitteln lässt. Was die Fingerfarben betrifft, wies die Unter­gruppe darauf hin, dass für freies Anilin ein Grenzwert von 10 mg/kg festgelegt werden sollte, da dies die niedrigste, bei Routinetests von Fingerfarben zuverlässig nachweisbare Konzentration ist.
- (7) Die Sach­verständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug hat auf ihrer Sitzung vom 19. Dezember 2017 <sup>(16)</sup> die Festlegung eines Grenzwerts von 30 mg/kg für Anilin nach reduktiver Spaltung in Spielzeugmaterialien aus Textilien und Leder, von 30 mg/kg für Anilin nach reduktiver Spaltung in Fingerfarben sowie von 10 mg/kg für freies Anilin in Fingerfarben, wie bereits früher von der Unter­gruppe „Chemikalien“ angegeben, geprüft.
- (8) Gemäß Artikel 46 Absatz 2 der Richtlinie 2009/48/EG sind die in der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(17)</sup> festgelegten Vorschriften über die Verpackung von Lebensmitteln bei der Festlegung spezifischer Grenzwerte für Chemikalien in Anlage C jener Richtlinie zu berücksichtigen. Die Basisannahmen, die den Migrationsprüfungsmethoden gemäß Artikel 11 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission <sup>(18)</sup> zugrunde liegen, bei der es sich um eine Einzelmaßnahme im Sinne des Artikels 5

<sup>(9)</sup> Register der Expertengruppen der Kommission, Sachverständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug (E01360).

<https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetailDoc&id=20916&no=1>

<sup>(10)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).

<sup>(11)</sup> Sitzungsdokument der Unter­gruppe „Chemikalien“: EXP/WG/2015/027/Ann1, Aniline from azo dye cleavage, Results from Sweden.

<sup>(12)</sup> Brüscheiler et al., Identification of non-regulated aromatic amines of toxicological concern which can be cleaved from azo dyes used in clothing textiles, *Regulatory Toxicology and Pharmacology* 69 (2014) 263–272. Zitiert in: ANEC — Position paper on aniline. April 2016. Vorgestellt in der Sitzung der Unter­gruppe „Chemikalien“ am 1. Juni 2016 (EXP/WG/2016/027).

<sup>(13)</sup> Ökotest 2/2015, S. 69.

<sup>(14)</sup> Diskussionspapier EXP/2015/029/rev1.

<sup>(15)</sup> Register der Expertengruppen der Kommission, Sachverständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug (E01360).

<http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupMeeting&meetingId=4151>  
<http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupMeeting&meetingId=4151>

<sup>(16)</sup> Register der Expertengruppen der Kommission, Sachverständigen­gruppe für die Sicherheit von Spielzeug (E01360), Registerkarte „Sitzungen“.

<http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupMeeting&meetingId=1485>  
<http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupMeeting&meetingId=1485>

<sup>(17)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, und zur Aufhebung der Richtlinien 80/590/EWG und 89/109/EWG (ABl. L 338 vom 13.11.2004, S. 4).

<sup>(18)</sup> Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission vom 14. Januar 2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. L 12 vom 15.1.2011, S. 1).

der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 handelt, in der besondere Anforderungen an die Herstellung und das Inverkehrbringen von Materialien und Gegenständen aus Kunststoff festgelegt werden, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, unterscheiden sich jedoch von den Basisannahmen für die Gehaltsgrenzwerte für Anilin in bestimmtem Spielzeug in der Richtlinie 2009/48/EG. Darüber hinaus ist es nicht möglich, Migrationsgrenzwerte mit Gehaltsgrenzwerten zu vergleichen. Daher besteht aufgrund dieser Schlussfolgerungen keine Möglichkeit, die Vorschriften über die Verpackung von Lebensmitteln bei der Festlegung von Gehaltsgrenzwerten für Anilin in Spielzeug zu berücksichtigen.

- (9) Angesichts der Einstufung von Anilin als CMR-Stoff, des EU-Berichts über die Risikobewertung betreffend Anilin, der Stellungnahme von RAC und SCHER, der Stellungnahmen der Sachverständigengruppe für die Sicherheit von Spielzeug und ihrer Untergruppe „Chemikalien“ sowie der Studien über das Vorhandensein von Anilin in Textilien ist es erforderlich, einen Grenzwert für Textilmaterialien für Spielzeug und Ledermaterialien für Spielzeug von 30 mg/kg nach reduktiver Spaltung und einen Grenzwert für Anilin in Fingerfarben von 10 mg/kg als freies Anilin und von 30 mg/kg nach reduktiver Spaltung festzusetzen.
- (10) Die Richtlinie 2009/48/EG sollte daher entsprechend geändert werden.
- (11) Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die Sicherheit von Spielzeug —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

#### Artikel 1

In Anhang II Anlage C der Richtlinie 2009/48/EG wird folgender Eintrag hinzugefügt:

Stoff	CAS-Nummer	Grenzwert	
„Anilin	62-53-3	30 mg/kg	nach reduktiver Spaltung in Textilmaterialien für Spielzeug und Ledermaterialien für Spielzeug
		10 mg/kg	als freies Anilin in Fingerfarben
		30 mg/kg	nach reduktiver Spaltung in Fingerfarben“

#### Artikel 2

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen spätestens am 4. Dezember 2022 die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Sie wenden diese Vorschriften ab dem 5. Dezember 2022 an.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

#### Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

*Artikel 4*

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 3. Juni 2021

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

# BESCHLÜSSE

## BESCHLUSS (GASP) 2021/904 DES RATES

vom 3. Juni 2021

### zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP

### über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo \* (EULEX KOSOVO)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 42 Absatz 4 und Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 4. Februar 2008 hat der Rat die Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP <sup>(1)</sup> angenommen.
- (2) Am 11. Juni 2020 hat der Rat den Beschluss (GASP) 2020/792 <sup>(2)</sup> angenommen, mit dem die Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP geändert und die Mission bis zum 14. Juni 2021 verlängert wurde.
- (3) Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) ist im Rahmen der strategischen Überprüfung der EULEX KOSOVO übereingekommen, dass die Mission bis zum 14. Juni 2023 verlängert und die Aufgabe der operativen Unterstützung des von der EU geförderten Dialogs bis zum 31. Dezember 2022 auf das Büro der Europäischen Union im Kosovo übertragen werden sollte.
- (4) Dieser Beschluss sollte nicht so verstanden werden, dass er die Unabhängigkeit und die Autonomie der Richter und Staatsanwälte berührt, die an Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der EULEX KOSOVO beteiligt sind.
- (5) Aufgrund der Besonderheit der Tätigkeiten der EULEX KOSOVO zur Unterstützung der in einen Mitgliedstaat verlagerten Gerichtsverfahren ist es angebracht, in diesem Beschluss den Betrag festzulegen, der zur Bestreitung der Ausgaben für die Unterstützung dieser verlagerten Gerichtsverfahren vorgesehen ist, und die Ausführung des betreffenden Teils des Haushaltsplans in Form eines Zuschusses vorzusehen.
- (6) Die Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP sollte entsprechend geändert werden.
- (7) Die EULEX KOSOVO wird in einer Lage durchgeführt, die sich möglicherweise verschlechtern und die Verwirklichung der Ziele des auswärtigen Handelns der Union nach Artikel 21 des Vertrags behindern könnte —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

#### Artikel 1

Die Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 3 wird folgender Satz angefügt:

„Die Aufgabe der operativen Unterstützung des von der EU geförderten Dialogs wird bis zum 31. Dezember 2022 auf das Büro der Europäischen Union im Kosovo übertragen.“

\* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

<sup>(1)</sup> Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP des Rates vom 4. Februar 2008 über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO (ABl. L 42 vom 16.2.2008, S. 92).

<sup>(2)</sup> Beschluss (GASP) 2020/792 des Rates vom 11. Juni 2020 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX KOSOVO) (ABl. L 193 vom 17.6.2020, S. 9).

2. Artikel 16 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die folgenden Unterabsätze angefügt:

„Der als finanzieller Bezugsrahmen dienende Betrag zur Bestreitung der Ausgaben der EULEX KOSOVO vom 15. Juni 2021 bis zum 14. Juni 2023 beläuft sich auf 173 693 683 EUR. Von dem genannten Betrag beläuft sich der Betrag, der zur Bestreitung der Ausgaben der EULEX KOSOVO für die Ausführung ihres Mandats im Kosovo dient, auf 57 900 000 EUR und der Betrag, der zur Bestreitung der Ausgaben für die Unterstützung der in einen Mitgliedstaat verlagerten Gerichtsverfahren dient, auf 115 793 683 EUR.

Die Kommission unterzeichnet mit einem Registerführer, der im Auftrag eines Registers handelt, das für die Verwaltung der verlagerten Gerichtsverfahren zuständig ist, eine Finanzhilfvereinbarung für einen Betrag in Höhe von 115 793 683 EUR. Für die Finanzhilfvereinbarung gelten die Vorschriften der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates (\*) über Finanzhilfen.

Der als finanzieller Bezugsrahmen dienende Betrag für die EULEX KOSOVO für den darauf folgenden Zeitraum wird vom Rat festgelegt.

---

(\*) Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABL L 193 vom 30.7.2018, S. 1).“

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die EULEX KOSOVO trägt die Verantwortung für die finanzielle Ausführung des Missionshaushalts mit Ausnahme der in Absatz 1 genannten Beträge für die Unterstützung der in einen Mitgliedstaat verlagerten Gerichtsverfahren. Zu diesem Zweck unterzeichnet die EULEX KOSOVO eine Vereinbarung mit der Kommission.“

3. Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Sie endet am 14. Juni 2023.“

*Artikel 2*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 3. Juni 2021.

*Im Namen des Rates*  
*Der Präsident*  
P. N. SANTOS

---



ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe)  
ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen  
der Europäischen Union  
L-2985 Luxemburg  
LUXEMBURG

DE